autonomes Blättchen



#20 fEb_ApR 2015

Liebe Freund_innen und Genoss_innen,

So,

die Nummer 20 also. Damit haben wir die ersten fünf Jahre hinter uns gelassen. Wir freuen uns schon auf die nächsten fünf! Die Vorraussetzung dafür ist natürlich, dass ihr weiter fleißig Texte schickt, diskutiert und euch in entstehende Debatten einbringt. Da machen wir uns grade eher weniger Sorgen, denn bei den zugeschickten Texten ist in den letzten Monaten ein stetiger Anstieg zu spüren. Ums liebe Geld machen wir uns natürlich immer Sorgen. Wir brauchen weiterhin regelmäßige Spender_innen oder irgendwen der_die uns 10.000 Euro rüberschiebt. Vielen Dank aber auch an diejenigen, die uns mit Spenden bedacht haben, ohne euch hätten wir keine fünf Jahre durchgehalten.

Zum Zeitpunkt als wir dieses Vorwort schreiben, scheint die GIDA-Welle grade wieder am Abebben zu sein. Das Volk zerlegt sich hoffentlich schnell wieder in Volker und Brigitte. Was nichts an der rassistischen Scheiße in den Köpfen der Einzelnen ändert und leider auch nicht ausschließt, dass sie sich nicht bei der nächsten Gelegenheit wieder zusammenrotten. Vielerorts sind nun also wieder organisierte Nazis und Rechtspopulist_innen alleine damit beschäftigt in der Öffentlichkeit zu sagen, „was man ja wohl noch sagen darf...“

Der Rest der Meute verlagert sich zurück an die Stammtische der Republik. Ein bisschen mehr zu diesem Komplex findet ihr auch in dieser Nummer.

Wer sich diesem Mob entgegenstellt kriegt es im Zweifelsfall mit der Staatsmacht zu tun. So ist es einem Nazigegner in Bad Nenndorf ergangen. Er soll während einer Blockadeaktion im Jahr 2013 bei dem Naziaufmarsch gegen die Räumung der Blockade Widerstand geleistet haben und ist dafür vom Amtsgericht Stadthagen zu 30 Tagessätzen á 15 Euro Geldstrafe verurteilt worden.

Während die halbe Welt grade Charlie war, fragen wir uns eher was eine Angela Merkel und ein Francois Hollande mit einem religionskritischen Satiremagazin gemein haben. Wir können nichts anfangen mit der plötzlich hervorbrechenden selektiven Empathie, die die vielen Menschen in Paris und auch hier in Deutschland nach Außen tragen.Was uns entsetzt ist vielmehr die Alltäglichkeit der unterdrückerischen Scheiße von allen Seiten, der Unzähligen namenlosen Toten überall auf der Welt. Dazu gehört – wie vieles andere auch - der Terror des fundamentalistischen Islamismus. Aber wir sind eben nicht Charlie – genauso wenig wie Angela und Francois. Und du? Bist du Charlie? Oder doch Deutschland? Oder doch eher du? Wer noch alles nicht Charlie ist, könnt ihr weiter hinten in dieser Ausgabe nachlesen.

Die IL hat uns ihr Zwischenstands-Papier zugeschickt, das ist allerdings draußen geblieben, weil es zum Einen schon ein halbes Jahr alt und zum Anderen auch schon weit verbreitet ist. Außerdem draußen gelassen haben wir eine Pressemitteilung zur Verhinderung der HAGIDA-Demo in Hannover vor ein paar Wochen, weil wir für Pressemitteilungen, die sich offensichtlich an die bürgerliche Presse richten, nicht das richtige Medium sind. Schreibt Texte zu den Themen und Ereignissen die euch bewegen, die drucken wir dann auch gerne ab, aber schickt die Pressemitteilungen dahin, wo sie hingehören: zur bürgerlichen Presse.

Wir wünschen euch einen guten Start ins neue Jahr und viel Spaß, Erkenntnis und Reibungen beim Lesen der ersten Ausgabe im Jahr 2015,

eure Redaktion.

Impressum:

Nr. 20 - Februar/März/April 2015

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:
autonomes-blaettchen@riseup.net
PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:
2188 A430 857F 1DCE E089
B218 D4C7 A0F3 17BA D725

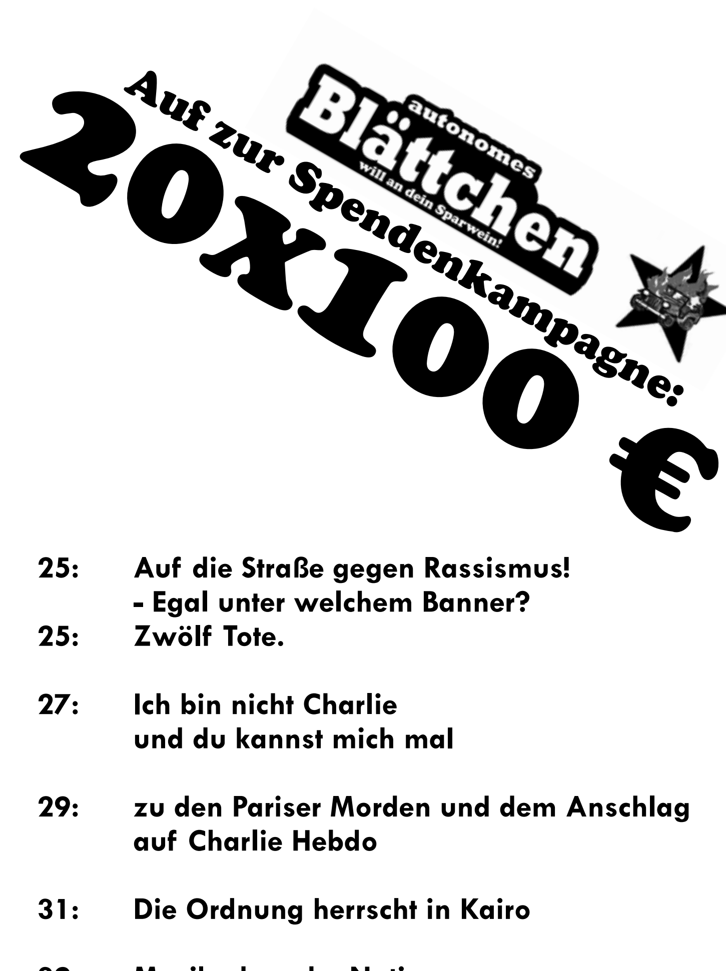
Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage:
autonomesblaettchen.noblogs.org
Alle Ausgaben gibts auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unser Homepage schicken. Wie das funktioniert wird dort erklärt.

Einsendeschluss:
alle drei Monate:
1. Februar; **1. Mai**; 1. August; 1. November

ViSdP:
Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Inhalt:



Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

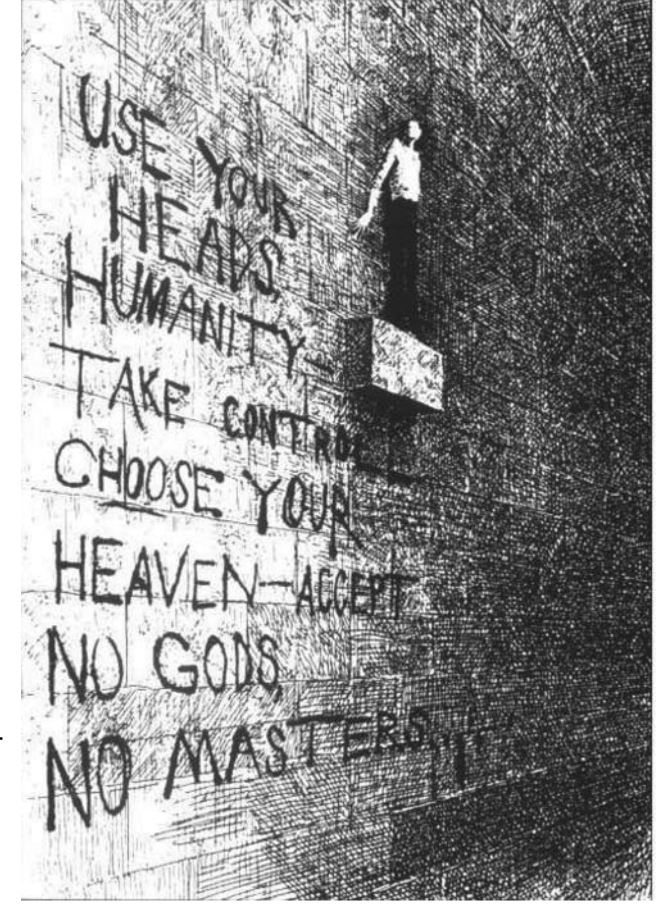
Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Kurdistan, Syrien und islamischer Fundamentalismus: die linke Lethargie überwinden

Zwei Themen treiben uns aktuell besonders um: Zum einen betrachten wir mit Sorge den Vormarsch des Islamischen Staats (IS) in Irak und Syrien und den internationalen Zustrom von Jihadist*innen. Der Höhenflug dieser islamisch-fundamentalistischen[1] Bewegung bedeutet unmittelbare Bedrohung für alle emanzipatorischen, linken und als „ungläubig" identifizierten Menschen in der Region. Zum anderen gilt unsere Solidarität den kämpfenden Kurd*innen in Rojava und insbesondere in Kobanê, die – unterstützt von wenigen internationalen Kämpfer*innen – als einzige linke Bewegung in der Region dem IS etwas entgegenzusetzen haben.

Die deutsche Linke verhält sich zu beiden Themen – und ihrer Verbindung – bisher eher verhalten. Auch wenn die Unterstützungsaufrufe für Rojava langsam mehr werden und die Anzahl nicht-kurdischer Teilnehmender auf den Demonstrationen steigt, war in den letzten Wochen ein zurückhaltender und von großer Unsicherheit geprägter Umgang vorherrschend. Uns ging es nicht anders, mit vielem diese Themen Betreffenden kennen wir uns nicht sonderlich gut aus und die tiefere Beschäftigung mit Kurdistan und Rojava begann für einige von uns ebenfalls erst mit dem Auftauchen kurdischer YPJ-Kämpferinnen bei Tagesschau und Spiegel Online.



Bei den linken Debatten zum Thema fiel uns zweierlei auf: die anti-imperialistisch geprägte Linke hat zwar einen klaren Bezug zu Kurdistan, zugleich aber große Schwierigkeiten, die Bombardements der USA und ihrer Verbündeten als hilfreich und sinnvoll für den Kampf der Kurd*innen in Rojava anzuerkennen. Selbstverständlich sollten die geostrategischen Interessen der USA in Syrien und Irak kritisch hinterfragt werden. Doch im Kampf gegen die Grausamkeiten des IS sind die Jagdbomber der US-Airforce sicher das kleinere Übel. Auch die Benennung von IS und anderen islamisch-fundamentalistischen Strömungen als eindeutig anti-emanzipatorische Bewegung, die von linksradikaler Seite unbedingt bekämpft werden muss, fiel diesem Teil der Linken lange schwer.

Antideutsch geprägte Strukturen dagegen weigern sich, die kurdischen Kämpfer*innen als linke emanzipatorische Bewegung anzuerkennen, die einen fortschrittlichen Kampf gegen das Kalifat des IS führt. Grund hierfür ist wohl auch die bei den Kurd*innen verbreitete Palästina-Solidarität. Außerdem blicken Teile der antideutschen Linken vor allem auf den inner-linken Diskurs, anstatt sich, zumindest für den Moment, auf die dringend notwendige internationale Solidarität zu fokussieren. Hier zeigt sich, dass es de facto an Analysen fehlt und Dogmen in den Köpfen vieler Linker noch bedeutsamer sind als eine Auseinandersetzung mit dem politischen Phänomen des islamischen Fundamentalismus.

Wir halten es für richtig, sich mit den kämpfenden Menschen in Rojava zu solidarisieren und weiter noch, die direkt-demokratischen Strukturen in der Region als Ort linker emanzipatorischer Praxis anzuerkennen. Das Konzept des demokratischen Konföderalismus ist endlich wieder ein ernstzunehmender Versuch zur Überwindung kapitalistischer Verhältnisse. Damit ist nicht gesagt, dass bedingungslos alles in Rojava in den Himmel gelobt werden soll. Solidarität muss auch kritisch sein und genau hinschauen. Dennoch plädieren wir für eine neue Praxis der internationalen Solidarität mit Rojava und für eine ernsthafte Debatte um die partizipative Räte-Demokratie vor Ort.

Dieser Text ist nicht als fertige Analyse zu verstehen. Wir wollen damit einen Diskussionsbeitrag liefern und hoffen, dass einige Punkte aufgegriffen und weiter entwickelt werden. Außerdem möchten wir alle ermu-

1 Über die besten Begriffe und Kategorien zur Beschreibung der islamisch-fundamentalistischen Bewegung sind wir uns bisher nicht einig geworden. Mangels besserer Alternativen verwenden wir in diesem Text nur „islamisch-fundamentalistisch". Zur Diskussion um die Kategorien siehe auch weiter unten im Text.

tigen, in direkten Aktionen praktische Solidarität mit Rojava auszudrücken und den islamischen Fundamentalismus politisch zu bekämpfen.

Problemanalyse: islamischer Fundamentalismus

Geht man von den politischen Mindeststandards der radikalen Linken aus, sollte klar sein, dass jede Form von islamischem Fundamentalismus einen Frontalangriff darauf darstellt. Dessen Vorstellungen von Scharia und Kalifat könnten kaum weiter von den eigenen gesellschaftlichen Ansprüchen entfernt sein und sind in unseren Augen menschenverachtend.

Doch der politische Islam entstand historisch im Kontext arabischer antikolonialistischer Bewegungen und bezieht seine Stärke auch aktuell vor allem aus anti-westlichen und zumindest ansatzweise antikapitalistischen Strömungen. Der unglaubliche Erfolg der verschiedenen islamisch-fundamentalistischen Ideologien all over the world – quasi internationalistisch – ist also vor allem als Gegenentwurf zur modernen kapitalistischen Welt zu verstehen, welcher eng mit der Geschichte von Unterdrückung und brutaler Kolonialisierung großer Teile der Weltbevölkerung durch die europäischen Staaten zusammenhängt.

Diese Tatsache macht es großen Teilen der Linken schwer, sich in direkte Opposition zum islamischen Fundamentalismus zu begeben. Das häufig bemühte Feindbild des vereinten Westens gegen die unterdrückten „Völker des Trikonts“ erschwert die eindeutige Positionierung gegen den islamischen Fundamentalismus. Anstatt sich klar zu machen, dass dieser einen Vernichtungskrieg gegen sämtliche emanzipatorischen Errungenschaften der globalen Linken führt, wird häufig dem anti-amerikanischen Kampf mit großem Verständnis begegnet. Unserer Ansicht nach kann es nicht darum gehen, islamischen Fundamentalismus gegen Amerika auszuspielen oder andersherum – wir begreifen weder Amerika oder den „vereinten Westen“ noch den islamischen Fundamentalismus als positiven Bezugspunkt für linksradikale Politik. Die Realität ist komplexer, als es diese dichotomen Weltbilder zulassen, wie aktuell in Rojava gut zu beobachten ist.

Die Situation ist also ziemlich verwirrend und führt zwangsläufig dazu, dass traditionelle Denkmuster überprüft oder überworfen werden müssen. Auch die Einordnung von islamischem Fundamentalismus und Jihadismus in bestehende linke Kategorien wirkt häufig noch eher zufällig. Beispielsweise ist fraglich, ob faschistisch wirklich eine angemessene Kategorie für den IS etc. ist. Der Faschismus ist eigentlich eine zutiefst bürgerliche Bewegung, was man vom islamischem Fundamentalismus nicht gerade behaupten kann. Und während die rassistische Ausgrenzung im klassischen Faschismus unüberwindbar ist, erlaubt der islamische Fundamentalismus zumindest im Grundsatz, zu konvertieren. (Die mörderische Praxis des IS in den eroberten Gebieten zeigt, dass diese Möglichkeit im konkreten oft nicht besteht.) Die richtigen Kategorien für islamischen Fundamentalismus müssen offenbar noch gefunden werden. Offensichtlich ist zumindest, dass seine ideologischen Bausteine durchweg rechte Muster aufweisen: Autoritarismus, religiöser Fundamentalismus, Frauenfeindlichkeit, Homophobie und Gewaltverherrlichung.

Bei all den eher allgemeingültigen Argumenten der letzten Absätze darf natürlich nicht unterschlagen werden, dass es sehr verschiedene Richtungen des islamischen Fundamentalismus gibt. Der derzeit vor allem im Fokus stehende IS grenzt sich beispielsweise von seiner politischen Mutterbewegung al-Qaida durch die Propagierung von massenhaften Gewaltexzessen gegen politische Gegner*innen ab. Entscheidender Unterschied ist weiter, dass der IS auch Gewalt gegen andere – als ungläubig identifizierte – Sunnit*innen praktiziert. Grundlegender muss zwischen sunnitischem und schiitischem Fundamentalismus unterschieden werden und so weiter …

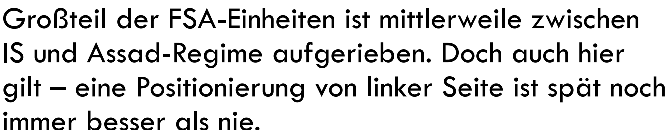
Der Erfolg dieser Ideologien ist auch als Niederlage der globalen Linken zu verstehen, alternative Gegenmodelle und Perspektiven zu schaffen, welche den Menschen eine reale Hoffnung auf die Überwindung von Kapitalismus, Imperialismus und Unterdrückung bieten. Gäbe es aktuell ein linkes Projekt, das Identifikationspunkt für antikapitalistische und der westlichen Weltordnung entgegengesetzte Gesellschaftsentwürfe darstellen könnte, wäre – so die Annahme – der internationale Zuspruch zum Jihadismus nicht so groß. Doch der Linken fehlt es seit 1989 sowohl an einem gemeinsamen internationalen Projekt als auch an einer gemeinsamen Vision/Utopie, die die Widersprüchlichkeiten des Bestehenden aufzulösen vermag. Vielleicht könnte Rojava ein solches Projekt sein. Der demokratische Konföderalismus bietet hier einige spannende Bezugspunkte.

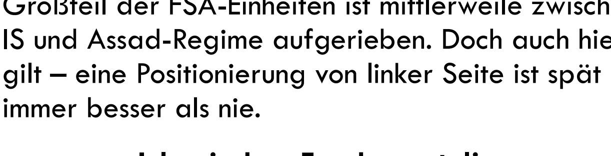
Anti-muslimischer Rassismus

Die linke Stellungnahme zum politischen Islam fällt auch deshalb so schwer, weil mit der Argumentation gegen islamischen Fundamentalismus unfreiwillig rassistische Bilder der Mehrheitsgesellschaft bedient werden und man sich schnell mit Applaus aus der falschen Ecke konfrontiert sieht. Das Dilemma ist in der Vergangenheit beispielsweise bei Kundgebungen gegen den salafistischen Konvertiten Pierre Vogel deutlich geworden, wo sich Antifas plötzlich Seite an Seite mit Deutschen Rechten von Freien Wählern bis „autonomen Nationalisten“ wiederfanden. Dass deren Positionen natürlich grundlegend rassistisch, islamfeindlich und menschenverachtend sind, muss hier nicht weiter ausgeführt werden. Doch die Hogesa-Aufmärsche verdeutlichen das große Mobilisierungspotential der Rechten. Auch der öffentliche Diskurs um IS und Salafismus ist stark rassistisch geprägt, so dass die Themen islamischer Fundamentalismus und anti-muslimischer Rassismus für uns unweigerlich zusammengehören. Denn eine linke Position zu islamischem Fundamentalismus muss den gesellschaftlichen Kontext reflektieren,

in dem sie formuliert wird. Und der ist (nicht nur) in Deutschland nach wie vor maßgeblich rassistisch und islamfeindlich geprägt.

Die Abgrenzung der eigenen Position zum nationalen und rechten Scheißgelaber darf nicht rein inhaltlich bleiben. Wir finden, dass sie einen stärkeren praktischen Ausdruck finden muss, will man Kritik am politischen Islam formulieren, ohne in die „Rassismusfalle" zu tappen. Die naheliegende und zugleich, für die deutsche Linke, erschreckend weit entfernte Antwort auf dieses praktische Problem wäre eine engere Zusammenarbeit mit migrantischen Linken. Hier war die deutsche Linke vor einigen Jahrzehnten schon mal weiter. Die Debatten der letzten 30 Jahre haben das Problembewusstsein für Nationalismus, Autoritarismus, Sexismus und Antisemitismus innerhalb linker Bewegungen entscheidend geschärft. Doch gleichzeitig wurden tiefe Gräben gezogen, die sich heute in unzureichender Solidarität mit emanzipatorischen Kämpfen auf der ganzen Welt ausdrücken – sofern diese nicht vollkommen auf der Höhe der eigenen Weisheit sind. Und trotz all der selbstreflexiven Papiere zu den Erkenntnissen aus dem NSU-Komplex hat sich bei der Zusammenarbeit vor Ort in den letzten Jahren wenig verändert. Die Berührungsängste der deutschen Linken mit migrantischen linken Strukturen sind nach wie vor groß.





Zurück zur Solidarität

Wir sehen es als Problem an, dass die internationale Solidarität der – vor allem deutschen – Linken in den letzten Jahren eher abgenommen hat. Der Blick auf die linken Bewegungen in anderen Teilen der Welt ist allzu oft von typisch deutscher Pedanterie geprägt: jede Position, jede Stellungnahme muss auf der eigenen Linie, beziehungsweise auf dem Stand der hiesigen Diskussionen sein.

Dieser Tage stellt sich mit den Kurd*innen in Rojava jemand dem Vormarsch des IS in den Weg, dessen Thematisierung in der deutschen Linken eine lange und widersprüchliche Geschichte hat. Die Frage nach Kurdistan ist aufgeladen mit Debatten um Nationalismus, Geschlechterrollen, Gewaltverherrlichung und Autoritarismus. Teile der Linken haben deshalb vor Jahrzehnten mit der kurdischen Bewegung gebrochen. Die Debatten wurden bei den Kurd*innen seitdem aber weitergeführt und heute stehen viele von ihnen grundsätzlich anders zu den Themen als vor 30 Jahren. Der mittlerweile in Rojava praktizierte demokratische Konföderalismus etwa hat mehr Ähnlichkeiten mit den Konzepten der Zapatistas als mit leninistischer Revolutionstheorie – die bei den Kurd*innen vor Jahrzehnten noch hoch im Kurs stand. Auch deshalb lohnt eine neue Auseinandersetzung mit der kurdischen Freiheitsbewegung. Und es täte gut, bei aller kritischen Solidarität, deren Fokus allzu oft auf Kritik liegt, die Solidarität stärker zu betonen. Auch wir sind bisher weit entfernt von einer Praxis, die dieser Forderung gerecht werden könnte. Auf die Demos der kurdischen Genoss*innen zu gehen ist hier ein Anfang, mehr aber auch nicht.

Dasselbe gilt für den syrischen Konflikt im Allgemeinen: Reden wir nicht drum herum – fällt der globalen Linken zur Lage in Rojava und zum internationalen islamischen Fundamentalismus bisher wenig ein, so schweigt sie zum Syrien-Krieg vollständig. Die Anti-Assad-Aufstände in den syrischen Städten, entstanden im Zuge des Arabischen Frühlings Anfang 2011, interessierten im Gegensatz zu den Aufständen von Cairo und Tunis kaum jemanden – im Einklang mit der westlichen medialen Berichterstattung. Der syrische Bürgerkrieg wurde höchstens als internationaler Stellvertreterkonflikt thematisiert, die Forderungen und Hoffnungen der demokratischen Assad-Gegner*innen fanden kaum Gehör. Dabei sollte man sich nicht von der medialen Berichterstattung dumm machen lassen: wurden vor einigen Monaten noch sämtliche Assad-feindlichen Parteien in Syrien in den Himmel gelobt, passiert dasselbe nun recht indifferent gegen den IS. Eine Linke sollte auch hier mehr auf die emanzipatorischen Kräfte vor Ort schauen – Kräfte wie die säkularen Teile der Freien Syrischen Armee, hervorgegangen aus den Arbeiter*innen-Aufständen von 2011. Diese noch mittels internationaler Solidarität zu stärken ist fast schon zu spät. Der Großteil der FSA-Einheiten ist mittlerweile zwischen IS und Assad-Regime aufgerieben. Doch auch hier gilt – eine Positionierung von linker Seite ist spät noch immer besser als nie.

Islamischen Fundamentalismus international bekämpfen

Der islamische Fundamentalismus funktioniert als internationale Bewegung. Die Herkunft der Mujahedin in Syrien macht deutlich, dass das Problem nicht nur im Mittleren Osten existiert. Islamisch-fundamentalistische Ideologie hat ihr ruhiges Hinterland auch inmitten des Rhein-Main-Gebiets, und erfährt in den Großstädten der Welt regen Zulauf. In Frankfurt etwa machen Gruppen wie diewahrereligion oder DawaFFM erfolgreiche Jugendarbeit und erzeugen mittels der Lies!-Koranverteilungen Aufmerksamkeit für sich und ihre Ideologie. Linke migrantische Strukturen – insbesondere Kurd*innen und Exil-Syrer*innen – stehen schon länger im Konflikt mit diesen islamisch-fundamentalistischen Bewegungen. Meist werden sie von der deutschen

Linken damit allein gelassen – das muss sich ändern. Islamischer Fundamentalismus muss als internationale Bedrohung für linke emanzipatorische Prozesse überall auf der Welt verstanden und als solche mit linkem, antifaschistischem Selbstverständnis bekämpft werden – auch hier vor Ort. Wir sollten die Erfahrungen unserer kurdischen, türkischen, irakischen, iranischen und übrigen Genoss*innen aufgreifen und islamischem Fundamentalismus gemeinsam mit ihnen entgegentreten. Die jahrelangen Erfahrungen der klassischen Antifa-Arbeit sind sicher hilfreich. Machen wir Salafismus, islamischen Fundamentalismus und Jihadismus endlich auch zum regionalen Thema.

Ohne traditionslinke Schranken im Kopf – aber mit großer Wachsamkeit für antimuslimischen Rassismus.

Wir fordern linke Gruppen und Strukturen auf: Beteiligen wir uns an der praktischen Solidaritäts-Arbeit zu Rojava. Unterstützen wir die emanzipatorischen Kräfte im Syrien-Konflikt. Bekämpfen wir islamischen Fundamentalismus auch regional – entschlossen und gemeinsam mit migrantischen linken Strukturen. Schaffen wir so ein neues Verständnis von internationaler Solidarität und grenzenloser Zusammenarbeit einer globalen Linken.

Freundeskreis im Entstehen

„Wir wollen die Rechte der einfachen Bevölkerung schützen"

Interview mit Dr. Ahmad Yousef, Mitglied der Kantonsverwaltung von Afrîn

Dr. Ahmad Yousef ist Mitglied der Kantonsverwaltung von Afrîn und darin Sprecher für Ökonomie. Wir hatten die Gelegenheit, mit ihm über die wirtschaftliche Situation in seinem Kanton und über die ökonomische Perspektive des Rojavamodells zu sprechen.

Lassen Sie uns zunächst mit der Situation in Rojava vor der Revolution beginnen. Wie war damals der Status der KurdInnen und wie ihre wirtschaftliche Situation?

Rojava war und ist weiterhin ein Gebiet, das in der Lage ist, die doppelte und dreifache Anzahl seiner AnwohnerInnen zu versorgen. Dennoch waren rund 60 % der Menschen in Syrien, die von Armut betroffen waren, Kurdinnen und Kurden. Der Grund hierfür lag darin, dass das damalige Regime nicht daran interessiert war, Fabriken und andere Arbeitsplätze in Rojava zu schaffen. In Afrîn gab es beispielsweise außer etwa 200 Fabriken, die Oliven verarbeiteten, keine weiteren Fabriken oder Werkstätten. Hinzu kommt, dass vor allem im Kanton Cizîrê viele KurdInnen enteignet wurden und ihr Land durch das Regime an AraberInnen übertragen wurde, die im Rahmen einer Arabisierungspolitik in Rojava angesiedelt wurden. Die wohlhabenden KurdInnen hingegen lebten nicht in Rojava. Sie lebten in Damaskus oder Helep (Aleppo) und pflegten gute Beziehungen zum Regime.

Die Armutspolitik gegenüber Rojava verfolgte ein klares Ziel. Die Menschen sollten dadurch zur Emigration gedrängt werden, damit an ihrer Stelle weitere arabischstämmige Menschen in der Region angesiedelt werden konnten. Und diese Politik hatte Erfolg, denn viele Menschen verließen Rojava, um ebenfalls nach Damaskus oder Helep zu ziehen. In Damaskus gibt es beispielsweise einen Stadtbezirk, der »Zorava« genannt wird, was auf Kurdisch so viel wie »schwer errichtet« bedeutet. In diesem Stadtteil lebt vor allem eine arme kurdische Bevölkerungsschicht, und wie der Name des Stadtbezirks schon ausdrückt, haben die Menschen mit ihren begrenzten Mitteln unter schweren Voraussetzungen sich hier eine neue Heimat geschaffen. In Helep näherte sich die Zahl der kurdischen Bevölkerung gar der Millionengrenze. Fast die gesamte kurdische Bevölkerung in der Stadt konzentrierte sich auf die Stadtteile Şex Meqsut (Scheich Mahsud) und Eşrefiye (Ashrafiyah). Ich glaube, wenn die Politik des Regimes noch zehn weitere Jahre so angehalten hätte, hätten die KurdInnen im Land völlig den Bezug zu Rojava verloren.

Von was lebten die KurdInnen, die nach Helep oder Damaskus emigrierten?

Sie arbeiteten in Imbissen, in Fabriken, auf Baustellen und in ähnlichen prekären Arbeitsverhältnissen. Sie erledigten in der Regel also alle Jobs, die die durchschnittlichen AraberInnen in der Stadt nicht machen wollten. Oft sind das die besonders gefährlichen, schwierigen und schlechtbezahlten Jobs. Und rund 90 % der KurdInnen lebten auch in diesen Städten weiterhin in Armut.

Und das Ganze war eine systematische Politik des Staates?

Ja, auf jeden Fall. Im Jahr 2008 erließ das Regime gar ein Gesetz, das es den KurdInnen erschwerte, Eigentum in ihren Siedlungsgebieten zu erwerben. Für die AraberInnen gab es jedoch diese Schwierigkeiten nicht.

Gab es denn Schulen oder Krankenhäuser in Rojava?

In jedem Dorf von Afrîn gab es eine Grund- und eine Mittelschule. Diese hatten vor allem den Zweck, die Kinder zu assimilieren. Ein weiterführendes Gymnasium oder gar eine Hochschule gab es dagegen nicht. Diese Schulen waren genauso verboten wie kurdischsprachiger Unterricht.

Ein Krankenhaus in Afrîn gab es auch nicht. In Kobanê gab es ein Krankenhaus und im heutigen Kanton Cizîrê gab es nur ein staatliches Krankenhaus in der

Stadt Qamişlo. Aber auch diese Krankenhäuser waren schlecht ausgestattet. Schwerkranke PatientInnen mussten nach Damaskus oder Helep verlegt werden. Und, wie gesagt, in Afrîn gab es ohnehin keine Möglichkeit für die Behandlung kranker Menschen.

Die Straßen in Rojava hingegen waren gut ausgebaut. Aber das hatte mehr mit der Sicherheitspolitik des Regimes zu tun. Ansonsten gab es einfach eine Vielzahl von Waren, an die man in Rojava nicht gelangte. Wenn man beispielsweise ein Brautkleid kaufen wollte, musste man nach Damaskus oder Helep reisen.

Gab es aus wirtschaftlicher Sicht nichts, das sich in Rojava entwickeln konnte?

Das Einzige, das sich entwickelte, war die Wucherei mit Krediten. Im Bezirk Reco in Afrîn wusste beispielsweise jeder und jede, wer wo wohnte und wer die Wucherer waren. Es gab beispielsweise den arabischen Stamm der Boben. Dieser Stamm hatte sich auf Zinsen und Kreditwucher spezialisiert. Auf diesem Wege haben sie zahlreiche Häuser und Wohnungen von Menschen, die ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen konnten, enteignet.

Wie wurde die lokale politische Administration bestimmt?

So etwas wie Wahlen gab es in der syrischen Lokalverwaltung nicht. Jemand aus der Baath-Partei wird ausgewählt und so in die lokale Administration entsendet. Wenn jemand unbedingt auf einen Posten wollte, so konnte er sich diesen auch erkaufen.

Kannst Du uns erzählen, wie Ihr die ersten Tage der Rojava-Revolution erlebt habt?

Die Phase, die als »Arabischer Frühling« bezeichnet wird, hat in Tunesien in 28 Tagen zum Regimewechsel geführt, in Ägypten gar nur in 18 Tagen, in Libyen ist viel Blut geflossen und Muammar al-Gaddafi wurde gestürzt, und auch in Jemen wurde viel Blut vergossen. Wir dachten auch, dass Assad binnen drei, fünf oder spätestens zehn Monaten stürzen würde. Doch auch wenn wir uns hierin irrten, so gingen doch unsere anderen Prognosen auf. Wir stellten uns beispielsweise nicht auf die Seite der Opposition, weil wir wussten, dass sich dadurch für die KurdInnen nicht viel ändern würde. Denn die Haltung der Opposition zu den KurdInnen unterschied sich nicht von der des Regimes.
Die Oppositionellen forderten uns immer wieder auf, mit ihnen das Regime zu stürzen. Sie erklärten, dass die arabische Bevölkerung dazu bereit sei und wir, die KurdInnen, sie unterstützen sollten. Doch es zeigte sich schnell, dass diese Opposition in sich gespalten war und dadurch weit davon entfernt, auch nur 50 % der Bevölkerung hinter sich zu vereinen. Wären wir ihrer Aufforderung gefolgt, hätte das Regime uns zu SeparatistInnen erklärt und so die gesamte arabische Bevölkerung gegen uns aufgehetzt. Das hätte die Gefahr großer Massaker für die kurdische Bevölkerung mit sich gebracht. Wir sahen dies voraus und erklärten, dass wir uns aus dem Bürgerkrieg raushalten und unser demokratisches Modell unblutig auf die Beine stellen wollen.

Und wie waren die ersten Schritte beim Aufbau dieses Modells?

Wir haben im ersten Jahr einen Volksrat aufgebaut und so das Regime aus unserem Alltag verbannt. Wir haben die Institutionen des Regimes in Afrîn alle geschlossen. Aber uns war wichtig, dass niemand dabei zu Schaden kam. Dann haben wir auch unsere eigenen Medien, Zeitungen und einen Fernsehsender aufgebaut.
Wir haben unser Modell aber zu keinem Zeitpunkt als eine geschlossene Gesellschaft betrachtet. Die Türen standen immer für alle Notleidenden auf. So hatte Afrîn vor der Revolution ungefähr 450 000 EinwohnerInnen. Nach der Revolution stieg diese Zahl auf über eine Million. Auch rund 200 000 AraberInnen fanden in dieser Zeit Zuflucht in Afrîn.

Was waren Eure ersten Schritte im wirtschaftlichen Bereich?

Nachdem sich herausstellte, dass Afrîn im Gegensatz zu den übrigen Gebieten in Syrien trotz Bürgerkrieg relativ ruhig und sicher blieb, blühte der Handel in der Stadt auf, es wurden neue Werkstätten und Wohnhäuser gebaut. Außerdem wurde für alle drei Kantone Rojavas in der Stadt Dêrik ein Zentrum für ökonomische Entwicklung aufgebaut. In Afrîn, Kobanê und Qamişlo wurden an dieses Zentrum angebundene Zweige für Handel, Architektur, Agrarwesen und Industrie errichtet. Außerdem wurden sog. Ministerien für Wirtschaft in den Kantonen aufgebaut. Außerdem wurden Industrie- und Handelskammern gegründet.

Wie sieht es aktuell mit Fabriken und Werkstätten in Afrîn aus?

Derzeit gibt es in Afrîn 250 Fabriken zur Verarbeitung von Oliven, 50 zur Seifenherstellung, 20 zur Herstellung von Olivenöl, 70 für die Herstellung der Materialien für den Bau, 400 Textilfabriken, acht Schuhfabriken und 15 Fabriken für die Verarbeitung von Marmor. In den Dörfern versuchen wir, die Produktion und den Handel mit Milcherzeugnissen und Obst zu stärken. Wir versuchen allerdings auch, die Zahl der Fabriken aus Umweltgründen in Grenzen zu halten. So haben wir derzeit die Errichtung von neuen Olivenfabriken verboten. Auch Fabriken für Bleiverschmelzung wurden verboten, weil sie gesundheitsschädlich sind.



Wie sieht es mit der Selbstorganisierung der ArbeiterInnen aus?

Im zivilgesellschaftlichen Bereich hat sich viel getan. So haben Berufsgruppen wie die Ingenieure oder

die Bauern sich selbst organisiert. Es sind Gewerkschaften entstanden. In Afrîn sind erstmals Akademien in den Bereichen Gesundheit, Handel, Agrarwesen, Sport, Theater und Musik entstanden.
Vor der Revolution gab es nur wenige Arbeitsplätze für die 450 000 EinwohnerInnen. Nun gibt es trotz der mehr als verdoppelten EinwohnerInnenanzahl praktisch für alle Menschen Arbeit.

Sind die Menschen, die wegen Arbeit nach Damaskus oder Helep ausgewandert waren, nun nach Afrîn zurückgekehrt?

Ja, sehr viele. ÄrztInnen, LehrerInnen, BauarbeiterInnen, SchneiderInnen und viele Menschen anderer Berufsgruppen sind nun wieder in Afrin, um hier zu arbeiten und mitzuhelfen. Auch wenn einige gut ausgebildete Menschen die Emigration nach Europa vorgezogen haben, sind viele qualifizierte ArbeiterInnen doch zurückgekehrt.

Gibt es eigene Banken? Mit welcher Währung wird gezahlt?

Gezahlt wird weiterhin in syrischer Währung. Den Zins haben wir verboten, um jeglichen Wucher zu unterbinden. Geldinstitute gibt es derzeit keine. Wir sind allerdings damit beschäftigt, in jedem Kanton eine Bank aufzubauen. Derzeit sammeln die Menschen ihr Erspartes aber unter ihrem Kopfkissen.

Gibt es ein Steuersystem?

Wir haben eine Gruppe zusammengestellt, die sich derzeit das Steuersystem im Baskenland näher anschaut. Es werden bereits jetzt Steuern gesammelt und die Einnahmen werden auf die jeweiligen Ministerien in den Kantonen aufgeteilt. Das funktioniert völlig transparent, das heißt, die Bevölkerung weiß, wohin ihre Steuergelder fließen. Aber ich kann noch nicht behaupten, dass unser Steuersystem völlig ausgestaltet ist.



Wie sieht es mit der Energie- und Wasserversorgung aus?

Die Elektrizität erhalten wir momentan von der Freien Syrischen Armee. Das ist natürlich problematisch, weil wir dadurch in Abhängigkeit geraten. Wir haben mittlerweile aber auch eine große Anzahl Stromgeneratoren besorgt, die überall im Kanton aufgestellt wurden. Dadurch können wir etwa 12 Stunden am Stück Elektrizität liefern. Derzeit arbeiten wir zudem an einem Projekt, um einen Teil unseres Energiebedarfs mit Windenergie zu decken.

Was das Trinkwasser angeht, so wurde dieses früher mit Tankfahrzeugen geliefert. Nun haben wir aber mit Beteiligung der Stadtverwaltung eine Kooperative aufgebaut, mit der die Trinkwasserversorgung durch einen Staudamm geregelt wird.

Wie funktioniert die Preispolitik?

Als im vergangenen Winter Afrîn unter Belagerung stand, hatten wir große Schwierigkeiten. In dieser Zeit ist der Preis für einen Sack Mehl von 3 000 auf 6 500 Syrische Lira gestiegen. Die Kantonsverwaltung hat daraufhin den Beschluss gefasst, dass der Sack Mehl nicht über 4 100 Syrische Lira verkauft werden darf. Wer das dennoch tat, dessen Mehl sollte beschlagnahmt werden. Gleichzeitig haben wir ein Komitee gebildet, das das Weizenvorkommen im Kanton überprüft hat. Das Komitee kam zu dem Schluss, dass in Afrîn genug Weizen vorhanden ist, um die gesamte Bevölkerung des Kantons zu versorgen. Wir haben daraufhin zwei Mühlen errichtet und in ihnen die Mehlproduktion aufgenommen. So ist der Preis für einen Sack Mehl auf 3 500 Syrische Lira gesunken.

Und wie ist Euer Umgang mit Privateigentum?

Das Privateigentum ist zwar nicht verboten, aber soll klar reglementiert werden. Gleichzeitig wollen wir in der Ökonomie Kooperativen und Kommunen stärken, also solidarische Wirtschaftsformen fördern. Wir denken, dass durch eine starke solidarische Wirtschaft auch die Mentalität des Wirtschaftens an sich zum Positiven beeinflusst werden kann. Wir stellen uns also deutlich gegen die Mentalität des Wirtschaftsliberalismus, in dem der größere Fisch den kleineren schluckt. Unser Ziel ist es, die Gesellschaft von dieser Mentalität zu befreien und die Solidarität in der Gesellschaft auch beim Wirtschaften in den Vordergrund zu stellen. Ich habe bereits erwähnt, dass wir eine Industrie- und Handelskammer in Afrîn gegründet haben. In ihr sind bereits 7 000 Menschen organisiert. Über diese Institutionen soll letztlich auch unsere Vorstellung von Ökonomie gestärkt und betreut werden. Das Privateigentum ist also nicht verboten. Verboten hingegen haben wir den Finanzkapitalismus.

Wie funktionieren die Gesundheitsversorgung und das Bildungswesen?

Wir haben ein Krankenhaus errichtet, das dem Kanton gehört. Daneben gibt es auch Privatkrankenhäuser. Derzeit werden bis zu 1000 Menschen medizinisch versorgt. Selbst aus Helep kommen Menschen, um sich hier behandeln zu lassen. Wir versuchen derzeit an bessere medizinische Technik zu gelangen, sodass auch schwere Operationen wie Herz-OPs durchgeführt werden können.
Von der mittellosen Bevölkerung wird für die gesundheitliche Behandlung kein Entgelt verlangt. Wohlhabendere Menschen müssen einen Betrag zahlen, der allein in die Kasse des jeweiligen Krankenhauses fließt. Auch wenn die Bediensteten im Krankenhaus selbstverständlich einen Lohn vom Kanton erhalten, haben wir noch kein genaues Lohnsystem ausgearbeitet.

Schulen haben wir in der Stadt und in jedem Dorf errichtet. Derzeit arbeiten wir am Aufbau einer Universität.

Gewisse Kreise behaupten, dass die Verwaltung von Rojava unter dem Diktat der PYD stehe. Was würdest Du hierzu sagen?

Diejenigen, die das behaupten, wollen nicht, dass dieses System funktioniert. Sie verfolgen eigene machtzentrierte politische Interessen, die sie in diesem System nicht verwirklichen können. Ich bin beispielsweise Sprecher des Ministeriums für die Ökonomie, aber ich bin kein Mitglied der PYD.

Wie sieht es mit Löhnen im öffentlichen Dienst aus?

Es gibt Behauptungen, wonach diese weiterhin vom Regime bezahlt würden. Das ist so nicht richtig. Keine/r unserer ArbeiterInnen im Kanton bekommt Geld vom Regime. Die Einzigen, die weiterhin Geld vom Regime bekommen, sind die BeamtInnen aus der Zeit vor der Revolution. Diese scheinen den verantwortlichen Stellen des Regimes mitzuteilen, dass sie angeblich immer noch ihrer Arbeit nachkommen, und so bekommen sie weiterhin ihren Lohn. Ob sie tatsächlich ihrer Arbeit weiterhin nachgehen, ist natürlich eine andere Frage, aber das geht uns nichts an. Und das machen nicht nur die ehemaligen StaatsbeamtInnen in Rojava so, sondern überall im Land ist das gängige Praxis.

Dann würde mich interessieren, was in Afrîn das teuerste Gut und was das günstigste Gut ist, das man erwerben kann?

Alles, was in Afrîn produziert wird, ist günstig. Teuer sind lediglich die Mieten, wegen der großen Nachfrage aufgrund der Binnenmigration, weil es hier weiterhin relativ sicher ist. Allerdings haben wir gegen die teuren Mieten nun die Entscheidung gefällt, eine Kooperative für den Wohnungsbau zu bilden. Auf diesem Weg wollen wir die Frage der Wohnungsnot klären und das Recht auf Obdach für alle Menschen hier möglich machen.

Gibt es noch etwas, das Du ergänzen möchtest?

Wir befinden uns derzeit in einem Aufbauprozess. Das bedeutet auch, dass viele gesellschaftliche Probleme in Afrîn derzeit noch nicht gelöst sind. Aber wir arbeiten Tag und Nacht daran und sind überzeugt, dass wir unser System erfolgreich aufbauen werden. Wir wollen mit den Kooperativen und Kommunen die Rechte der einfachen Bevölkerung gegen die Wohlhabenden schützen. Für den Aufbau dieses Systems benötigen wir allerdings auch Unterstützung. Vor allem die Bevölkerung in Nordkurdistan muss uns auf diesem Weg unterstützen. Gleichzeitig wird der Aufbau der Demokratischen Autonomie in Rojava Kraft für den Widerstand in Nordkurdistan geben. Nur auf diesem Weg können wir gemeinsam erfolgreich sein.
Zuletzt möchte ich noch darauf aufmerksam machen, dass die Öffnung des Grenzübergangs zur Türkei für uns wichtig und notwendig ist. Wir appellieren daher an die Türkei, diese Grenze zu öffnen.

Interview: Sedat Yilmaz, Özgür Gündem für kurdistan-report.de

Konferenz II: Die kapitalistische Moderne herausfordern

Im Februar 2012 fand die erste Konferenz des »Network for an Alternative Quest« in Hamburg statt. Unter dem Hauptthema: »Die kapitalistische Moderne herausfordern – Alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch« kamen Menschen aus vielen Teilen der Welt zusammen, um über Radikale Demokratie … Konföderalismus … Kritik der Sozialwissenschaften … Soziologie der Freiheit … »Moderater Islam« — eine neue Maske? … Sexismus … Demokratische Moderne … Sozialökologie … Macht … Kommunalismus … Scheitern des Nationalstaats … Kapitalismus … Befreiung von Frauen und Männern … Neuer Sozialismus … zu diskutieren.

Jetzt, nach fast genau zwei Jahren, findet im April 2015 wiederum in Hamburg die Folgekonferenz statt. Die Konferenz wird »Die kapitalistische Moderne herausfordern II: Kapitalistische Moderne sezieren – Demokratischen Konföderalismus aufbauen« heißen und über Ostern, also vom 3. bis zum 5. April 2015, stattfinden.

Die Konferenz richtet sich an alle, die sich für revolutionäre Theorie und Praxis, besonders in Kurdistan, interessieren. Es soll eine Brücke geschlagen werden zwischen TheoretikerInnen und AktivistInnen, zwischen der kurdischen Bewegung und Europa, zwischen Hamburg, Kobanê und nicht zuletzt Imrali. Es wird wieder Simultanübersetzung auf Deutsch, Englisch, Kurdisch und Türkisch geben, je nach Bedarf vielleicht auch Spanisch und/oder Italienisch. Die Konferenz ist also offen für weltweite Beteiligung, und mit der wird auch gerechnet.

Eingeladen wurden unter anderem Immanuel Wallerstein, Judith Butler und Antonio Negri. Zugesagt hat bereits David Graeber, der Autor von »Schulden – die ersten 5 000 Jahre«. Als Neuerung gibt es einen »Call for Papers«, mit dem Studierende oder andere Interessierte aufgerufen werden, Texte zu bestimmten Themen einzureichen. Jeweils ein/e Autor/in wird dann Gelegenheit bekommen, einen Vortrag auf der Konferenz zu halten.

Infos:
www.networkaq.net

3. Jahrestag des Massakers von Roboski an 34 kurdischen Zivilisten

Was geschah am 28. Dezember 2011?

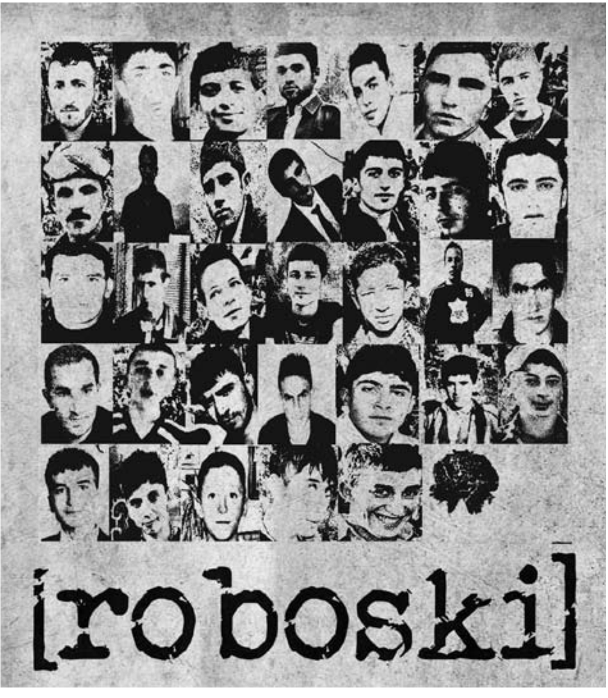
Am 28. Dezember 2011 wurden zwischen 21:30 und 22:27 Uhr 34 kurdische Zivilisten im Alter von 12 bis 25 Jahren nahe dem Dorf Roboski (türkisch: Ortasu) im Kreis Uludere, durch ein Bombardement türkischer F 16 Kampfflugzeugen ermordet.

Ein Unfall?

Den Behörden und dem Militär ist bekannt, dass Dorfbewohner der Grenzregion seit Jahren regelmäßig mit Maultieren die nahe Grenze zum Irak überqueren, um Handel zu treiben. Dies wird weitgehend geduldet, da teils korrupte türkische Polizisten und Soldaten mitverdienten, teils die kurdischen Gebiete im Südosten der Türkei bewusst wirtschaftlich vernachlässigt werden und so den Dörfern an der Grenze keine andere Möglichkeit bleibt, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Auch am 28.12.11 war klar, dass unbewaffnete Zivilisten ihrer regulären Route folgten, um in ihr Dorf zurückzukehren. Trotzdem wurde die Gruppe von Kindern und Jugendlichen mit Hilfe US-amerikanischer Aufklärungstechnik aufgespürt und bombardiert. Die Rechtfertigung: das Militär hätte Mitglieder der kurdischen Guerilla angreifen wollen.

Was wurde für die Aufklärung getan?

Nach der Bombardierung hat der türkische Staat zunächst versucht, diesen Vorfall zu verheimlichen. Erst durch die Angehörigen der Opfer sowie kurdische Politikerinnen und alternative Medien erfuhr die Öffentlichkeit von dem Massaker. Erst 12 Stunden später berichteten türkische Mainstream-Medien, die Regierung reagierte erst nach 27 Stunden! Es habe sich um einen Irrtum gehandelt, ein Unfall für den niemand im Militär oder der Regierung die Verantwortung trage; im Grunde sei es die Schuld der Getöteten selbst. Auf den Versuch des Ministerpräsidenten, die Familien der Ermordeten durch lächerliche Geldzahlungen zum Schweigen zu bringen oder die öffentliche Debatte durch Äußerungen über die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen zu beenden, ließen sich die meisten großen türkischen Medien ein. Eine Aufklärung des Massakers steht bis heute aus. Die Regierung hat jegliche Nachforschungen blockiert und sogar in diesem Jahr die Akte mit einem Bericht „Es war ein Unfall“ geschlossen und als „erledigt“ abgetan. Eine breite „Plattform für Gerechtigkeit für Roboski“ aus über 850 Nichtregierungsorganisationen, Parteien, Gewerkschaften und Verbänden der türkischen und kurdischen Zivilgesellschaft hat sich hingegen gegründet und streitet für die Aufklärung des Massakers von Roboski.



Wie ist der Fall zu bewerten?

Das Massaker von Roboski ist eindeutig ein Gewaltakt des Staates und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dieser „Unfall“ reiht sich allerdings nahtlos in die seit Jahren herrschende Politik des türkischen Staates ein: die Verleugnung des Genozids an den Armenierinnen (1915), die Nicht-Aufarbeitung des Genozids von Dersim (1937/38) oder der Pogrome von Maras (1978) und Sivas (1993) verdeutlicht, wie der türkische Staat mit seiner eigenen Geschichte umgeht. Statt sich der drängenden Fragen der eigenen Vergangenheit zu stellen, lässt der Staat nach wie vor Fragende umbringen (Musa Anter 1992, Hrant Dink 2007) oder ins Gefängnis sperren (bei derzeit etwa knapp 5000 politischen Gefangenen in der Türkei). Insbesondere heute, wo seit Newroz 2013 über die Lösung der seit fast 100 Jahren andauernden kurdischen Frage diskutiert wird, ist eine Aufarbeitung der Massaker des türkischen Staates für einen dauerhaften gesellschaftlichen Frieden notwendig. Die Einrichtung einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission zur Untersuchung solcher Massaker und Verbrechen, wie sie von der kurdischen Bewegung ebenfalls unterstützt wird, halten wir für zielführend.

Wir, der Verband der Studierenden aus Kurdistan - YXK e.V., verurteilen die menschenverachtende Politik der AKP-Regierung und fordern die Öffentlichkeit auf, das Massaker von Roboski nicht zu vergessen oder ungesühnt zu lassen, sondern die Verantwortlichen zu Rechenschaft zu ziehen. Ohne die Aufklärung des Massakers von Roboski sowie der anderen Massaker in der Geschichte der Türkei, wird es keinen gesellschaftlichen Frieden in der Türkei geben.

YXK - Verband der Studierenden aus Kurdistan

Bundesgericht lehnt Haftentlassung von Marco Camenisch ab

Nach mehr als einem Jahr Bedenkfrist hat das Bundesgericht in Lausanne die bedingte Haftentlassung von Marco abgelehnt. Dabei stützt sich das Bundesgericht (wie die vorhergehenden Ämter) auf eine politische Begründung: Marco distanziere sich nicht von seiner politischen Position, folglich sei ihm die bedingte Entlassung zu verweigern. Damit unterstreicht auch das oberste Gericht der Schweiz die politische Motivation, Marco nicht aus dem Gefängnis zu entlassen.

Ein kurzer Blick zurück in die Geschichte der Gesuche zur bedingten Haftentlassung von Marco:

Seit Mai 2012 könnte Marco bedingt entlassen werden, da er zwei Drittel seiner Haftzeit abgesessen hat. Ein Antrag an das Amt für Justizvollzug in Zürich wird am 13. April 2012 abgelehnt, dagegen wird Rekurs eingelegt. Dieser wird zuerst von der Direktion der Justiz und des Innern des Kt. Zürich abgelehnt, bevor das kantonale Verwaltungsgericht den Rekurs gutheisst und die Sache zurück an das Amt für Justizvollzug an der Feldstrasse in Zürich gibt. Es kommt erneut zu einer Anhörung von Marco, die bedingte Entlassung wird ihm aber im Februar 2013 weiterhin verwehrt. Die Begründung dafür liefert nach wie vor seine "chronifizierte Gewaltbereitschaft und delinquenzfördernde Weltanschauung" – eine Begründung, die man sich auf der Zunge zergehen lassen muss, und die die politische Motivation zur Nicht-Freilassung von Marco unterstreicht. Genau so gut (noch dazu kürzer) hätten die Ämter einfach hinschreiben können, dass Marco nach wie vor revolutionärer Anarchist ist.

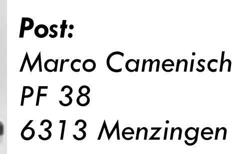
In der Formulierung des Bundesgerichts zur Haftentlassung heisst es nun anders, inhaltlich ist es dasselbe: Grund dafür, Marco nicht zu entlassen, ist, dass "eine glaubhafte Lossagung von der früheren Gewaltbereitschaft und eine klare Distanzierung von Gewaltandwendung als Mittel politischer Auseinandersetzung" fehlt. Nun, gegeben der globalen Realität, die von scharfer Krise und Kriegstendenz gezeichnet ist, ist es entweder unglaubliche Naivität so zu tun, als sei Gewalt nie Mittel der Politik, oder aber eben politisch motiviert. Da wir davon ausgehen, dass am Bundesgericht nicht nur naive RichterInnen sitzen, bleibt nur die politische Begründung übrig. Marco soll nicht rauskommen, weil er ungebrochen eine Position vertritt, die sich gegen die Gewalt der Herrschenden richtet. Klar, gefällt dies der Klassenjustiz nicht, klar, wollen sie ihn hinter Gitter sehen.

In einem Punkt aber zeigt sich ein Widerspruch zwischen dem für den Haftvollzug zuständigen Amt in Zürich und dem Kontrollinstanz der bürgerlichen Justiz in Lausanne, nämlich in Bezug auf Hafterleichterungen, die gemäss Bundesgericht ab sofort zu gewähren sind. So schreibt das Bundesgericht, dass spätestens im Mai 2018 mit einer Freilassung zu rechnen sei. Dies würde dem Ende der vollen Haftstrafe von Marco entsprechen, ein nicht sonderlich dezenter Hinweis darauf, was das Gericht von einer vorzeitigen bedingten Entlassung hält. Da nun das "Vollzugsziel" in der Schweiz lautet, dass jede/-r Gefangene/-r nach Haftende fähig sein soll, straffrei zu leben, und dies ein schrittweises (Wieder-)Heranführen an das Leben ausserhalb des Knastes beinhaltet, schreibt das Gericht, dass "entsprechende Lockerungsschritte nunmehr ernsthaft zu prüfen sind." Das zuständige Amt für Justizvollzug hat bis anhin ernsthaft jede Lockerung verhindert, es wird sich weisen, was dieses Urteil für die Haftbedingungen von Marco bedeutet.



Marco libero!

Post:
Marco Camenisch
PF 38
6313 Menzingen



Rote Hilfe Schweiz
11.12.2014

Inhaftierte Anarchist_innen sind frei!

Die sieben am 16. Dezember verhafteten Anarchist_innen konnten am 30. Januar die JVAs verlassen.
Die Presseabteilung der Mossos D' Esquarda (katalanischen Bullen) soll eine Mitteilung mit konkreten Anschuldigungen veröffentlicht haben. Eigentlich wollten die Bullen die Akten bis zum 22. Februar unter Verschluss halten, jedoch ordnete der zuständige Richter überraschend die Freilassung der sieben Gefangenen, gegen Kaution (je 3000 Euro), an. Auch wenn sie nun wieder frei sind, finden wir es wichtig, mit den folgenden Texten einen Überblick über die jüngste Repression gegen Anarchist_innen in Spanien zu geben.

Für mehr Informationen: solidaridadylucha@riseup.net

Es gibt eine Spenden-Konto in Solidarität mit den verhafteten Genoss_innen:
IBAN: ES68 3025 0001 19 1433523907 (Bank: Caixa d'Enginyers)

Das stürmische Gewitter der Pandora

Für unsere Leute, an alle bekannten und unbekannten Gefährt_innen welche die anarchistischen Ideen umarmen und an alle solidarischen und interessierten Menschen

Am frühen Morgen des 16. Dezembers fiel ein großes Polizeiaufgebot in die barcelonensischen Viertel San Andreu, Poble Sec und Gracia, sowie in Manresa, Sabadell und in das Viertel Carabanchel in Madrid ein. Mit dem Schrei „Polizei" wurden unsere Häuser gestürmt und nach einer akribischen Durchsuchung dieser wurden wir 11 Anarchist_innen festgenommen. Zur selben Zeit wurden die sozialen Zentren in Poble Sec, San Andreu, das besetzte Haus Kasa de la Muntanya und das Haus einiger Gefährt_innen ebenfalls gestürmt und durchsucht, ohne dass es dabei weitere Festnahmen gab.

Als die Bullen mit dem Herumwühlen, Filmen und Einsammeln angeblicher Beweise fertig waren, wurden wir getrennt in verschiedene Wachen in der Umgebung Barcelonas gefahren mit dem Ziel jede solidarische Geste zu erschweren. 48 Stunden später wurden wir 600 Kilometer weit nach Madrid zum Sondergerichtshof für nationale Angelegenheiten gebracht. Nach langen Stunden des Wartens, in denen die gegenseitige Feindseligkeit die Luft in Scheiben schnitt, wurden 4 von uns unter Auflagen freigelassen und für 7 aufgrund der Vorwürfe der Gründung, Bewerbung, Verwaltung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation, sowie Besitz und Sachbeschädigung durch entzündbare Artefakte U-Haft angeordnet.

Zunächst wurden wir alle in den großen Knast Soto de Real (Madrid) gebracht und man legte uns FIES 3 auf (stark verkürzt: Isolationshaft Stufe 3), welche für Zugehörige bewaffneter Gruppen vorgesehen ist. Unsere ganze Kommunikation wird kontrolliert und obwohl wir uneingeschränkt Post empfangen dürfen, können wir selbst nur 2 Briefe pro Woche schreiben.
Unsere Verhaftung passierte im Rahmen der Polizeioperation „Pandora", die zusammen von dem Sondergerichtshof und der katalanischen Polizei Mossos d' Esquadra gesteuert wurde und sich gegen eine fiktive terroristische Vereinigung richtet, welche für einige Aktionen verantwortlich gemacht werden, die uns immer noch unbekannt sind. Diesen letzten Repressionsschlag verstehen wir als eine Attacke auf anarchistische Ideen und Praktiken in einem Moment, in welchem der Staat einen internen Feind braucht, um eine Serie von Maßnahmen zu rechtfertigen, die immer unterdrückender und repressiver werden und die Formen des aktuellen Totalitarismus stärken.

Vor dem Hintergrund der Krise und der Unsicherheit erlebten wir die Verschärfung der Grenzkontrollen und rassistischer Razzien, Zwangsräumungen, heteropatriarchialer Gewalt und Arbeitsausbeutung, etc. Das ruft immer elender werdende Lebenskonditionen für die große Mehrheit hervor.

Diese kalten Mauern, hinter denen wir eingesperrt sind, verstecken das Lächeln welches wir in unseren Gesichtern hatten, als wir mitbekommen haben, dass Familienangehörige, Freunde und Gefährt_innen vor den Türen der Wachen und des Sondergerichtshofs ausharrten und uns somit trotz der Kälte und der Distanz beistanden. Ebenso erfüllt es uns mit Freude zu wissen, dass es eine große solidarische und kämpferische Demonstration in Barcelona und anderswo gab, Gesten die uns Kraft und Stärke geben sich dieser Situation würdevoll zu stellen.

Wir schicken einen kämpferischen und solidarischen Gruß an Francisco Solar, Mónica Caballero, Gabriel Pombo Da Silva und an alle Unbezähmbaren, welche trotz der aufgezwungenen Grenzen, der Einsperrung und der Schwierigkeiten den Kopf nicht senken und weiterhin auf den Kampf setzen.

Unser Herz bleibt bei euch.
Jetzt und immer, Tod dem Staat
und es lebe die Anarchie!

Einige durch die Repression der Operation Pandora Betroffene

Die Büchse der Pandora und das Nähkästchen des spanischen Antiterrorimus

Der folgende Text wurde zwei Tage nach den Verhaftungen von 11 Anarchisten und Anarchistinnen in Katalonien und Madrid veröffentlicht. Auch wenn mittlerweile aktuellere Informationen bekannt sind, halten wir die Überlegungen darin für sehr wichtig, um diese Verwendung des Antiterrorismus besser zu verstehen, die immer geläufiger zu werden scheint.
Auf Anforderung des Staatsanwalts ordnete der Richter für sieben der Gefangenen Untersuchungshaft an und für vier die Freilassung unter Auflagen. In der Nacht des 18. Dezembers wurden die sieben ins Gefängnis „Soto de Real" verlegt, welches sich im Umkreis von Madrid befindet. Die Beschuldigungen lauten: Bildung, Bewerbung, Führung und Zugehörigkeit zu einer terroristischen Organisation, sowie Besitz und Aufbewahrung von explosiven und entzündbaren Gegenständen.
Anschliessend die Übersetzung eines Briefs von Mónica Caballero aus dem Gefängnis von Brieva, einer chilenische Anarchistin, die seit etwa einem Jahr in Spanien inhaftiert ist.

Der Morgen des Dienstags, 16. Dezember, hat uns mit einer Welle von Hausdurchsuchungen und Verhaftungen überrascht... Hat er uns überrascht? Wir werden nicht lügen. Fangen wir noch einmal an. Der Morgen des Dienstags, 16. Dezember, hat uns NICHT überrascht. Die regionale katalanische Polizei, die Mossos d'Esquadra, die Guardia Civil und richterliche Beamte der Audiencia Nacional* haben mehr als 10 Wohnungen und einige anarchistische Lokale in Barcelona, Sabadell, Manresa und Madrid gestürmt, mit den jeweiligen Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Beschlagnahmungen von propagandistischem und informatischem Material. Ausserdem haben sie die Gelegenheit genutzt, um auch in das alte Kasa de la Muntanya, ein besetzter Raum, der gerade 25 Jahre alt geworden ist, einzufallen und es zu plündern, indem das gesamte Anti-Riot-Korps der Brigada Móvil der Mossos d'Esquadra eingesetzt wurde.

Laut der Presse, die wie immer ihre Rolle als Polizeisprecherin verdeutlicht, ist es das Ziel dieser Verhaftungen, „eine kriminelle Organisation mit terroristischer Zielsetzung und von gewaltsamem anarchistischem Charakter" zu zerschlagen. Obwohl es einfach klingt, eine fixe Phrase noch einmal zu wiederholen, werden wir es tun: die einzige kriminelle Organisation, die versucht, mit ihrem gewalttätigen Charakter die Leute zu terrorisieren, ist der Staat und seine Tentakel: die Presse, der juristische Apparat, seine repressiven Korps und seine Politiker, egal von welchem Spektrum.

Weshalb hat uns diese repressive Handlung nicht überrascht? Weil wir sie erwartet haben. Es geht nicht darum, Orakel zu spielen, oder sonst etwas dergleichen, sondern darum, die Ereignisse zwischen den Linien lesen zu wissen, manchmal in wortwörtlicher Weise. Wie es mit der Verhaftung von anderen Gefährten im vergangenen Jahr geschehen ist, so werden seit langer Zeit Wellen wie jene vom Dienstag gegen libertäre und antiautoritäre Umfelder inszeniert, und, auch wenn die verschiedenen Razzien nicht so gross waren, so verdeutlichten sie einen Horizont mit Situationen dieser Art.

Operation „a la italiana"

Seit bereits einigen Jahrzehnten erlebt das anarchistische Umfeld der nahen Region von Italien immer wieder, und in den letzten Jahren mit immer grösserer Regelmässigkeit, grosse Operationen, die ähnlich wie jene vom Dienstag sind. Nicht nur in der Form von zeitgleichen Razzien und Durchsuchungen in verschiedenen Häusern, sondern auch die Verwendung von Namen, die einfach zu merken sind, und mit einem gewissen schwarzen Humor, wie in der aktuellen Operation, die Pandora genannt wird, da dieser Fall, wie die Presse aus ihren richterlichen Quellen repetiert, „eine Büchse war, die sich trotz der zahlreichen Schrecken, die wir davongetragen haben, nicht öffnen liess". Mit „zahlreichen Schrecken" beziehen sie sich auf verschiedene Aktionen, die in den letzten Jahren auf dem gesamten Gebiet des spanischen Staates stattfanden. Um auf die italienischen Operationen zurückzukommen, so braucht man sich nur an die Namen von eingen zu erinnern, die in den letzten Jahren geschehen sind. Beispielsweise die Operation Thor, deren Name auf die Anschuldigung einer Reihe von Angriffen mit Hämmern auf Bankomaten und Büros anspielte, die Operation Ixodidae, die auf den Fachnamen für die Gattung der Zecken Bezug nahm, wie die Faschisten die Kommunisten und Anarchisten bezeichneten, oder andere wie Ardire, Cervantes, Nottetempo, etcetera.

Abgesehen von der Vorgehensweise und der Namensgebung, ist ein Faktor, der uns stark an das nahegelegene Land erinnert, die Rolle der Presse, welche uns ebenfalls geholfen hat, das ersichtlich zu machen, was sich am annähern war. Seit bereits ungefähr 3 Jahren oder auch etwas mehr hat die spanische Presse eine Kampagne begonnen, um das Terrain so zu präparieren, dass Operationen wie diese nicht nur möglich sind, sondern auch voraussehbar. Indem sie Umfelder brandmarkte, einschliesslich gelegentlich Räume oder Personen mit Namen und Nachnamen, Kollektive, etcetera, und daran arbeitete, ein karikaturhaftes und etwas bizarres Bild von einem inneren Feind zu konstruieren, der, auch wenn das bereits seit Jahrzehnten üblich ist, in den letzten Jahren einen spezifischeren Charakter angenommen hat: der „gewalttätige

Anarchist", der „Insurrektionalist", der „Systemgegner [Span.: Antisistema], der die sozialen Bewegungen infiltriert", etcetera.

Das chilenische Fiasko

Das Jahr 2010 war ein glorreiches Jahr für den chilenischen Staat. Abgesehen davon, dass der Unternehmer und Viertreichste des Landes, der rechtsgerichtete Sebastián Piñera, zum Präsidenten gewählt worden ist, wurde eine polizeiliche, mediale und juridische Operation gegen das antiautoritäre Umfeld inszeniert, mit dem Resultat von etwa einem dutzend Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, bekannt als Operation Salamander. Gemeinläufig wurde sie auch als „Caso Bombas" bezeichnet, da sie auf der Untersuchung von einer Reihe von Sprengstoffanschlägen basierte, die in den vorhergehenden Jahren geschehen sind, und der Kreierung durch die polizeiliche Bildstrickerei einer hierarchischen Grossstruktur von einem angeblichen Netz, das für all diese Explosionen verantwortlich sei: ein Zirkus, der nicht nur das Image des Staates schwächte, abgesehen davon, ihn ins Lächerliche zu ziehen, sondern die Grobheit der Untersuchungsvorgehensweisen offensichtlich machte, welche die Verfälschung von Beweismitteln, die Erpressung oder den Druck, um Informanten oder „Reuige" zu erreichen, den Zufall, etc. umfasste. Der Prozess endete mit der Freisprechung von allen Angeklagten und mit einem Rachedurst von Seiten des chilenischen Staates gegen das Umfeld und die Personen, gegen welche ermittelt wurde.

Ein Jahr nach Beendigung der Farce des „Caso Bombas", und durch eine Operation, diesmal auf dieser Seite des Teichs, arbeiten die spanischen und chilenischen Minister, Richter und Polizisten vereint an einem neuen Fall. Mónica Caballero und Francisco Solar, beide Ex-Angeklagte im „Caso Bombas", werden in Barcelona verhaftet, wo sie zu diesem Zeitpunkt lebten, gemeinsam mit weiteren 3 Personen, die später aus dem Fall herausgelassen wurden, angeschuldigt der Anbringung einer Sprengvorrichtung in der Basílica del Pilar von Zaragoza, der Verschwörung zu einem solchen Zweck und der Angehörigkeit zu einer angeblichen terroristischen Organisation. Diese Gefährten befinden sich gegenwärtig in präventiver Haft in Erwartung eines Prozesses, von dem wir nicht wissen, wann er stattfinden wird, und ebensowenig wissen wir, inwiefern diese neue Repressionswelle ihren Prozess verändern wird.

Die Situation ist allen mehr oder weniger bekannt und wenn wir von etwas sicher sind, dann ist das, dass die kürzlichen Verhaftungen dazu dienen, einem Fall Gestalt zu geben, der für sich selbst nicht standhält.

Zufall?

Wenige Stunden vor den Verhaftungen vom Dienstag liess die spanische Regierung aus ihren Medien vernehmen, dass die „Innenminister von Spanien und Chile eine neue Phase von verstärkter Zusammenarbeit im Kampf gegen den anarchistischen Terrorismus eröffnen". Am vergangenen Montag, dem 15. Dezember, traf sich der spanische Innenminister, Jorge Fernández Díaz, in Chile mit dem chilenischen Vizepräsidenten und gleichzeitig Innenminister Rodrigo Peñailillo in dem Palast La Moneda, dem Sitz der Regierung, in Santiago de Chile. „Im Kampf gegen den Terrorismus wird Chile in Spanien einen soliden Verbündeten finden", rühmte sich der Spanier, während er mit dem Grosskreuz zum Verdienstorden von Chile ausgezeichnet wurde, der „höchsten Auszeichnung des Landes zum Zivilverdienst", laut der Presse, eine Trophäe, welche der chilenische Staat in diesem Fall für die polizeiliche



Arbeit und als Preis für die Verhaftung der Gefährten Mónica und Francisco des vergangenen Jahres gab.

Neben den Lobungen und Preisen, verkaufte der Geschäftsmann Fernández etwas von dem Seinen: polizeiliche und richterlicher Schulungen, verschiedenes repressives Material, etcetera.

Und das, was kommen wird...

Was ist der nächste repressive Schritt? Wir wissen es nicht. Im Moment weiss man wenig darüber, wie es unseren Gefährtinnen und Gefährten geht, darüber, was die genauen Anschuldigungen sind, darüber, welchen repressiven Mitteln sie unterzogen werden, ob sie in präventive Haft kommen oder nicht, etcetera.

Sicher ist, dass diese Operation keine isolierte Sache ist, sondern dass sie sich wie ein Glied mehr in eine Kette einfügt. Eine repressive Kette, die manchmal brutal und manchmal subtil ist, in welche sich die neuen Gesetze einfügen (man braucht nur an das kürzliche Ley Mordaza** zu denken), die Hetzjagd auf die Sans-Papiers durch immer grössere rassistische Razzien, die Polizeibrutalität, bis zur Bestrebung, das Elend zu verwalten und die Repression zu administrieren, was trotz allem das ist, was der Staat tut, von

Seiten einer Pseudo-Linken (mit Podemos*** an erster Stelle), welche auf eine immer offensichtlichere Weise eine Parodie von sich selbst ist. Zwangsräumungen, Schläge, Faschismen, gesetzliche und strafrechtliche Verhärtungen jeglicher Art, nationalistische und sozialdemokratische Trugbilder sind das, was uns die Gegenwart bescheren wird. Man braucht nicht auf Schlimmeres zu warten, das Schlimmere war nie weg.

Der Fächer an Möglichkeiten des spanischen Antiterrorismus ist ein Nähkästchen, in das alles hineinpasst. Er befindet sich da, in Sichtweite, um uns daran zu erinnern, dass zu kämpfen für den Staat Terrorismus ist. Er funktioniert wie eine Vogelscheuche. Werden wir uns erschrecken?



Der Staat und seine Agenten sagen, dass sie die Büchse der Pandora geöffnet haben. In der griechischen Mythologie ist Pandora das Äquivalent zur biblischen Eva. Mit der charakteristischen Misogynie beider Mythologien öffnet Pandora ihre Büchse, gleich wie Eva in ihren Apfel beisst, und befreit alle Übel, die sich darin befinden.

Wir aber, wir sind fähig, unsere eigene Erzählung zu kreieren, und uns ihre mythologische Scheisse am Arsch vorbei gehen zu lassen. Unsere Geschichte ist anders. Die „Büchse“, welche diese repressive Operation geöffnet hat, drängt uns dazu, zu handeln, die Wachsamkeit nicht zu senken, aufmerksam zu sein auf die nächsten Schritte von ihrer Mär. Sie bringt uns wieder und wieder darüber zum Nachdenken, welches die Welt ist, die wir wollen, und was die Distanz von jener Welt zu dieser ist. Sie bringt uns dazu, die Dringlichkeit davon zu sehen, zu handeln und vorwärts zu gehen.

Die verhafteten Gefährtinnen und Gefährten sind Teil von verschiedenen Projekten, Räumen, Kollektiven, etcetera, und es ist sehr wichtig, dass diese nicht verfallen, dass die Ruine (in allen Sinnen), zu der solche Situationen normalerweise führen, nicht Ohnmacht und ein Gefühl der Lähmung generieren. Wir sagen immer, dass „die beste Solidarität darin besteht, den Kampf fortzuführen“. Einverstanden, aber was bedeutet das in der Praxis? Wir rufen auch im Chor: „wenn sie einen von uns anrühren, rühren sie uns alle an“. Dies hat sich bereits in den Antworten und Protesten verdeutlicht, die an verschiedenen Orten stattgefunden haben, ebenso wie in der bedingungslosen Wärme der Gefährten, die draussen sind.

Von einer Sache können wir sicher sein, und dies ist, dass die verhafteten Gefährtinnen und Gefährten diese Wärme spüren können, welche die Gitter und die Isolation durchdringt, denn es ist dieselbe Wärme, die auch sie in so vielen Momenten zu geben wussten.

Barcelona, 18. Dezember 2014

* Ein zentrales Gericht in Spanien, das mit der Verfolgung schwerer Straftaten, namentlich des Terrorismus betraut ist.

** Die „Ley De Seguridad Ciudadana“, ein sogenanntes „Ley Mordaza“ („Knebelgesetz“), wurde am 29. November 2013 von Fernández Díaz eingeführt, und beinhaltet diverse Einschränkungen der Versammlungsfreiheit und Erweitert die Befugnisse der Polizei.

*** Eine bürgerrechtlerische Partei, die sich aus der Occupy-Bewegung entwickelte, und sich im spanischen Wahlkampf beteiligt, während sie eine „Regenerierung der Demokratie“ fordern.

Sicherheit ist kein Verbrechen

Am Dienstag, den 16. Dezember fand im spanischen Staat eine große Polizeioperation statt. Vierzehn Häuser und soziale Zentren in Barcelona, Sabadell, Manresa und Madrid wurden durchsucht. Bücher, Flugblätter und Computer wurden beschlagnahmt, elf Menschen verhaftet und zur Audiencia Nacional verbracht, einem Sondergericht in Madrid, das für Anliegen „von nationalem Interesse“ zuständig ist. Ihnen wird die Gründung, Bewerbung, Verwaltung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation vorgeworfen. [...] Die Gründe, die vom Richter für ihre fortgesetzte Haft angegeben wurden, beinhalten den Besitz bestimmter Bücher, „die Herstellung von Publikationen und Formen der Kommunikation“, sowie die Tatsache dass die Angeklagten „eMail mit extremen Sicherheitsvorkehrungen verwendeten, so wie den RISE UP Server“.

Wir verurteilen diese kafkaeske Kriminalisierung sozialer Bewegungen und die irrsinnige und außerordentlich alarmierende Schlussfolgerung, den Schutz der eigenen Privatsphäre mit Terrorismus gleichzusetzen. Wie jeder andere eMail-Provider hat Riseup die Pflicht, die Privatsphäre seiner Nutzer_innen zu schützen. Viele der „extremen Sicherheitsvorkehrungen“, die Riseup einsetzt, sind gängige Musterlösungen (sog. „Best Practices“), die auch von Providern wie hotmail, GMail oder Facebook eingesetzt werden. Anders

als diese Provider ist Riseup allerdings nicht bereit, illegale Hintertüren zuzulassen oder die Daten ihrer Nutzer_innen an Dritte zu verkaufen.

Der Bericht des Europaparlaments über das US-amerikanische NSA-Überwachungsprogramm stellt fest, dass „das Recht auf Achtung der Privatsphäre kein Luxus ist, sondern einen Grundpfeiler der freien und demokratischen Gesellschaft darstellt“. Die jüngsten Enthüllungen über das Ausmaß, in dem Staaten die Rechte aller Menschen auf Privatsphäre missachten, zeigen, dass alles was ausspioniert werden kann auch ausspioniert wird [4]. Darüberhinaus wissen wir, dass die Kriminalisierung einzelner weil sie Werkzeuge zum Schutz der Privatsphäre verwendet haben, eine Einschüchterungswirkung auf alle hat, und ganz besonders auf Menschenrechtsverteidiger_innen, Journalist_innen und Aktivist_innen. Das eigene Grundrecht auf Privatsphäre aufgeben zu müssen aus Angst, als Terrorist_in markiert zu werden, ist inakzeptabel.

riseup.net

Wäre es mir möglich, ein anderes Leben zu wählen, würde ich es um nichts tauschen

Ich erinnere mich noch sehr gut an das Gefühl, das mich berauschte, als ich begann, die Autorität in Frage zu stellen, ich erinnere mich an die zahlreichen Widersprüche und Fragen. Bei dieser Entdeckung von Ideen begegnete ich vielen, die in ihren Bibliotheken, Publikationen, Ateneos, etcetera... aus den Ideen materielle Praktiken machten, und in ihrem alltäglichen Leben... die Ideen hier und jetzt lebten. Es verging nicht viel Zeit, bis ich dasselbe machen wollte.

Ich erinnere mich an die Beklemmung, die ich fühlte, als ich mitbekommen habe, dass es Gefährtinnen gibt, die eingesperrt werden, weil sie die Ideen von Freiheit in die Praxis umsetzen; Ideengeschwister in allen Ecken der Welt im Schlund der panoptischen Bestie. Dieses beklemmende Gefühl hat sich nie geändert, doch die solidarische Geste begleitete es.

Wir sind viele Anarchistinnen, die wir uns auf der anderen Seite der grossen Mauer befinden, diese Liste hat sich am Dienstag dem 16. Dezember noch mehr erweitert.

Die Tentakel der Macht liessen sich in anarchistische Räume, libertäre Ateneos, besetzte Häuser und Wohnungen von verschiedenen Akraten in Katalonien und Madrid nieder. Die Jagd fing elf Gefährtinnen ein, wovon sieben im Gefängnis blieben, angeschuldigt der Zugehörigkeit zu einer bewaffneten Bande von terroristischem Charakter. Es ist kein Zufall, dass die Verhafteten Teil meines näheren Umfelds sind, und dazu mehr als die Hälfte mich oft im Gefängnis besuchte. Der juridisch-polizeiliche Hammer hat die Solidarität bestraft.

Ich kann gegenüber so viel Elend nicht stillschweigen, die staatliche repressive Rache grenzt an den Wahn. Die Informationsmedien (Wortführer der Herrschenden) sprechen von Chefs und Untergeordneten, ich unterstreiche es ihnen und allen, die Zweifel daran haben: Wir sind Antiautoritäre! Niemand ist über mir, und auch ich bin über niemandem!

Die angegriffenen Räume in Katalonien, waren ebenswenig zufällig, einerseits ist das Kasa de la Muntanya ein wichtiges Besetzungssymbol, mit seinen 25 Jahren weitab von der kapitalistischen Logik, die für viele Generationen von Dissidenten dieses Terrorsystems ihren Beitrag erbracht haben. Die libertären Ateneos und anarchistischen Räume, die getroffen wurden, haben nie ihre Ideale versteckt, während sie einen fruchtbaren Boden boten, um die Samen der Freiheit zu säen.

Die Kosten in diesem Kampf für die Zurückerlangung unserer Leben sind sehr hoch, niemand sagte, dass es einfach sei, doch ohne irgendeinen Zweifel, wäre es mir möglich, ein anderes Leben zu wählen, so würde ich es um nichts tauschen. In diesem Kampf gegen die Herrschaft gibt es keine Käfige oder Mauern, die unsere Stimmen zum Schweigen bringen können, doch ohne euch Gefährtinnen verwandeln sie sich nur in Echos.

Wenn ihr, liebe Gefährtinnen, die ihr kürzlich eingesperrt wurdet, irgendwann diese Worte lesen könnt, sage ich euch, dass ich sicher bin, dass ihr unkorrumpierbar und auf der Höhe der Umstände bleiben werdet, wie ihr es immer gewesen seid.

Ich erinnere mich immer wieder, dass ich gelesen oder gehört habe, dass die Solidarität eine Waffe ist, die für die Anarchisten notwendig ist. Heute hoffe ich, dass diese Erinnerungen Realität werden... unsere Ideen zu Aktion werden lassen.

TERRORISTISCH IST ES UNS ZU EINEM MISERABELEM LEBEN ZU VERDAMMEN NICHT DER WIDERSTAND DAGEGEN!

Mónica Caballero

Strafanstalt von Brieva,
spanischer Staat,
Dezember 2014

Dokumentation:

Vulkanologisches zu Sabotage und Zielgenauigkeit

Uns ist aufgefallen, dass es eine Verbreitung der Angriffe auf Infrastruktur, konkreter: Mobilität, Transport- und Distributionslogistik sowie Telekommunikation gibt. Es ist sicher verfrüht, von einer Dynamik zu sprechen, aber es gibt eine Verankerung dieser Praxis als perspektivische Option. Da wir selbst Anhänger_innen der Sabotage an Infrastruktur sind, halten wir es für richtig, in eine Diskussion zum Thema zu kommen. Der Einfachheit halber sprechen wir von Vulkanismus. Es gibt ja durchaus Kritik an Aktionen: an der angeblich mangelnden Zielgenauigkeit bzw. der als mangelhaft wahrgenommenen Vermittlung. Dazu weiter unten mehr, ausgehend vom Beispiel Refugee-Dachbesetzung Gürtelstraße/Berlin.

Wir gehen mit unseren Überlegungen von einem recht aktuellen Beispiel aus: „Autonome Gruppen" legten im Sommer 2014 Teile des S-Bahn-Verkehrs in Berlin lahm und erklärten, damit die Refugees in der Gürtelstraße in Berlin-Friedrichshain unterstützen zu wollen, vgl. *linksunten.indymedia.org/en/node/121501* .

Diese hatten dort das Dach eines Hostels besetzt, um ihre Bleiberechtsforderungen durchzusetzen, während die Polizei das Viertel gegen UnterstützerInnen absperrte und den Refugees über Tage die Lieferung von Essen verweigerte. Die Aktion der „Autonomen Gruppen" richtete sich vor allem auch gegen die Ignoranz der städtischen Bevölkerung gegenüber der menschenverachtenden Politik der Mächtigen. Wir stellen die Aktion weder politisch noch praktisch in Frage. Vielmehr begrüßen wir sie ausdrücklich.

Wir freuen uns, dass es eine Veröffentlichung der Aktivist_innen gab. Diese macht sich durch einen teilweise arrogant bzw. stereotyp wirkenden Blick auf die S-Bahnnutzer_innen allerdings angreifbarer als nötig. In der betreffenden Passage der Erklärung wäre es nicht nötig gewesen, die Gesamtheit der S-Bahnfahrenden, die durch die Aktion zum Pausieren kamen, abzuqualifizieren. Auch wir selbst leben ja bekanntlich immer noch gezwungenermaßen in gesellschaftlichen Wirklichkeiten, die wir bekämpfen und dennoch auch immer wieder neu herstellen. Die Erklärung wirkt dadurch arrogant, weil auch „Autonome Gruppen" sich tatsächlich weniger von der Gesamtheit der S-Bahnfahrenden unterscheiden als die Erklärung suggeriert.

Wir teilen allerdings den Ärger darüber, dass sich so wenige Menschen für einen würdigen Lebensstandard für alle einsetzen und viele sogar eher dazu neigen, nach unten zu treten als sich gegen oben zu organisieren, sobald sie von der Angst ergriffen werden, selbst irgendwie in Bedrängnis zu kommen. Auch verstehen wir die Wut über die Ignoranz und den Chauvinismus, über rassistische und ausgrenzende Positionen von AnwohnerInnen rund um den Konflikt um das besetzte Hostel.

Die Refugees haben sich als politische Subjekte entschieden zu kämpfen, und die „Autonomen Gruppen" haben sich ihrerseits damit solidarisiert. In einer Situation, in der die Möglichkeiten der Unterstützung sehr begrenzt waren, haben sich letztere entschieden, den Betrieb der Stadt offensiv in seinem gewohnten und profitablen Rhythmus und Ablauf zu stören – einer Stadt, die in ihrem Innern nicht zuletzt durch eine von Untertanengeist und Rassismus geprägte Gesinnung zusammengehalten wird. Dieser Grundkonsens erklärt, warum den Menschen, die in einer absoluten Notlage ein Dach besetzten und daraufhin Tage lang durch die Polizei ausgehungert wurden, aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft bis auf wenige Ausnahmen die Solidarität verweigert wurde. Wir finden es in einer solchen Situation und solange die Gefährdung von Menschen ausgeschlossen ist, richtig, die Funktionalität der Stadt als Ganzes zu beeinträchtigen. Allerdings kann eine Erklärung solchen Inhalts noch so genau, noch so gut formuliert sein: Eine solche Aktion wird so oder so angegriffen. Darüber machen wir uns keine Illusionen. Nicht nur weil der Aufruf zur Sabotage der Festung Europa, zur solidarischen Zusammenarbeit mit Flüchtlingen und den Kämpfen um Bleiberecht aufgrund des rassistischen Grundtenors marginal ist und bleibt, sondern weil Sabotage im Katalog der zugelassenen Diskussions- und Interventionsformen nicht vorkommt.

In diesem Zusammenhang stellen wir folgende These in den Raum, die nur praktisch zu klären sein wird: Je mehr militante Gruppen am Zusammenbruch des innerstädtischen Verkehrsflusses gearbeitet hätten, um so höher wäre der wirtschaftliche Schaden für den Standort Berlin gewesen. Ein Verbreitung dieser Praxis könnte den Standort so sehr schädigen, dass sich die Politik gezwungen sieht, den Forderungen der Flüchtlinge entgegen zu kommen.

Solche Aktionen, das ist wichtig, dürfen in ihrer Zielrichtung nicht fehlinterpretiert werden: Sie mobilisieren nicht Menschen gegen die Verschärfung des Asylrechts. Sie bringen nicht mehr Leute auf die Straße. Sie können eine nicht vorhandene antifaschistische Gesellschaft nicht erzwingen oder ersetzen. Aber sie verlassen die Pfade verordneter Ohnmacht und sind als Statements zu verstehen, mit denen eine rassistische Gesellschaft zu rechnen hat – auch in Zeiten, in denen sich emanzipatorische Bewegungen in der Defensive befinden. Das gilt genau so für andere gesellschaftliche Auseinandersetzungen, z.B. gegen Waffenlieferungen oder Freihandelsabkommen wie derzeit das TTIP-Abkommen und endet nicht an nationalen Grenzen. Kann eine militante Intervention keine unmittelbaren Erfolge herbeiführen, so bleiben der ökonomische und politische Schaden und das Signal, dass wir nicht bereit sind, z.B. die Abschiebung von Flüchtlingen hinzunehmen, ohne wenigstens für materielle Konsequenzen zu sorgen.

Wir begreifen Vulkanismus, die Sabotage der Infrastruktur kapitalistischer Metropolen, nur als Teil einer politischen Strategie. Unsere Verneinung des Ist-Zustandes ist deshalb jedoch nicht nihilistisch, weil wir die Option auf gesellschaftliche Veränderung durch Außerkraftsetzen der Funktionalität der Verhältnisse mitdenken. Das Ineinandergreifen von vulkanischer Sabotage und emanzipatorischen Organisierungsansätzen macht erst den Denkraum auf für gesamtheitliche Umstürze. Die Verneinung der herrschenden Wirklichkeit, die Sabotage der Funktionalität dieser Gesellschaft, öffnet erst den Raum für eine andere. Es kann sich nichts ändern, wenn alles stabil ist und repressiv weiter funktioniert. Gleichzeitig geben wir den Kampf um die Köpfe der Menschen nicht auf. Wir versuchen, unsere Gedanken und unsere Praxis zu vermitteln. Wir beziehen uns auf verschiedene Kämpfe. Trotzdem ist es unmöglich, alle politischen Auswirkungen, die unsere Praxis hat, im Vorhinein zu planen. Wir handeln überlegt, aber nicht mit endgültiger Gewissheit. Weil es keinen fertigen Weg zur Emanzipation gibt, experimentieren wir, wagen Unbekanntes, verwerfen Überlegungen und versuchen, aus Fehlern und Kritik zu lernen, gerade weil wir uns nicht mit Symbolik zufrieden geben.

Immer wieder kam die Kritik an vulkanischen oder ähnlichen Aktionen, sie seien nicht zielgenau genug gewesen. Wir haben lange darüber diskutiert und wollen diese Kritik politisch zurückweisen. Es geht dabei wohl um die Vermittelbarkeit einer Aktion, die als um so richtiger gilt, je „böser“ der Gegner ist, je „genauer“ der Gegner getroffen wird, gegen den sich die Aktion richtet und je höher der tatsächliche materielle Schaden. Wir wollen aber vielleicht gar nicht vermitteln, dass es damit getan wäre, diese oder jene besonders böse Entgleisung wegzureformieren, sondern dass der ganze Betrieb falsch läuft.

Alles Bisherige, Bekannte hat nicht dazu geführt, den Übergang in eine von Herrschaft befreite Gesellschaft einzuleiten. Die meisten Entwicklungen gehen eher in die andere Richtung. Angesichts dieser Trends können wir das Bestehende und Eingeübte nicht mehr länger akzeptieren. Daher wollen die vulkanischen Sabotageaktionen die Gesamtheit der Verhältnisse blockieren, indem sie die Infrastruktur einer kapitalistischen Metropole lahmlegen. Uns geht es darum, die Funktionalität eines mehr als nur nationalen Machtzentrums zu blockieren. Ein anderer, dabei nicht immer öffentlich in Erscheinung tretender Aspekt ist der Aufbau tatsächlich sozialer Beziehungen und Strukturen. Denn auch eine neue Form der Gesellschaft, eine Form, die auf Solidarität und Emanzipation beruht, muss wachsen, um uns irgendwann das Überleben zu sichern.

Zurück zur Zielgenauigkeit: Muss sich nicht irgendwann auch der Charakter der Ziele verändern, wenn sich längst schon der Charakter der Herrschaft insofern verändert hat, dass die Menschen auf einem ganz neuen Niveau, eben infrastrukturell, tief in die Metropole als Machtzentrum verstrickt sind? Der gebetsmühlenartig wiederholte Wunsch nach höchstmöglicher Zielgenauigkeit will nicht verstehen, dass die kapitalistische Metropole kein „Außen“ zulässt, von dem aus die korrekten Gegner_innen „Innen“ zu bestimmen und zu bekämpfen wären. Wir müssen anerkennen, dass wir selbst Akteur_innen in diesen Verhältnissen sind, die kein Innen-Außen mehr kennen oder zulassen. Daher gehen wir selber los und machen nicht mehr alles mit: als Subjekte, als Saboteur_innen und Menschen, die den Normalzustand bestreiken. Warum sollen wir gezielt einen Feind suchen, wenn er überall und nirgends ist? Warum immer nach den Kommandozentralen suchen und nicht die Normalität des Metropolenbetriebs angreifen? Um ein Missverständnis zu vermeiden: Wir leugnen nicht deren Existenz. Es gibt das Bundeskanzleramt oder die NSA, Waffenlobbyisten und Abschiebebehörden etc., die wir alle gerne brennen sehen würden. Aber einerseits sind sie in absurdem Maße abgeschottet von jeglicher Einflussnahme, sei sie demokratisch oder militant. Andererseits hätten sie ohne unser aller Mitspielen und Funktionieren keinerlei Macht mehr.

Wir freuen uns, dass es international weitere ähnliche Aktionen gegeben hat (Bristol, Belgien, Frankreich...) und würden eine Grenzen und Sprachbarrieren überschreitende Auswertung begrüßen.

Wir sehen mit Verweis auf die Texte anderer Vulkangruppen die Metropole im Zusammenhang mit globalen Produktions- und Wertschöpfungsketten, vgl. z.B. *linksunten.indymedia.org/en/node/85080* . Schematisch gesehen funktionieren diese so, dass vor unserer

Tür Anfang (Design, Copyright, Patente) und Ende (Konsum, Realisierung der Profite, Steuerung des Kapitaleinsatzes für die nächste Verwertungsrunde) dieser Kette zusammenlaufen. Hier vor Ort können wir die zum Ineinandergreifen dieser Kettenglieder notwendige Infrastruktur angreifen. Die öffentlichen Personentransporte sind da nur eine Möglichkeit. Hier wird in erster Linie die Ware Arbeitskraft transportiert, zur Arbeit und zur Reproduktion ihrer Arbeitsfähigkeit und auch nur unter der Bedingung, dass sie dafür auch noch zahlt. Telekommunikation gewährleistet die Vernetzung der Welt und der Dinge und steigert Geschwindigkeit und Effizienz der Verwertung bei gleichzeitiger Überwachung aller Teilnehmenden. Angriffe auf Telekominfrastruktur (bspw. Vodafone) finden wir in diesem Sinne ebenfalls zielgerichtet. Der Angriff der „Magma Aktionsgruppen“ auf die Infrastruktur des Hamburger Hafens zeigt eine weiteres Ziel, die Warentransportlogistik, vgl. *linksunten.indymedia.org/en/node/124654* .

Wir freuen uns auf die Fortsetzung und Erweiterung dieses Katalogs.

Unkontrolliert. Überall. Wohl überlegt. Grenzenlos. Internationalistisch.

In diesem Sinne.
Eine Vulkangruppe

Ask me

One second Ask one who not sleep at night
One Moment Ask one who Need one Moment of warmth
One hour Ask one who waiting for message
One day Ask one who Sitting Outside in cold of the morning until the evening
One week Ask one who's Trying to learn German language
One month Ask one who Waiting for a response from the court
One half year Ask one who's living in camp Hannover
One year Ask one who lives in Germany without human rights

Gedicht eines Bewohners des Refugee-Camps in Hannover

Protokoll eines Austauschs einiger Anarchisten zu PEGIDA und Demokratie

Am 24. Januar beteiligten sich viele Menschen unterschiedlicher internationaler Hintergründe an einer Diskussion zu anarchistischen Perspectives auf die aktuelle Welle rassistischer und nationalistischer Mobilisierungen auf den Straßen Deutschlands. Der Aufruf lud zu einer lockeren Diskussion ein und versuchte eine erste Positionierung zu bieten, welche weder mit PEGIDA und anderen rechten Gruppierungen, noch den falschen demokratischen Kritikern kompromissbereit ist. [...] Was folgt, ist eine sehr subjektive Zusammenfassung der Gespräche, auf Grundlage von persönlichen Notizen. Ich werde versuchen, es so gut wie möglich zu strukturieren [...].

Die Diskussion wurde mittels 3 genereller Fragen eröffnet:

1. Sind die rassitischen und nationalistischen Massenmobilisierungen überhaupt ein Thema, das beachtet werden muss? Diese Frage kam während der Vorbereitung auf, da die Betroffenheit von Freunden von „Wir müssen sofort etwas unternehmen“ bis hin zu „Immer der gleiche Scheiß, ich will mich nicht an den Massen orientieren“ reichte.

2. Was ist der Diskurs, welchem wir uns gegenüber sehen?

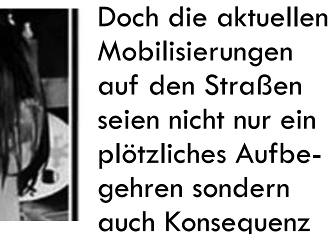
3. Was sind Strategien, um diese aktuellen Diskurse zu bekämpfen und zu stören? Was ist das Ziel davon?

Die erste Frage wurde relativ zügig von den Anwesenden beantwortet und es wurde offensichtlich, dass es großen Redebedarf gab, da viele Leute sich an der Diskussion beteiligten. Menschen teilten die Auffassung, dass diese Mobilisierungen eine wichtige Angelegenheit sind und dass es wichtig ist, einen realen und antagonistischen Kampf nicht nur gegen PEGIDA, sondern auch deren bürgerliche demokratische Kritiker zu schaffen.

2. Was ist der Diskurs, dem wir uns gegenüber sehen?

Dies war die wohl am meisten und weitgefächertste Frage während der Diskussion, da es offensichtlich erschien, in diesem Zusammenhang zuerst ein gemeinsames Verständnis darüber, was wir denn eigentlich diskutieren, zu erlangen.
Die aktuellen reaktionären Bewegungen müssen innerhalb einer ungebrochenen Kontinuität des

deutschen Nationalismus und den kolonialen Projekten der deutschen Eliten und des Bürgertums gesehen werden. Von der Deutschen Revolution 1848, über die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus bis zur „Wiedervereinigung" von 1989/90. Nicht ohne Grund begannen die PEGIDA-Mobilisierungen zu einem Zeitpunkt eines aufgeblasenen Hypes um 25 Jahre „Wiedervereinigung" und brachten sich selbst in eine Tradition der Montagsdemonstrationen, „Wir sind das Volk" rufend. Die Versuche der Demokraten, das Gedenken vor diesem Rechtspopulismus zu retten, zeigt sich ohne jeglichen Inhalt, da es auf den gleichen Ideologien basiert und die Auseinandersetzung lediglich zu einer Angelegenheit unterschiedlicher Politik wird. Auch sei es eine Konsequenz aus dieser frühen Geschichte Deutschlands. Die unterschiedlichen Proteste in der DDR, in einen uniformen Fanatismus für die Nation gewandelt, sowie die Wünsche und falschen Hoffnungen an den Kapitalismus führten zu einem Versagen. Stattdessen wurde Ostdeutschland zu einem Ressourcenlager und Experimentlabor für westlichen Kapitalismus und Demokratie. Dies hatte schwere Auswirkungen auf das Leben der Menschen in Ostdeutschland und nicht wenige mussten dieses Versagen persönlich realisieren. Xenophobie, Islamophobie und Nationalismus sind in dieser Hinsicht ein kollektiver Umgang mit diesem Versagen, um gleichzeitig Macht durch weiße Vorherschaft/Rassismus zu regenerieren.



Doch nicht nur das. Der Westen ist in der Tat sowohl in einer Krise, als auch einem andauernden Kriegszustand. Während der Diskussion zu der aktuellen Lage kam die Frage auf, in welchem Ausmaß sich die deutsche Gesellschaft in einer Krise befindet. Ausgehend von einer Einschätzung, Deutschland befinde sich nicht in einer Krise aufgrund der wirtschaftlichen Macht in Europa und der relativ stabil wirkenden ökonomischen Situation, argumentierten Andere, dass Deutschland sich sehr wohl in einer Krise befinde: einer politischen, kulturellen sowie identitären Krise, sowie einer seit Langem anhaltenden ökonomischen Umverteilung von unten nach oben. Der deutsche Staat würde Stück für Stück die Kosten des Sozialen einschränken und zunehmend die Leben der Menschen dem Kapitalismus unterwerfen: Die Kapitalisierung Ostdeutschlands in den 90ern, die Hartz4-Reformen, Einschnitte im Sozialsystem, Präkarisierung der Arbeit... um einige Beispiele zu nennen. Hinzu kommt eine politische Krise, welche Demokratie in Frage stellt. Dies kann zum Einen an der von Medien aufgebauschten Diskussion um Demokratie vor ein paar Jahren, zum Anderen sowohl an der weiter verbreiteten Identifizierung mit Ideen der Selbstorganisierung als auch den Forderungen nach einem totalitäreren Staat gesehen werden. Eine kulturelle Krise, wie nicht nur die aktuellen rassistischen Mobilisierungen zeigen, sondern auch die Diskussionen um ein vermeintliches Scheitern einer imaginierten „multikulturellen" Gesellschaft. Es wurde geäußert, dass innerhalb der westlichen Gesellschaften viele Menschen mit ihren aufgezwungenen Identitäten unzufrieden wären, seien es „die Arbeitenden", „die Ausländer" oder „die Frauen". Dies wäre eine der größten Krisen des 21. Jahrhunderts.

Krisenmanagement

Die aktuellen Massenmobilisierungen müssten als eine Art Krisenmanagement betrachtet werden. Grundlegend ließe sich sagen, dass Islamophobie als Konstituierung eines weißen, christlichen und zivilisierten „Wir" mit dazugehörigen Werten und Moralitäten funktioniert, gegensätzlich zu einem nicht-weißen, muslimischen und unzivilisierten „Anderem". Diese Konstruktion hilft, Stabilitität innerhalb der westlichen Gesellschaften aufrechtzuerhalten, wie bspw. anhand der Mobilisierungen in Frankreich gesehen werden kann; vereint unter der Ideologie einer vereinten Nation als Reaktion auf die Attacken auf das Magazin Charlie Hebdo. Die rassistischen Mobilisierungen gegen Geflüchtete können als Ausdruck eines Versuchs gedeutet werden, weiße Vorherschaft zu sichern, wenn Massenmigration und öffentliche Kämpfe von Geflüchteten diese in Frage stellen.

Doch die aktuellen Mobilisierungen auf den Straßen seien nicht nur ein plötzliches Aufbegehren sondern auch Konsequenz der Politik der letzten Jahre. (Nicht nur) Seit dem 11. September drücken Staat und parlamentarische Politik in Richtung eines zunehmenden Totalitarismus und Kontrolle, in Richtung Rassismus und Nationalismus. So wurde der Grundstein für die aktuelle Tendenz nach rechts gelegt und die politische Linke, seit Langem ohne Inhalt und Perspektive, könne sich selbst als einzige Opposition und Alternative gegen diese Tendenz relegitimieren. Das Resultat: rassistische und nationalistische Mobs auf der Straße, bereit „ihr Land" zu verteidigen und eine Menge guter Bürger, bereit für Demokratie und Rechtsstaat einzustehen. Die gesamte Diskussion bezieht sich auf Form und Inhalt der Grundpfeiler Deutschlands und reformiert, modernisiert und legitimiert diese somit. Nichts könnte besser für ein Empire sein. Dies sei einer der Wege, wie Deutschland durch die aktuelle Krise kommt und Stabilitität der herrschenden Ordnung gewährleistet, sowie radikalem Konflikt entgegenwirkt. Diese Stabilitität und Einheit hinter den Zielen der Nation müsse auch etabliert werden, wenn sich die Gesellschaft in einem andauernden Kriegszustand befindet. Es ist nicht nur die Rede vom Sozialen Krieg, sondern auch die kolonialen Kriege die außerhalb des nationalen Territoriums gekämpft werden. Islamophobe und rassistische Mobilisierungen müssten in einem Kontext mit Deutschlands neokolonialen Einsätzen in Afrika und dem Nahen Osten gesehen werden.

3. Strategien

Die Massen

Es wurde hervorgehoben, dass es keine Zielführung sein sollte, auf den Medienrummel aufzuspringen, mit den Alltagsnachrichten mitzuhalten oder der Politik beizuwohnen, da sonst unsere Kämpfe von anderen bestimmt würden. Eine größere Diskussion kam auf, wie sich zu den Massen verhalten werden solle. Sollte Energie in die Agitation und Bildung von Menschen gesteckt werden? Sollten Leuten weggezogen werden von den nationalistischen Massenbewegungen oder versucht werden, Abtrünnige im Radikalisierungsprozess aufzufangen? Solle eine radikale Massenbewegung als Gegenkraft geschaffen werden? Oder ist die Orientierung an den Massen an diesem Punkt irreführend, da ein Kampf gegen PEGIDA und Demokratie Räume und Kollektive außerhalb der Massenidentität erschaffen sollte?

Die politische Herrschaft

Mit geteiltem aufständischen Interesse, wurde diskutiert, inwiefern die Mobilisierungen die Realisierung eines physischen Aufstandsbekämpfungsprogramm sind - nicht nur durch die Polizei der Gesellschaft aufgezwungen, sondern in Selbstregierung durch die Gesellschaft selbst. Nicht nur, dass Straßen voller reaktionärer Arschlöcher eine Bedrohung für emanzipatorische und anarchistische Kämpfe und Revolten sind, sondern auch die Schaffung eines öffentlichen Diskurses entlang einer künstlichen Gegensätzlichkeit: PEGIDA vs. Demokratie. Beide Seiten können gegeneinander arguementieren, für ihre Politik rekrutieren und mobilisieren und sich vom anderen abgrenzen, um die eigene Identität zu definieren und manifestieren - doch die Konzepte von Nation, Staat, Kultur, Weißer Vorherrschaft und Volk bleiben grundlegender Konsens, welche als natürlich betrachtet und als gegeben ausgeblendet wird.

An diesem Punkt in der Diskussion wurde geäußert, dass die aktuellen Konflikte auch eine Chance für Anarchisten sein könnten, Konflikte noch weiter zu eröffnen und Widersprüche in den Diskursen hervorzuheben und somit bürgerliche Herrschaft weiter destabilisieren, da große Teile bürgerlicher Ideologie und Legitimierung in der Krise steckten. Ein Widerspruch darauf meinte, dass es angsteinflößend wirkt, in dieser Situation noch weiter Konflikt zu schüren, da das Kräfteverhältnis so schlecht für uns sei. Eine größere Diskussion kam auf. Sei denn das Kräfteverhältnis, gemessen an dieser Macht, nicht immer gegen uns, hätten reaktionäre

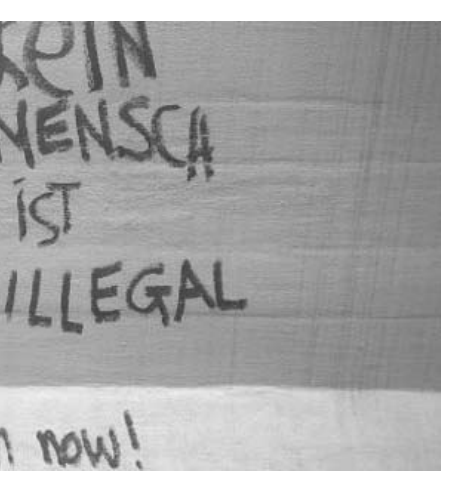




Kräfte denn nicht immer die Politik, den Staat, die Polizei und den Geheimdienst/Verfassungsschutz hinter sich? Sei es nicht auch nur einer Erzählweise, dass die Dinge in Deutschland so schlecht für uns stünden? Wie seien unsere Kämpfe hier vom Leben in einer post-nationalsozialistischen Gesellschaft beeinflusst, welche überwiegend bürgerliche Revolutionen gesehen hätte, den historischen Untergang der Arbeiterbewegung und die Eliminierung all dessen, was der totalitären, sich selbst regierenden Gesellschaft unerwünscht ist? Was seien historische Anknüpfungspunkte in Deutschland, die eine antinationale, anti-totalitäre und anti-völkische Perspektive teilten, auf die wir uns beziehen könnten? Die Frage die aufkam, war, ob wir denn für solch Konflikte vorbereitet sind.

Es wurde als wichtig erachtet, die Kritik und Analyse zu schärfen und anarchistische Perspektiven und Ziele weniger unter Kompromissen im Konflikt zu verwässern. Es schien klar, dass eine radikale Praxis mit subversiven Strategien eine ebenso weitreichende Analyse benötigt, um nicht das zu reproduzieren, wogegen gekämpft werden solle und um nicht in die Falle zu gehen, die selben Diskurse der Macht weiter zu spinnen. Vielleicht sei es nützlich, die Positionen innerhalb dieser Diskurse zu beobachten und dann zu intervenieren und Konflikte mittels einer anarchistischen Praxis aufzumachen. Bspw. wenn Demokraten dazu aufrufen, der PEGIDA-Bewegung zuzuhören, da „Zweifel und Ängste von Bürgern" beachtet werden müssen, stattdessen ernsthaft daran zu arbeiten, PEGIDA zum Schweigen zu bringen. Dadurch könnte Direkte Aktion und Konfliktualität weiter verbreitet werden und jenen, die unsere Ideen teilen oder von dem Thema betroffen sind, attraktiver wirken, als das politische Spiel. Wiedereinmal, könne Negativitiät gegenüber dem Existierenden positive zwischenmenschliche Beziehungen transportieren.

Diese Positivität wurde in der Gruppe weiter diskutiert, nachdem jemand meinte, es gäbe einen Mangel an einer Art anarchistischer Ethik, welche nötig sei im Umgang mit der Situation. Diese Ethik solle unsere Beziehung zueinander neu definieren, auf Grundlage der Kämpfe gegen unsere aufgezwungenen Identitäten. Zum Beispiel: Während der Kämpfe gegen Zwangsräumungen kamen Leute auf informeller Ebene zusammen, mit einem bestimmten Ziel und einer Praxis der Direkten Aktion. Sie kamen nicht auf Basis einer Ethnizität etc. zusammen, sondern auf Grundlage dessen, prekäre Mieter zu sein, ein Klassenproblem geschaffen durch Kapitalismus und die neoliberale Stadt. Ein Mieter im Kampf zu sein, stellt die aufgezwungene



Identität und Hierarchie in Frage und kreiert eine andere Beziehung zu sich selbst und anderen (welches nicht eine neue Identität werden solle). Dieser Diskussionspunkt führte zu einer weiteren Diskussion über die Relevanz der Verbreitung aufständischer Erfahrungen. Einige meinten, wie die Erfahrung, sich an Riots oder Direkten Aktionen sie befähigt hätte und wie sie gemerkt hätten, dass Anarchie keine utopische Idee sondern ein reales und mögliches Verhältnis sei und wie sich die Ablehung gegenüber der Welt dadurch vertieft hätte. Diese Erfahrungswelt solle weiter verbreitet und bekräftigt und mit einer radikalen und tiefgehenden Analyse verbunden werden.

Die Frage nach den Zielen und Möglichkeiten des Transports solcher Inhalte durch die Praxis kam auf - doch an diesem Punkt wurde die Diskussion etwas lockerer und bald teilten sich die Leute auf, nach einigen Stunden der Diskussion. [...]

crossroads

[der Text wurde leicht gekürzt und der Aufruf, der zur Diskussion geführt hat, gestrichen, die Red.]

Aufruf zur gesellschaftlichen Gegenwehr

Rassistische Angriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund, Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und Massenaufmärsche mit tausenden Beteiligten, die scheinbar „um den Erhalt der christlich-jüdischen Kultur des Abendlandes besorgt sind", prägen inzwischen den Alltag, die Diskussionen um die neue Rechte, um Rassismus und die bürgerliche Mitte.

Die oben genannten Gruppierungen profilieren sich unter dem Deckmantel des „Besorgtseins" mit ihrer Hasspropaganda gegen den Islam. Sie setzen sich zusammen aus rechten, rechtspopulistischen bis rechtsextremen Gruppierungen und Einzelpersonen. Die in Dresden angefangenen sog. „Montagsspaziergänge" haben sich inzwischen bundesweit ausgeweitet auf Städte wie Düsseldorf, Köln, Bonn, Leipzig oder München. In den letzten Monaten ist die Zahl der TeilnehmerInnen auf diesen Demonstrationen in Dresden von 1700 auf 17500 (zuletzt am 22. Dezember) gestiegen. Auch wenn das Zentrum dieser sich PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) nennenden Bewegung in Dresden ist, breitet sie sich in der gesamten BRD schnell aus. Aufgrund dieser starken Vermehrung von SympathisantInnen ist es wichtig, sich mit diesen Entwicklungen zu befassen und zu diskutieren wie die Linke in der BRD diesen Trend bekämpfen kann.

Ihre politischen Forderungen wie „Stop der Aufnahme von Flüchtlingen" verbreite PEGIDA in Form von rassistischer Hetze gegen den Islam, Muslime und POC (People of Colour). Der Chargon ist z.T. der selbe wie der von rechtsradikalen Organisationen. Diese sind zudem ein fester Bestandteil der PEGIDA-Aufmärsche. An den anti-islamischen und „ausländerfeindlichen" Aufmärschen beteiligen sich zum Teil tausende Menschen, die im Alltag als „normale" Bürger gesehen werden. Sie sehen nicht aus wie „klassische" Nazis oder rechtsextreme Hooligans, sondern scheinen scheinbar aus der „bürgerlichen Mitte" der Gesellschaft zu stammen. Es wird aus den DemonstrantInnenkreisen von einer „Angst vor der Islamisierung des Abendlandes" gesprochen, was durch Slogans wie z.B. „Stoppt die Islamisierung Europas" verstärkt und provoziert wird. Diese Aufstachelungen treiben die Hetze in einer Zeit, in dem der Islam nur noch in einem Atemzug mit IS, Al-Qaida und Terrorismus zur Erwähnung kommt, erheblich voran und bringen, wie die zunehmende Angriffe auf Flüchtlingsheime, MigrantInnen und „muslimische" aussehende Menschen in den letzten deutlich zur Schau stellen. Besonders besorgniserregend ist, dass es beispielsweise von der CDU und CSU, die in der BRD in vielen Ländern und im Bund an Regierungen beteiligt sind, keine eindeutige Distanzierungen kommen. Zu den OrganisatiorInnen der PEGIDA-Aufmärsche gehören sogar CDUler wie Thomas Tallacker.

Als YXK verurteilen wir entschieden alle Auswüchse sowie Aufmärsche der PEGIDA und seiner Ableger und rufen zur Beteiligung an Protesten gegen jegliche Form von Rassismus, Islamhass, Faschismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit auf - wie sie heute vor allem auch von der radikal-fundamentalistischen IS ausgeführt wird. Wir stehen ein für Religionsfreiheit weltweit für alle Religionsgemeinschaften wie ChristInnen, JüdInnen, EzidInnen, AlevitInnen u.a.. Keine Religion, kein Staat und kein Mensch hat das Recht anderen, das Recht auf ein Leben in Sicherheit und Würde zu nehmen. Flüchtlinge sind willkommen und haben ein Recht auf ein würdevolles Leben. Genauso, wie es die Aufgabe der Menschheit ist, die Menschen zu unterstützen, die gegen den Terror des IS in Kobanê und Shengal Widerstand leisten, ist es die Aufgabe aller entschieden gegen PEGIDA vorzugehen. In ihrem Wesen enthalten beide Verachtung gegenüber anderen Religionen sowie Rassismus.

YXK - Verband der Studierenden aus Kurdistan, 29.12.2014

Dokumentation:

Solidaritaet muss praktisch werden!

Am Dienstag, den 16.12.2014, werden die Mitarbeiter_innen der Ausländerbehörde Hannover regulär ihrem Dienst nachgegangen sein. Einige kaputte Scheiben werden sie daran nicht gehindert haben. Sie werden aber gemerkt haben, dass ihre Arbeit Wut und Ablehnung hervorruft. Auch Passant_innen werden gemerkt haben, dass Menschen die Existenz dieser Behörde angreifen, dass angegriffen werden kann. Wir hätten gerne den Betrieb dieser Behörde nachhaltiger gestört, vorerst bleibt es bei Sachschaden. Wir könnten weit ausholen, bei den Ursachen von Flucht, an denen die Staaten Europas einen gewaltigen Anteil besitzen, etwas über Kolonialismus erzählen oder über die widerwärtige Logik, nach der einige Menschen als Bereicherung für unsere Gesellschaft angesehen werden und andere als überflüssig. Das tun wir nicht. Wir denken: Wer diese Zusammenhänge sehen will, kann sie erkennen und wer sich selbst vollkommen ausserhalb von ihnen sieht, blind für die eigenen Privilegien und doch versessen darauf, sie zu verteidigen, der_die kann auch von unseren Argumenten nicht erreicht werden. Wir begnügen uns nicht damit zu sagen, «Das oder jenes passt uns nicht». Denn wir leben nicht in einer Gesellschaft, die allen die gleichen Voraussetzungen bietet, Sachen auszuhandeln. Wir leben in einer Gesellschaft der Mauern und Zäune, einer Gesellschaft in der es Leute mit und ohne („den richtigen") Pass gibt. Auf dieser Grundlage sind wir nicht bereit, irgendwas auszuhandeln. Die Ausländerbehörde ist nicht nur irgendein Symbol für diese Ungleichheit, sie vollzieht staatlichen Rassismus, täglich. Das ist nicht der gleiche Rassismus, der in Vorra zu Bränden geführt hat und wahrscheinlich auch zum Brand auf dem Refugee Protest Camp auf dem Weisse-Kreuz-Platz in Hannover in der Nacht vom 10. auf den 11.12.. Aber wir wissen um die Verwobenheit einer auf Rassismus basierenden Gesellschaft, rassistischer Politik und Strukturen, staatlicher Ideologie und rassistischer Mobs und Brandstifter_innen. Weder deren „Rebellion" gegen den Staat und ihre Wahl illegaler Mittel, noch das Bemühen von Politik und Staat, sich gegenüber Nazis abzugrenzen, kann uns darüber hinwegtäuschen, dass Ausländerbehörden und rassistische Brandanschläge zwei Seiten der gleichen Medaille sind. NSU, HOGESA, Pegida, „Nein zum Heim!" die aktuellen Entwicklungen zeigen auf, wie weit verbreitet und verschieden ausgeprägt, wie eng miteinander verbunden und anschlussfähig Rassismen hier in Deutschland sind. Wir wissen, sie sind Teil des Bestehenden, mit dem kein Friede zu machen ist, zu dem uns nichts einfällt, als es zu zerstören!

Solidarität heisst für uns: Angriff!

anonym



Auf die Straße gegen Rassismus! - Egal unter welchem Banner?

Sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit öffentlich zu positionieren ist eine gute Sache - gerade in Zeiten von HOGESA und PEGIDA. Gegen jene zu protestieren noch bevor sie hier aufmarschieren, sich ihnen also präventiv entgegen zu stellen, ist in jedem Fall ein richtiges Signal.

Allerdings: Unter welchem Zeichen steht dieser Protest? Wessen Banner stehen über all dem?
Zunächst einmal ist Rassismus kein Randphänomen, welches nur von einigen wenigen Menschen ausgeht und sich – wie aktuell - in Form von Deutschlandfahnen schwenkenden Patriot_innen bei PEGIDA-Aufmärschen zeigt. Es wäre zu einfach so die bösen vermeintlich randständigen Rassist_innen auszumachen, die mit einer_einem selbst nichts zu tun haben, und damit das Problem von sich weg zu schieben. Rassismus ist ein Herrschaftsverhältnis, welches in allen Teilen der Gesellschaft vorhanden ist, welches von eben dieser getragen wird und welches durch staatliche Institutionen durchgesetzt wird.

Bielefeld sei „bunt und weltoffen" ist heute das Motto. Dazu mobilisieren unter anderem Parteien wie SPD und Grüne. Parteien, die, nicht nur kommunal agieren, sondern (mal mehr, mal weniger) an der Regierung der BRD beteiligt sind und dem zu Folge darin involviert sind, die Abschiebemaschinerie in Deutschland, die kriegerische Politik nach außen und die Abschottung der EU zu betreiben.

Was für einer dreisten Doppelmoral unterliegt also ein solcher Protest, wenn er (auch) unter Bannern von jenen statt findet, die dafür verantwortlich sind, was vielen Menschen tagtäglich an struktureller institutionalisierter rassistischer Gewalt widerfährt? Genannt seien da z.B. rassistische Polizeikontrollen nach racial profiling, wie sie vermehrt im letzten Jahr direkt vor unseren Augen am Kesselbrink statt fanden. Soll diese Vertreibungspolitik gegenüber nichtweißen Menschen Weltoffenheit vermitteln? Oder betrachten wir die bundesdeutsche Asyl- und Abschiebepolitik: Residenzpflicht, Sammelunterkünfte, Abschiebehaft und letztlich Abschiebungen an sich. Ist mit „bunt" die Vielfalt dieser menschenverachtenden Erniedrigungen gemeint? Wer sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit engagieren will, dabei dem Problem an die Wurzel gehen will und nicht nur gegen bestimmte Symptome wie PEGIDA protestieren will, kann nicht Schulter an Schulter mit SPD und Co. auf Kundgebungen herumstehen.
Natürlich fängt Rassismus nicht erst bei staatlichen Institutionen an, aber die Verantwortlichen für oben beschriebene strukturelle Gewalt müssen als solche benannt werden und können keine Bündnispartner_innen sein.

No Border! No Nation!
Festung Europa zu Fall bringen!
Für einen unabhängigen Antirassismus!

Efzeka Espede

Zwölf Tote.

Zwölf Tote. Menschen mit leblosen Körpern in so wenigen Minuten. Wir wissen, dass viel mehr Menschen in viel weniger Zeit in Kriegen sterben, durch eine abgeworfene Bombe, durch Giftgas, durch Minen. Aber wir sind nicht im Krieg. Wir sind in einer Demokratie. Die erträumte freie Welt. Das Bild, dass die Welt voller Sehnsucht informiert: das große Europa, die beispielhafte Zivilisation.

Zwölf Tote, ermordet durch Kugeln von Menschen die im Krieg sind, die trainiert sind zu Töten.
Bringt das nicht durcheinander. Es ist nicht das Bild vom Tod einiger Zeichner und anderer Mitglieder einer Pariser Satire Zeitschrift, das alle im Sinn haben, sondern die Erinnerung an die 12 Körper der afrikanischen Migranten, durchlöchert und ertrunken in nur wenigen Minuten durch die Guardia Civil.

Es ist fast ein Jahr her, der 6.Februar 2014, dass diese Militär Polizei sie zwang ins Meer zurück zu weichen. Es gab mehr Tote, aber es wurden nur diese 12 Körper gefunden. Die anderen wurden vom Meer verschlungen.

Es gab weder große Aufmärsche, noch Ablehnung und niemand dachte an den Slogan "Wir sind alle an den Grenzen Europas sterbende Migranten!". Na klar, es waren keine Weißen und sie kamen nicht aus reichen Ländern, aber sie wurden durch grausame Art und Weise ermordet. Nicht durch die Verteidigung irgendeiner Religion oder eines Fundamentalismus, sondern durch die Verteidigung der heiligen Grenze und des Staates. Um ein weiteres Mal ihre Grenze mit Blut und Feuer zu markieren.

Man möchte die Migranten, die es wagen in spnisches Territorium einzudringen, nicht töten versichert der Innenminister Jorge Fernández und seine Guardia Civil, sondern "man möchte durch Einschüsse ins Wasser eine Art Grenze im Wasser entwerfen". Es gibt keinen Platz für Scherze, sie meinen das ernst.

Allein im Mittelmeer, der maritimen Grenze Europas, hat das Jahr 2014 seinen eigenen "Rekord" (wie die Medien es nennen) erreicht; mit mehr als 3.200 Migranten, die versuchten den Kontinent zu betreten und ertranken in weniger als 12 Monaten, ohne die ganzen Toten mitgezählt, die an anderen Grenzen starben, die ohne Wasser und Nahrung durch verschiedene Grenz-Polizeien in der Wüste zurückgelassen wurden oder die durch faschistische Schläger und Ordnungskräfte umkamen, noch diejenigen Toten, die im europäischen Paradies in Abschiebehaft durch die Hand von Polizisten starben.
Einmal innerhalb des europäischen Territorium angekommen, sieht die Begrüßung nicht sehr anders aus als an den Eingangstüren. Die polizeiliche Verfolgung ganzer Bevölkerungsgruppen (hauptsächlich derjenigen, deren Herkunft an ihrer Haut abzulesen ist [oder es zumindest geglaubt wird]), die wachsende Xenophobie, der Rassismus, begünstigt durch die Kommunikationsmedien und die Politiker, die Kampagnen gegen alles was nicht als "das europäische" identifizierbar ist.

Charlie ist europäisch unddeswegen sind wir nicht alle Charlie. Es gibt Werte,Gewohnheiten, inklusive Witze (einige dermaßen nervtötend), die sehr identifizierbar mit diesem abstrakten Wesen, das als "das europäische" genannt werden will, sind. Aber die Wahrheit ist, dass es sehr viele Leute gibt, hauptsächlich diejenigen ,die sich nicht mit den dominierenden Werten, die definieren was "europäisch" ist und was nicht, identifizieren können, die sich nicht mit Charlie noch mit seinen Werten verbunden fühlen, und noch viel weniger mit seinem Sinn für Humor.

Dieses "Ich bin Charlie" versucht eine sehr genaue Linie zu definieren: wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Unter dem Leitspruch marschierten tausende von Menschen in Paris. Zu der Verabredung fehlte auch nicht Rajoy, der ebenfalls einer derjenigen ist, die Migranten an den Grenzen und in spanischen Verliesen terrorisiert, zwischen vielen weiteren Heldentaten und es fehlte auch nicht Netanyahu, der mit seiner Armee Hunderte von Palästinensern von seinem "heiligen Boden" verdrängt hat und jedes Jahr die Isralies einsperrt, die sich weigern an seiner persönlichen Art des Terrors teilzunehmen, und wie zu erwarten fehlte auch nicht der türkische Präsident Erdogan, der den Terror gegen das kurdische Volk sät. Es fehlten auch nicht die Chefs der kapitalistischen Haupt-Großmächte. Alle Chefs des Staates, Beschützer des Imperiums und der Zivilisation marschierten gegen die Barbarei. Zusammen mit ihnen nutzten Tausende von Faschisten rund um den Kontinent den Impuls von Charlie um ihre Scheiße auf mehr als fruchtbaren Boden auszusäen, die bald die sauersten Früchte hervorbringen wird.

Und die Straßen von Paris und Barcelona werden, zwischen vielen weiteren Städten, noch mehr militarisiert in der Verteidigung dieser Werte. Mit Pistolen und Maschinengewehren kann mensch die Söldner des Staates sehen, bereit mit Kugeln Grenzen zu markieren, wie sie es im Wasser bei Ceuta gemacht haben:



mit Einschüssen haben sie die Grenze, die das "drinnen" und "draußen" trennt, was Charlie ist und was nicht, markiert.

Was sagt Charlie zu diesem Terrorismus? Macht er auch lustige und witzige Cartoons darüber? Weil für uns hält die Welt der Scheiße, in der wir leben, wenig Witzigkeit bereit. Bedeutet das den Fundamentalismus "unterstützen"? Auf keinen Fall. Wir wollen keinen einzigen Fundamentalismus, der uns verängstigt und unterdrückt. Es ist uns egal, ob in seiner Inschrift "Islamischer Staat", "Laienstand" [Anm.d.Übs.: gemeint ist hier wohl "christlicher Staat"], ein "Charlie Staat" noch sonst irgendein "Staat" steht.

Sie sprachen zu uns von "Meinungsfreiheit", wie immer. Aber wer von uns die "Meinungsfreiheit" des Staates kennt, weiß die Verbindung, die dieser durch Terror schützt: seine Existenz basiert auf Angst.
Die "Freiheit" von der der Staat spricht ist der Ausdruck des Gewaltmonopols.

Deshalb zeigen uns diese Ereignisse ein weiteres Mal, dass jeder Staat terroristisch ist.

Einige Anarchist*innen
Barcelona, 14.Januar 2015

Übersetzung contrainfo.espiv.net

Ich bin nicht Charlie und du kannst mich mal

Die Pariser erwachten heute morgen, und durch sie die ganze Welt, mit einem makaberen Pulvergeruch in der Nase. Einige religiöse Fanatiker, es sind nicht die ersten, es werden nicht die letzten sein, eröffneten während der wöchentlichen Sitzung der Satirezeitschrift Charlie Hebdo das Feuer. Ein Dutzend Toter und einige Verletzte, wovon die Mehrheit allseits bekannte und an die Massenmedien gewöhnte Journalisten und Karikaturisten sind, sowie zwei Bullen, die im Gegensatz zu den anderen ihren Lohn dafür erhielten, beschossen zu werden. Ausser vielleicht unter einigen alten Kriegswölfen war die erste Reaktion auf dieses Ereignis Empathie gegenüber dem Schrecken dieses Angriffs. Tatsächlich kann dieses Attentat, welches das tödlichste seit jenem faschistischen gegen den Zug Strassburg-Paris am 18. Juni 1961 während des Algerienkrieges war, nur Entsetzen auslösen in Anbetracht der Bestimmtheit und der Flucht nach vorne der Angreifer.

Entsetzen auch in Anbetracht der religiösen Niedertracht, welche mehr als je zuvor einen grossen Teil der Menschheit davon abhält, sich wirklich über die Welt um sie herum Gedanken zu machen. Dazu kommt für uns Anarchisten und Revolutionäre das Entsetzen über die immerwährende nationale Einheit. Jene nationale Einheit, die man uns immer dann wieder serviert, wenn die Staaten proletarisches Kanonenfutter brauchen. Denn es sind immer die gleichen, von welchen man verlangt, sich auf den Wegen zum Ruhm zu opfern für Interessen, welche nicht ihre eigenen sind, wie die Nation, der „Friede" oder die Republik, während die Entscheidungsträger sich unter den Goldverzierungen ihrer Paläste am Rücken kratzen.

Das gleiche Spiel spielte man schon 1914 mit uns, indem man uns zur Einheit gegen die „boches"[abwertende Bezeichnung für Deutsche] ermahnte, oder vor einigen Jahren während der „Affäre Merah", und es ist auch heute wieder das gleiche. Chefs und Arbeiter, Gefangene und Aufseher, Bullen und „Straftäter", Reiche und Arme, alle Hand in Hand vereint für die nationale Trauer. Heute gibt es keine Klassen mehr, keine Schranken zwischen den Leuten, und auch keine Barrikaden, obwohl Hunderttausende auf den Strassen von ganz Frankreich (und sogar woanders) marschieren. Doch wem nützt das eigentlich? Sicher nicht den Unerwünschten, welche die Strassen von Paris und der Welt bewohnen. Plötzlich vergiessen der Staatsterrorismus, der republikanische und demokratische Terrorismus, die Terroristen des Geldes ihre Krokodilstränen und tun so, als ob sie die Guten wären, da die Jihadisten ihnen die Gelegenheit auf einem Silbertablett servieren, welches die Proportionen des Universums annimmt, bis zu einem Punkt, wo heute nur noch der Marschall zuoberst im Organigramm fehlt. Doch heute geht es nicht mehr darum, Elsass-Lothringen zurückzugewinnen, es geht darum, „die Werte der Laizität und der Meinungsäusserungsfreiheit zu verteidigen". Alles in allem nur Scheisse für uns, wir, die wir alle Religionen zerstören wollen und die Meinungsäusserungsfreiheit all jenen verweigern, welche eine Krawatte, einen Priesterrock oder jegliche andere Uniform oder Adelstitel tragen.

Jeder drückt auf seine Tränendrüse, jede Partei, jede Organisation, von allen vorstellbaren und möglichen Strömungen, Libertäre eingeschlossen[1], spuckt uns den vorgekauten Diskurs der „Barbaren" aus, welche das „Zusammenleben" angreifen.

Doch was ist eigentlich ein Barbar?

Verweilen wir einen Moment beim Begriff. Vom griechischen bárbaros („Fremder") kommend, wurde das Wort von den alten Griechen für jene Bevölkerungen benutzt, welche nicht Teil ihrer durch die griechische Sprache und Religion definierten Zivilisation waren. Der Barbar ist also der Andere, jener, welcher nicht die gleiche Suppe teilt, oder eben jener, der nicht am gleichen Tisch isst. Montaigne sagte: „Wir nennen Barbarei, was nicht mit den heimischen Verhältnissen übereinstimmt." Wie wir es schon woanders gesagt hatten, kennen wir keine Barbaren, wir kennen nur Individuen, welche innerhalb dieser morbiden Zivilisation überleben. Wir kennen kein ausserhalb, wir kennen Ausgeschlossene, ja, doch sie könnten nicht mehr innerhalb sein, als sie es schon sind.

Die heutigen „Barbaren" sind weit davon entfernt, ausserhalb der Zivilisation zu stehen, obwohl es für die Verfechter dieser These beruhigend sein mag, dies zu glauben. Genau wie die berühmte „Gang der Barbaren" damals sind sie reine Produkte der Zivilisation. Sie kennen deren Codes, benutzen deren Werkzeuge und sind nicht so weit von jenen entfernt, welche sie heuchlerisch anprangern. Denn es macht grundsätzlich nur einen geringen Unterschied, ob die Mörder grüne oder schwarze Uniformen tragen, ob sie „es lebe die Demokratie" oder „Allahu akbar" schreien, ob sie eine dreifarbige oder jihadistische Fahne tragen, ob sie von der öffentlichen Meinung gebilligt werden oder nicht, ob ihre Massaker legal oder illegal sind, ob sie uns massakrieren, um uns die Aufklärung oder die Dunkelheit zu bringen. Indem sie ihre makaberen Übergriffe begehen, begeben sie sich alle auf das gleiche Niveau, von jenem Moment an, wo sie dem Individuum verweigern, sich zu verwirklichen, wie es will.

Der Terrorismus ist keine barbarische Praxis, sondern eine höchst zivilisierte, ist die Demokratie nicht ein Kind des Terrors? Deshalb muss der Terror genauso bekämpft werden wie die Zivilisation, welche ihn

hervorbringt und braucht, von den „septembriseurs“ 1792 bis zu den zerstörerischen Gefängnisstrafen oder Daesh heute. Wer sind sie, diese Schweine mit Krawatte, welche ihre Armeen zum Angriff auf die Bevölkerungen von Zentralafrika, Afghanistan oder woanders losschicken, und die uns heute Lektionen des Pazifismus erteilen, wenn in Paris zwölf Personen ermordet werden? Es sind genau die gleichen, wie jene, welche im Moment im Fernsehen erscheinen, um einige billige Tränen zu vergiessen, um einige elende Punkte in ihren genauso elenden Meinungsumfragen zu gewinnen oder nicht zu verlieren.



Wir sind heute genauso wenig Charlie wie gestern und der Tod verwandelt unsere Gegner oder Feinde von gestern nicht in Freunde von heute, wir überlassen dieses Verhältnis zur Welt den Hyänen und den Geiern. Es ist nicht eine unserer Gewohnheiten, vor den Gräbern der (sogar vage alternativen oder libertären) Journalisten und der Bullen zu weinen, denn wir haben die Medien und die Polizei schon lange als wesentliche Waffen dieses Zivilisationsterrorismus erkannt, basierend auf der Konsensfabrik einerseits, der Repression und Einsperrung andererseits. Deshalb weigern wir uns, Wölfe mit anderen Wölfen zu beweinen, oder sogar mit Schafen.

Jene Räuber, welche uns heute ermahnen, herzhaft mit ihnen zu weinen, zu deklarieren „Ich bin Charlie“, diese gleichen Räuber in Anzügen sind verantwortlich für das Aufkommen von schrecklichen Gruppen und Bewegungen wie Al-Qaida oder Daesh, ehemalige Verbündete der westlichen Demokratien gegen die vorhergehenden Gefahren, bevor sie einen zentralen Platz auf dem Podium der geostrategischen Gefahren von heute einnahmen. Diese gleichen Drecksäcke, welche jeden Tag in ihren Gerichten, ihren Kommissariaten, ihren Gefängnissen jene ermorden, einsperren, verstümmeln und in Beschlag nehmen, welche nicht den klar aufgezeichneten Weg verfolgen, welchen man uns durch Knüppelschläge und Bildung auferlegt. Diese gleichen zivilisierten Wesen, welche jeden Tag jene an ihren Grenzen krepieren lassen, welche versuchen, dem durch sie oder ihren Feinden des Tages, Salafisten und Konsorten, ausgelösten Elend und den Kriegen zu entfliehen.

Wir haben überhaupt keine Lust, dass genau diese Drecksäcke uns weiterhin zivilisieren und beseitigen, und noch weniger, mit ihnen Schulter an Schulter zu stehen. Denn wir wollen gegen sie Schulter an Schulter stehen, gegen sie und gegen all jene, welche uns unter diversen religiösen, politischen, kommunitaristischen, interklassistischen, zivilisierenden und nationalistischen Vorwänden nur als zu platzierende Bauern betrachten, zur Aufopferung auf einem ekelhaften und absurden Schachbrett. Es ist angebracht, heute wie morgen, sich an diese Worte von Rudolf Rocker zu erinnern, als er sagte, dass „nationale Staaten politische Kirchengebilde [sind]. Das sogenannte Nationalbewußtsein, das dem Menschen nicht angeboren, sondern anerzogen wird, ist eine religiöse Vorstellung; man ist Deutscher, Franzose oder Italiener, wie man Katholik, Protestant oder Jude ist.“

Es geht jedoch nicht darum, die Gefahr zu minimieren, welche diese Verrückten von Allah, diese Liebhaber der Selbst-Unterwerfung und des moralischen Masochismus repräsentieren. Und obwohl wir heutzutage von ihrer Fähigkeit komplett überfordert sind, überall zu rekrutieren, um sich hier und da in die Luft zu jagen, werden wir uns diesbezüglich Fragen stellen müssen, um aus dem Unverständnis herauszukommen. Dabei sollten wir uns allerdings nicht den Sirenen jener ergeben, welche uns nur noch ein bisschen mehr spalten möchten, indem sie aufgrund eines verschwindend kleinen Teils der Muslime die Stigmatisierung auf eine ganze Bevölkerung ausdehnen möchten, um den angeblichen „Kampf der Kulturen“ zu erreichen, von dem sie so sehr träumen, was eigentlich Bürgerkrieg bedeutet, dessen Konsequenzen für uns alle sie sich wohl nicht bewusst sind.

Und was soll man von diesem Angehörigen des Reinigungspersonals sagen, der von Kugeln zerfetzt, kaltblütig exekutiert wurde, ohne dass er irgendwas verlangt hätte? Wer kümmert sich darum? Er hatte wahrscheinlich kein Twitterkonto, kein Eintrittsticket zum modernen Spektakel, keinen Namen, kein Gesicht, keinen Freund, der im Fernsehen weinen gehen kann. Er war nicht Charlie. Er war nur ein Kollateralschaden einiger Gottesverrückter mit einem erleuchteten Abzug, genau wie so viele im Moment, genau wie die Millionen von Kollateralopfern der Staaten auf der ganzen Welt. Unsere Gedanken sind heute Abend bei ihm.

Etwas ist sicher, es gibt nichts zu wählen zwischen der Pest und der Cholera, zwischen irgendeinem Gott mit seinen schlachtenden, kreuzigenden oder massakrierenden Propheten oder irgendeinem Scheissstaat mit seinen mordenden Bullen und Soldaten. Wir verweigern immer noch die Aufforderung, zwischen verschiedenen Formen der Sklaverei und der Unterwerfung zu wählen. Unsere Wahl kann nur von uns selbst kommen, es ist jene der Freiheit.

In dieser hoffnungslosen Epoche, gegenüber der vermeintlichen „nationalen Einheit“, dem Bürgerkrieg, dem Jihad der Fanatiker und den „sauberen Kriegen“ der Staaten, müssen wir den sozialen Krieg wieder in den Vordergrund stellen, und zwar bis es brennt.

Einige AnarchistInnen, am 7. Januar 2015.

Übersetzt aus dem Französischen von Kommunisierung

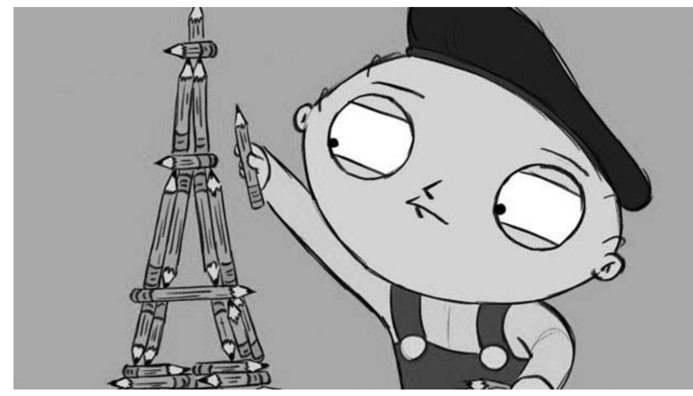
Anmerkungen:

[1] Kleines Ratespiel, sind diese Aussagen aus dem Communiqué der Gruppe J.B. Botul der anarchistischen Föderation oder aus der Rede von François Hollande? „Unsere Genossen von Charlie Hebdo haben ein schweres Tribut für die Meinungsäusserungsfreiheit gezahlt. Mehrere Polizisten sind auch unter den Opfern. Wir erweisen all diesen Opfern die letzte Ehre.[...] die Anarchisten respektieren die Glaubensfreiheit im Rahmen einer laizistischen Republik.“

zu den Pariser Morden und dem Anschlag auf Charlie Hebdo

Am 9. Januar 2013 wurden Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Saylemez im Kurdistan Informationszentrum in Paris heimtückisch ermordet. Der Tathergang zeigt, dass die Morde geplant und professionell ausgeführt wurden, was den Rückschluss nahe legt, dass dies ein politischer Anschlag auf die kurdische Gemeinschaft in der Diaspora und ihre Aktivitäten in Europa war. Auch zwei Jahre nach der Tat, wurde dieses grausame Verbrechen nicht aufgeklärt.

Alle drei Frauen waren politische Aktivistinnen. Sakine Cansiz gehört zu den Gründungsmitgliedern der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). Sie hat in ihrer 12-jährigen Haftzeit, gegen die unmenschliche Folterpolitik der Türkei entschlossen Widerstand geleistet und wurde so zu einer Symbolfigur des kurdischen Frauenfreiheitskampfes. Sie widmete ausnahmslos ihr Leben für die Freiheit des kurdischen Volkes und der Freiheit der Frau. Fidan Dogan kam als Flüchtlingskind nach Frankreich und war aktiv in mehreren Bereichen der Öffentlichkeitsarbeit tätig. Sie galt als eine junge und über große Erfahrung verfügende Diplomatin.
Leyla Saylemez war eine junge Aktivistin, die ihr bürgerliches Leben, geprägt durch die Verfolgungspolitik der Türkei in der Vergangenheit, aufgab und sich voll und ganz der politischen Tätigkeit widmete. Jahrelang war Leyla Saylemez in Europa als Jungaktivistin tätig und wurde so für viele kurdische Jugendliche zum Vorbild.



Die kurdische Gemeinschaft in der Diaspora und ihre Aktivitäten in Europa werden seit Jahrzehnten kriminalisiert. Vereine werden geschlossen, Aktivisten/Innen werden verhaftet und hier in Deutschland z.B. nach § 129 b angeklagt, wie zuletzt Mehmet Demir, der seit August 2014 in Untersuchungshaft sitzt oder Adem Uzun - ein Mitglied des Kurdischen Nationalkongress (KNK) - der in Frankreich verhaftet wurde. Seit 2007 wurden in Frankreich über 200 kurdische Aktivisten/innen festgenommen und viele davon verurteilt. Kurdische Einrichtungen und Aktivisten/Innen werden rund um die Uhr überwacht, wodurch die verstärkte Repression des Staates zum Ausdruck kommt. Auch das Kurdistan Informationsbüro in Paris stand unter strenger Beobachtung durch französische Behörden. Trotz strenger Überwachung konnten an einem belebten Ort an einem frühen Abend, drei Personen unbemerkt in diese Einrichtung eindringen und die drei Frauen umbringen. Deshalb stellt sich die sehr starke Vermutung auf, ob nicht der französische Staat ebenfalls in dieses Massaker involviert ist.

Seit Jahren arbeitet der türkische Staat mit den europäischen Staaten zusammen und versucht mit allen Mitteln, die kurdische Freiheitsbewegung zu bekämpfen. Auch Frankreich ist ein enger verbündeter der Türkei, stattet sie regelmäßig mit geheimdienstlichen Informationen aus und führt Repressionen gegen jegliche kurdische Strukturen im Lande durch, worauf nicht zufällig oft Rüstungsaufträge in Milliardenhöhe von der Türkei an französische Großunternehmen folgen. Auch das PKK-Verbot inEuropa ist eine Folge der Zusammenarbeit mit internationalen Mächten, allen voran der Türkei.

Es gibt zahlreiche Indizien, die zeigen, dass der türkische Geheimdienst hinter den Morden in Paris steckt. Der kurze Zeit später festgenommene mutmaßliche Täter Ömer Güney hatte sich in die Strukturen der kurdischen Bewegung in Paris eingeschleust und die Morde geplant. Am 12. Januar 2014 tauchten Tonaufnahmen von Güney mit 2 Angehörigen des türkischen Geheimdienstes (MIT) im Internet auf, in der sie die

Morde gründlich planten. Sakine Cansiz, Leyla Saylemez und Fidan Dogan waren nicht die einzigen, die ermordet werden sollten. Auch andere Namen fielen bei den Gesprächen. Die Festnahme von drei mutmaßlich Geheimdienstmitarbeitern in der BRD vor einigen Wochen zeigen, dass der türkische Staat intensiv kurdische und andere oppositionelle linke Strukturen in Europa beobachtet.

Das Gerichtsverfahren hat nach 2 Jahren immer noch nicht begonnen. Nicht nur die türkischen Behörden dementieren jegliche Beteiligung an den Morden – sie erklären, dass die Gülen-Sekte hinter diesem Mord stecke. Auch der französische Geheimdienst weigert sich Informationen über die Tat herauszugeben und lässt die Anwälte vor geschlossenen Türen stehen.

Gestern, am 7. Januar 2015, ereignete sich ein weiteres Massaker in Paris. Zwei islamistisch motivierte Männer stürmten maskiert die Büroräume der Satire-Zeitschrift „Charlie Hebdo“ und töteten dabei 12 Menschen, davon 10 MitarbeiterInnen der Zeitschrift. Dieser Anschlag ist der Gipfel des islamistischen Terrors in Europa der letzten Jahre und ein Ergebniss des Erstarkens jener Kräfte im Mittleren Osten. Sie sind vor allem aufgrund der Unterstützung durch die Machthaber aus der Türkei, Saudi-Arabien und Katar so erstarkt. Diese Staaten verfolgen geopolitische, militärische und wirtschaftliche Interessen, indem sie die Terrororganisation IS in der Region zu einer starken Macht fördern, deren Ideologie gestern in Paris 12 Menschen tötete.

Zur Türkei, Saudi-Arabien und Katar haben sowohl Frankreich als auch die BRD schon seit je her sehr gute Beziehungen. Die Türkei und Saudi-Arabien sind Hauptabnehmer der deutschen Waffenindustrie. Sowohl die BRD als auch Frankreich unterstützen den türkischen Staat seit Jahrzehnten in seinem Kampf gegen die PKK, die heute am entschiedensten gegen den IS und seiner mittelalterlichen, sexistischen und antidemokratischen Ideologie im Mittleren Osten kämpft. Wenn gestern islamistische Kräfte einen Anschlag in Paris durchführen konnten, dann ist das auch ein Ergebnis der jahrzehntelangen Politik des französischen und deutschen Staates im Mittleren Osten, die zu Armut, Flucht, Vertreibung, Krieg und Perspektivlosigkeit - ein starker Nährboden für islamistische Kräfte - in der Region führten. Nicht die flüchtenden Menschen aus der Region und anderen Orten der Welt sind das Problem, sondern die Politik des Westens.

Die Morde an Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Saylemez, der Anschlag gestern gegen das Büro von „Charlie Hebdo“, sowie die Politik des Westens im Mittleren Osten, sind die selbe Seite der Medaille. Unsere Antwort dagegen ist es einen gesellschaftlichen Widerstand und Gegenwehr aufzubauen - Sowohl gegen diese imperialistische Politik, als auch gegen alle Kräfte, wie Pegida, Hogesa, Front National, Lega Nord, etc., die die Folgen dieser imperialistischen Politik für ihre rassistischen und faschistischen Vorstellungen instrumentalisieren wollen. Sara, Rojbîn und Ronahî sind Symbolfiguren des Kampfes gegen diese Rückständigkeiten.

Um ihrem Kampf zu gedenken und ihn zu vergrößern, um gegen jegliche Rückständigkeit - religiös-fundamentalistische, rassistische, faschistische, sexistische - zu protestieren und die Aufklärung der Morde vom 9. Januar 2013 zu fordern rufen wir deshalb zur europaweiten Demonstration am Samstag, den 10.01.2015 in Paris auf.

YXK - Verband der Studierenden aus Kurdistan

Die Ordnung herrscht in Kairo

Am Sonntag verging der vierte Jahrestag des 25. Januar 2011, als eine Welle von Unruhen in Kairo begann, die die ägyptische Regierung aus dem Amt zwang. Aus diesem Anlass veröffentlichen die Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft ein Interview mit Philip Rizk, einem Filmemacher und Autor aus Kairo, der die derzeitige Lage in Ägypten zusammenfasst.

Im Juli 2013 hat das Militär Präsident Mohamed Mursi abgesetzt, nachdem Millionen gegen die Herrschaft von seinen Muslimbrüdern (MB) auf die Straße gegangen sind. Was war die Triebkraft dieser massenhaften Unzufriedenheit?

Gerade mit Blick auf die jetzige Situation muss man sich ins Gedächtnis rufen, dass es nach Mursis Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2012 ein riesiges Fest in den Straßen gab. Viele Leute haben darin einen Moment des Siegs, einen revolutionären Moment gesehen. Bei den Wahlen sind zum einen klare Vertreter des alten Regimes angetreten, zum anderen Mursi. Deshalb galt er als jemand, der sich von der bisherigen militärischen Konstellation unterscheidet. Am Wahltag war ich in einem ärmeren Viertel in Kairo. Die Kinder und die Leute haben gefeiert, sind auf Lastern die Straßen hoch- und runtergefahren, es gab Feuerwerk…

Die Demonstration, an der ich damals teilgenommen habe, war sehr klein. Wie so oft in den letzten drei oder vier Jahren hat es eine ganze Weile gedauert, bis die Opposition Fahrt aufnahm. Viele, die vorher demonstriert hatten, waren natürlich sowieso für die MB, aber viele andere hatten einfach die Haltung, dass man ihnen eine Chance geben und erstmal abwarten sollte. Doch die Politik, auch die Wirtschaftspolitik, blieb über weite Strecken zwar nicht exakt dieselbe, folgte aber derselben Herrschaftslogik, zum Beispiel was die Macht der Polizei und die Eindämmung von Protesten angeht. Unter Mursis Herrschaft wurde erneut versucht, ein Gesetz gegen Proteste durchzubringen. Und im November 2012 wollte sein Kabinett eine Steuererhöhung beschließen, die breite Teile der Bevölkerung betroffen hätte. Als die anfangs kleinen Proteste brutal unterdrückt wurden, dämmerte den Leuten, dass etwas Ähnliches wie in den ersten Tagen der Revolution passiert. Wir haben Demonstrationen zum Gedenken an wichtige Straßenschlachten in vorherigen Phasen der Revolution gemacht, zum Beispiel die in der Mohamed-Mahmud-Straße. Dann kam es zu Zusammenstößen und es entwickelte sich eine ähnliche Logik wie früher, mit endlosen Straßenschlachten über mehrere Tage und vor allem Nächte. Die Leute fingen also wieder an, mehr auf die Straße zu gehen.

Eine sehr wichtige Sache in dieser Phase, die schließlich zu den Massendemonstrationen vom 30. Juni 2013 und den Tagen danach führt, war, dass die Medien eine völlig andere Rolle gespielt haben als 2011 und dann wieder nach dem Militärputsch vom 3. Juli 2013. Bis zum 30. Juni wurde über solche Ereignisse sehr klar berichtet und die Polizeigewalt auf der Straße gezeigt. Die ägyptischen Medien unterliegen einer starken Kontrolle. Die Zensur fängt beim Innenministerium an, das den Chefredakteuren von Zeitungen und Fernsehsendern telefonisch mitteilt, worüber sie berichten sollen und worüber nicht – die Militärgewalt zum Beispiel wurde nie wirklich gezeigt –, zieht sich durch die Rangordnung innerhalb der Medien und endet schließlich bei der Selbstzensur von Journalisten. Aber während der Regierungszeit der MB gab es deutlich weniger Zensur. Nur eine kleine Anekdote dazu: Unsere Gruppe Mosireen, die vorher Sachen gefilmt hatte, die für uns die Perspektive der Straße waren, hatte kaum noch eine Funktion, weil Fernsehen und Zeitungen jetzt weitgehend über die Repression berichteten. Gerade im Medienapparat arbeiten viele Leute aus der liberalen Mittelschicht, die dazu tendieren, eine Partei mit islamistischem Hintergrund zu kritisieren. Man könnte fast sagen, dass die Medien tatsächlich die Rolle gespielt haben, die sie spielen sollten, aber eben nur während der zwölf Monate der MB-Regierung.

Um die Frage nochmal konkreter zu formulieren: Waren die Massenproteste eine Reaktion auf die anhaltende Repression und soziale Misere oder hat der spezifische Charakter der MB als einer islamischen Partei, die allmählich die Gesellschaft »islamisiert«, eine Rolle gespielt?

Anfangs wurde die Opposition stärker, weil die Repression weiterging und vor allem, weil jetzt mehr über sie berichtet wurde als früher. Was die Religion angeht: Ihre Rolle im öffentlichen Leben ist ziemlich schwer zu erklären. Die ägyptische Gesellschaft ist wahrscheinlich religiöser als Tunesien und Libyen oder sogar Palästina, Syrien und Irak. Es war immer eine Stärke der Militärregime einschließlich des jetzigen – mit Unterbrechung durch die MB, die etwas anderes sind –, dass sie sich sehr erfolgreich als durchaus religiös darstellen, ohne ein religiöses Programm zu verfolgen. Zum Beispiel hat noch nie eine ägyptische Regierung versucht, die Verfassung zu ändern, die sich ausdrücklich auf die heiligen Schriften des Islam beruft. Auch die theologische Al-Azhar-Universität hat immer eine sehr bedeutende Rolle als religiöses Sprachrohr der Regierung gespielt, in sämtlichen Phasen. Die wissen also, wie man diese Religiosität der Bevölkerung bedient, ohne ein wirklich religiös geprägtes politisches Programm zu haben.
Den Medien ist es gelungen, das aufzugreifen, indem gesagt wurde: Die Ägypter wollen auf keinen Fall eine »säkulare« Gesellschaft bzw. Staat, aber religi-

Was ist, ist –
was nicht ist,
ist möglich!



18. März 2015

EUROPAS EINSTÜRZ**ENDE NEU**BAUTEN

Destroika: Kommt zur fantastischen Widerstandsbegegnung

Eröffnung der neuen Europäischen Zentralbank
Frankfurt am Main, Tag X, 2015

Die weltweiten Aufstände der letzten Jahre haben gezeigt, dass Revolution durchaus möglich ist. Sie klopft auch an die Tür Europas – treten wir sie ein.

destroika.noblogs.org

öse Extremisten wollen sie auch nicht. Und im Diskurs im Vorfeld des Sommer 2013 wurde immer stärker der Extremismus der MB betont.

In religiöser Hinsicht?

Ja. Und diese Verschiebung war massiv. Als es zum Beispiel Anfang 2013 Proteste vor der Parteizentrale der MB gab, machten Gerüchte die Runde, dass palästinensische und syrische Militante sie beschützen würden, und besonders die Medien haben diese Gerüchte aufgegriffen. Es ist schwer zu sagen, wie das angefangen hat, denn soweit ich weiß gibt es dafür keinerlei Beweise. Warum sollten die MB ihre Parteizentrale durch ausländische Bewaffnete schützen lassen? Das ergibt für mich überhaupt keinen Sinn. Aber als sich diese Geschichten verbreiteten, fing ein großer Teil der Bevölkerung, der zwar religiös ist, aber der Tendenz nach kritisch gegenüber einem religiösem Extremismus wie dem, über den man aus Syrien und Palästina hört, sehr schnell an, die MB als zunehmend militante Gruppierung zu sehen. Auch die bewaffneten Gruppen, die im Sinai gegen das Militär kämpfen, wurden schnell mit den MB ineins gesetzt, obwohl es für diese Verbindung ebenfalls keine Beweise gibt. Die Situation im Sinai ist sehr schwer einzuschätzen und viele Medienberichte bezweifele ich stark, besonders wenn sie auf Angaben des Innenministeriums oder des Militärs beruhen. Solche Situationen werden dazu genutzt, Gerüchte und Angst zu verbreiten. Das alles spielt sich also im Hintergrund ab und führt dann zum Sommer 2013.



Aber inwieweit waren die Proteste dadurch motiviert? Und zweitens, hatten die MB deiner Meinung nach ein radikales islamistisches Programm, das sie nur nicht verwirklichen konnten, oder waren sie ohnehin eher moderater?

Keine Partei, die in Ägypten an die Macht kommt, wird die Bürgerrechte respektieren. Und die MB haben sich meines Erachtens, im Großen und Ganzen, nicht besonders von ihren Vorgängern unterschieden. Sie hatten keine Ausweitung von Rechten vor, sondern wollten viele Rechte abschaffen. Die Christen zum Beispiel hatten schon unter Sadat und Mubarak viele Rechte nicht, die Moslems hatten. Nur weil solche Figuren nicht religiös motiviert waren, heißt das nicht, dass die Religionen gleichgestellt waren. Die MB hätten das meines Erachtens so weitergeführt. Aber sie hatten auch ein Interesse an guten Beziehungen zu ihren westlichen Handelspartnern. Es wäre nicht besser geworden, es hätte sicherlich einige sehr bedenkliche Situationen gegeben, in denen eine Regierung mit religiösem Programm über die Unterdrückung von Christen, die besonders in Oberägypten zunimmt, definitiv hinweggesehen hätte. Aber persönlich denke ich nicht, dass die MB das Programm hatten, als religiöse Extremisten aufzutreten. Bislang gibt es für sämtliche Beispiele, mit denen Medien, Militär und Sisi die MB als eine Art terroristische Gruppierung darstellen wollten, absolut keinen Beweis. Das heißt nicht, dass solche Dinge nie passieren könnten. Aber ich denke nicht, dass sie passiert sind. Das wäre überhaupt nicht im Interesse der MB. Diese Darstellung hat aber funktioniert und den perfekt geeigneten Feind geboten, um den Patriotismus anzufachen und etliche Bürgerrechte einzuschränken.

Du würdest also sagen, dass diese Massendemonstrationen nicht von der Angst vor einer reaktionären islamistischen Politik angetrieben wurden?

Nehmen wir zum Beispiel die Situation von Frauen. Die Bilanz der MB, wie sie Frauenrechte verstehen und behandeln, ist grauenvoll. Aber das gilt auch für alle Regierungen davor. Sisi hat ein paar populistische Manöver gemacht, so als ginge es ihm um das Interesse von Frauen, aber in Wirklichkeit besteht sehr geringes Interesse an solchen Veränderungen. Es ist leicht, das an den MB festzumachen, aber Fakt ist, dass Ägypten eine von extremer Ungleichheit geprägte Gesellschaft ist, in der Männer deutlich mehr Freiheiten haben als Frauen und sexuelle Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz, zuhause und auf der Straße auf breite gesellschaftliche Akzeptanz stoßen. Das ist kein Thema, das nur die MB betrifft.

Wie deutest du die Tamarod-Kampagne, die bei den Protesten gegen das MB-Regime eine große Rolle gespielt hat?

Die wurde von drei oder vier Leuten geleitet. Meines Erachtens fing das als relativ unschuldige Bewegung der Art von Jugendlichen an, die seit 2011 an der Revolution aktiv beteiligt waren. Tamarod sammelte Unterschriften für Neuwahlen und demonstrierte eine starke Ablehnung der MB. Eine solche Bewegung hätte ohne weiteres ein sehr kurzlebiges politisches Unternehmen sein können. Aber sie war im Interesse des Sicherheitsregimes, des Militärs und des Innenministeriums, und wurde von diesen Apparaten kooptiert. Es gab gewaltsame Auseinandersetzungen, Parteibüros der MB wurden angegriffen und verwüstet, und jedes Mal unterstützte das Innenministerium die Demonstranten.

Der Sicherheitsapparat wurde also weiter vom Militär und nicht von den MB kontrolliert?

Es besteht traditionell eine Konkurrenz zwischen den verschiedenen Apparaten, von denen es ziemlich viele gibt. Militär und Innenminister sind sich nicht immer

einig. Aber in einer solchen Situation lautet ihr übergeordnetes Interesse Stabilität. Ich interpretiere die Situation so, dass die MB versucht haben, in diesen verschiedenen Institutionen mehr Macht zu bekommen. Das steht außer Zweifel. Und das war die absolute Grenze für die Sicherheitsapparate. Es war zwar nötig gewesen, die MB ins Rampenlicht zu rücken, sie sollten für eine Phase die Verantwortung übernehmen, aber es hatte gleichzeitig eine klare Übereinkunft über die Machtverteilung zwischen ihnen, dem Innenministerium und dem Militär gegeben.

Manche Leute meinen, dass es bereits beim Machtantritt der MB den Plan gab, sie später zum Sündenbock zu machen. Ich denke das nicht. Die MB waren die Gruppierung, die auf der Straße mit Abstand am meisten Anhänger hatte. 2012, als die Wahlen stattfanden, galten die Militärs nicht als die bessere Lösung. Da kam gerade die Phase der Militärjunta, des SCAF (Supreme Council of the Armed Forces), an ihr Ende und ihre Gewalt gegen die Bevölkerung wurde teilweise bekannt, was zu wachsender scharfer Kritik führte. Der Gedanke eines neuen Militärregimes wurde von vielen Leuten abgelehnt und ich denke, auch den Militärs schien das damals strategisch nicht sinnvoll. Die Befürwortung einer zivilen Regierung wurde also geteilt, und für diese Rolle waren am besten die MB geeignet.
An dieser Stelle kann man ausländische Interessen nicht außeracht lassen. Die USA, die Russen, die Europäer, alle haben einen gewissen Einfluss. Eine Delegation des US-Kongresses zeigte sich ausgesprochen zufrieden mit den MB, weil man sich in allen wichtigen Punkten einig war. Die MB wollten keines der bestehenden Abkommen ändern, also sollte laut ihren Versprechungen auch das Camp-David-Abkommen mit Israel weiter bestehen. Außerdem versprachen die MB, die neoliberale Umstrukturierung der Wirtschaft fortzusetzen. Es gibt viele militärische Verbindungen zwischen Ägypten und den USA, und damals war klar, dass eine Machtübernahme der MB ein akzeptables Szenario ist.

Aber dann ist zweierlei passiert. Zum einen waren die MB nicht in der Lage, sich weiterhin ausreichend Zustimmung zu sichern. Die Situation auf den Straßen blieb instabil, die Proteste, vor allem spontane und zunehmend gewaltsame, hielten an. Diese wachsende Instabilität lag im Interesse von niemandem. Nicht im Interesse irgendeiner der ausländischen Mächte, denn wer Geld und Macht hat, ist an einem stabilen Ägypten interessiert. Wer an der Macht ist, ob eine Militärdiktatur herrscht oder eine religiöse Partei regiert, spielt nicht wirklich eine Rolle, solange Stabilität gewährleistet ist. Und die MB erwiesen sich zunehmend als außerstande dazu. Zweitens, wie schon erwähnt, blieb der von den MB übernommene Staatsapparat zu beträchtlichen Teilen in gewissem Maß loyal gegenüber dem alten Regime. Es gab eine ständige Rivalität und einen beharrlichen, tagtäglichen Widerstand innerhalb des Apparats gegen die MB. Teilweise richtete er sich aber auch gegen Versuche der MB, ihre eigenen Leute an die Schalthebel zu bringen.

Du meintest, das Militär habe der Bewegung gegen die MB nicht ablehnend gegenübergestanden. Aber wie wurde das Militär seinerseits von den verschiedenen Gruppen auf der Straße, zum Beispiel den Ultras und den Arbeitern, gesehen?

Der Feind Nummer eines waren die MB, so wie es Anfang 2011 das Mubarak-Regime war. Das hat die Tagesordnung bestimmt. Die meisten Leute haben das Militär nicht an der Macht gesehen – an der Macht waren die MB. Die Repression hielt an, die Gefängnisse waren voll, die Folter ging weiter. Also haben die Leute der Tamarod-Kampagne ihre Unterschrift gegeben, denn diese Bewegung hatte Dynamik.
Kritik am Militär war unerwünscht. Ich habe zum Beispiel am 30. Juni an einer kleinen Demonstration teilgenommen, auf der sowohl gegen die MB als auch gegen das Militär Parolen gerufen wurden. Es gab zwei solcher Demonstrationen, aber beide waren extrem klein verglichen mit den Massen, die auf die Straße gingen.
Im Fernsehen erteilten Tamarod-Aktivisten Anweisungen, was man zu sagen hatte und was nicht. Die Botschaft war vollkommen klar: Parolen gegen die Polizei und das Militär sollte es nicht geben – im Augenblick haben wir genau einen Gegner, die MB, also sollten wir keinen Streit in den eigenen Reihen anfangen, der uns spaltet. Wer wie ich und eine relativ kleine Gruppe von Demonstranten sowohl gegen die MB als auch das Militär war, ging als extrem schwache Stimme in einem Meer von Protest unter, der sich ausschließlich gegen die MB richtete.

Wie war die Situation, als die Massaker des Militärs anfingen?

Die Situation war wirklich furchtbar. Das Militär hat letztlich eine Teile-und-Herrsche-Strategie verfolgt. Und es ist ihm auch gelungen, die Opposition zu spalten, durch ein Szenario, in dem man entweder für die MB ist oder nicht – etwas anderes gab es nicht. Proteste, die nicht für die MB waren, sondern schlicht das Militär kritisiert haben, wurden von den Medien, aber auch vom Militär schnell als Unterstützung der MB dargestellt und dadurch schlagartig delegitimiert. Traurigerweise haben viele Intellektuelle, viele vorher sehr aktive und bekannte Figuren in der Revolution, die Position eingenommen, das Militär erstmal nicht zu kritisieren, sondern ihm eine Chance zu geben und

zu schauen, was für einen Übergangsprozess es anzubieten hat, denn das Wichtigste sei es im Moment, dafür zu sorgen, dass die MB keine Gelegenheit mehr zur Machtübernahme bekommen.

Wie erklärst du dir, dass zum Beispiel Teile der Ultras White Knights, die gegen das MB-Regime gekämpft hatten und relativ immun gegen religiösen Fanatismus waren, nach Beginn der Massaker anfingen, Seite an Seite mit Pro-Mursi-Aktivisten zu kämpfen?

Ich denke, da muss man gar nicht unbedingt zwischen Ultras und anderen differenzieren, denn das gilt für alle Beteiligten an den Protesten. Viele von denen, die wirklich geglaubt hatten, dass die MB eine radikale Veränderung anzubieten hätten, haben über die Gewalt des MB-Regimes hinweggesehen. An dieser Position haben sie dann festgehalten und sind für die MB auf die Straße gegangen.



Die Ultras waren eine hochgradig organisierte Gruppe von Fußballfans und haben in verschiedenen Phasen der Revolution eine ganz eigene Rolle gespielt. Und es gab bedeutsame Spaltungslinien in ihren Reihen, etwa zwischen denen, die auch gegen die MB weiter protestiert haben, und MB-Unterstützern. Auch gegen die Ultras wurde eine sehr starke Teile-und-Herrsche-Strategie eingesetzt, weil sie als Gefahr für das System gesehen wurden und disqualifiziert werden mussten. Und sie haben sich dann auch gespalten – für oder gegen die MB.

Gilt das auch für die Arbeiter?

Zunächst mal gibt es keine Arbeiterbewegung. Was es gegeben hat, war eine Welle von Streiks. Das beschreibe ich in meinem Text »2011 war nicht 1968«.[1] Tunesien zum Beispiel hat eine vollkommen andere Geschichte, was Arbeiterorganisationen angeht. In Ägypten wurden sie harsch unterdrückt. Die Streiks gingen weiter, aber immer in einer anderen Sphäre als die Straßenproteste. Diese beiden Prozesse laufen leider ziemlich getrennt ab.

Und jetzt? Es wurden unabhängige Gewerkschaften gegründet. Warum mündet das nicht in einer politischen Dynamik?

Das liegt in erster Linie daran, dass sich die Arbeiter um Lohnforderungen und dergleichen organisieren. Es gab immer Versuche verschiedener sozialistischer Gruppen, die Arbeiter auch politisch zu organisieren. Sie sind allesamt gescheitert. 2011 wurde die »Arbeiter- und Bauernpartei« gegründet; ich weiß nicht, ob es sie überhaupt noch gibt. Vielleicht schon, aber sie hat keine praktische Bedeutung. Politische Gruppen oder politisierte Individuen gerieten unter Arbeitern schnell in Verruf, weil man ihnen unterstellte, sie hätten andere Interessen als die unmittelbaren Forderungen der Arbeiter.

Meiner Meinung nach gab es keine dynamische Arbeiterbewegung. Es gab eine sehr beträchtliche Welle von Arbeiteraktionen, aber es war sehr schwierig, Arbeiter auch nur zur Solidarität mit einem Streik oder einer Aktion in ihrer Nähe zu mobilisieren. Weil die Arbeitsplätze so bedroht sind, will man seinen Job nicht verlieren. In manchen Phasen waren Leute bereit, ihre Jobs zu riskieren, um ihre Lage zu verbessern, aber sie wollten sie nur sehr selten für politische Ziele riskieren.

Zugleich gab es unter Arbeitern niemals einen Konsens, dass die MB oder das Militär unser Bestes im Sinn hätten. Die Nasser-Ära, in der es noch wenigstens eine arbeiterfreundliche Rhetorik gab – wenn auch eine trügerische –, ist lange her. Sisi stellt sich gerne ähnlich dar und hat damit einen gewissen Erfolg, aber das wird nicht lange anhalten, weil in der Praxis nichts geschieht. Wenn überhaupt, ist die Repression nur schlimmer geworden. Als die MB die Wahlen gewonnen hatten, ließen die Streiks eine Weile lang etwas nach, weil viele dachten, es würde sich etwas ändern. Ich erinnere mich noch an Gespräche, in denen Leute meinten: »Die Ära der Korruption, der Privatisierung ist vorbei«. Es gab Versprechen, es werde keine weiteren Privatisierungen mehr geben...

Die MB haben das tatsächlich versprochen?

Ja. Und tatsächlich konnten sie den Privatisierungsprozess während ihres einen Jahres an der Macht auch nicht viel weiter führen.
Ich erinnere mich noch an eine der wichtigsten Figuren unter den Arbeitern im öffentlichen Transportsektor, ein Salafist, den alle »Scheich« nannten. Gegen Ende der Regierungszeit der MB war er klar gegen die Regierung, weil er nicht wollte, dass sich die Arbeiter so leicht über den Tisch ziehen lassen. Wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden, wenn sie Versprechen erhalten, die nicht eingelöst werden, kämpfen sie, auch wenn sie sehr religiös sind. Letztlich haben sie ihre Forderungen und auf denen bestehen sie. Ich habe mehrere besetzte Fabriken besucht und zwei oder drei der Anführer waren sehr religiös.

Du meinst Gewerkschaftsführer?

In einer dieser Fabriken war es gar keine Gewerkschaft, die haben einfach den Streik angeführt. Das waren sehr religiöse Typen. Der eine war höchstens Anfang dreißig. Er hatte einen langen Bart, man nannte ihn ebenfalls Scheich, was heißt, dass er ein gewisses religiöses Ansehen unter den Arbeitern hatte. Der Umgang des Militärs mit diesen Arbeiteraktionen war – verglichen mit dem letzten Jahr, in dem sich alles um 180 Grad gewendet hat – noch recht sanft.

Während der Regierungszeit der MB wurden Unruhen zugelassen, da sie dem Interesse des Militärs entgegenkamen.

In der Vergangenheit haben wir weitgehend die These akzeptiert, dass Arbeiterbastionen wie etwa die Textilindustrie in Mahalla für die Versprechen der Islamisten weniger empfänglich waren.

Darin sehe ich keinen Widerspruch. Ich habe einige Zeit in Mahalla verbracht und mir ist keine starke Religiosität unter den wichtigsten Figuren 2006/07 aufgefallen. Das heißt aber nicht, dass es in anderen Gruppierungen von Arbeitern keine starke religiöse Tendenz gibt.

Reden wir über die derzeitige Lage. Die Repression ist schlimmer als unter Mubarak. Ist die Bewegung tot?

Wie erwähnt, haben die wichtigen Akteure inner- und außerhalb Ägyptens vor allem ein Interesse an einem starken, stabilen Staat. Und auf eine solche Stabilität zielen alle ihre Schachzüge ab. Es wurde ein sehr deutliches Bild eines Staatsfeindes entworfen und diese Narrative wurden von einem recht breiten Teil der Bevölkerung akzeptiert, besonders von der Mittel- und Oberschicht, die wie anderswo auch den öffentlichen Diskurs stärker prägt. Die zunehmende Repression und die Beschneidung von Rechten werden mit der Stabilisierung und Stärkung des inneren Kerns des Staates sowie der Ökonomie gerechtfertigt. Das ist die Grundlage des Antidemonstrationsgesetzes und hat dem Innenministerium einen Blankoscheck gegeben. Und das tötet bis auf weiteres jede Dynamik für eine Bewegung auf der Straße ab.



Aber wie breit ist die Unterstützung für das derzeitige Regime wirklich? Das Bild scheint widersprüchlich – wenig Proteste, aber auch wenig Begeisterung, wie die geringe Wahlbeteiligung zeigt. Sind die Leute einfach nur erschöpft?

Die Situation scheint mir auch sehr widersprüchlich. Die Medien betreiben weiterhin eine Propagandakampagne für das Militär. Man hört nie jemanden, der die derzeitige Lage kritisiert. Tag ein, Tag aus behaupten die Medien, dass sich die Lage gebessert hat, bessern wird, dass Stabilität einkehrt und dass das Militär tut, was es kann, um den Widerstand gegen einen starken Staat zu brechen. Es gibt also dieses extrem patriotische Narrativ.
Aber gerade unter denen, die keine Stimme haben, die von den Medien bewusst ignoriert werden und nie zu Wort kommen, findet man viele Leute, die der derzeitigen Lage gegenüber zunehmend skeptisch sind. Vor allem Leute aus Armen- und unteren Mittelschichtsvierteln glauben nicht an den politischen Prozess. Teilweise, weil sie noch nie an ihn geglaubt haben – sie glauben einfach nicht, dass ihre Wahlstimme etwas ändern kann. Es gibt aber auch jene, die nach dreieinhalb Jahren extremer Unruhen und Unwägbarkeiten nicht sehen, dass etwas anderes möglich ist, weil keine Alternativen geboten werden. Innerhalb der staatlichen Narrative gibt es auch tatsächlich keine Alternativen. Ägyptens außenpolitische Partner werden weiterhin die Mächtigen unterstützen ohne jegliche Rücksicht auf die Bedürfnisse der einfachen Leute auf der Straße.

Sisi hat es sich lange überlegt, ob er bei den Wahlen antreten soll oder nicht. Wenn er nämlich erst das höchste Amt innehat, kann er die Verantwortung für negative Entwicklungen nicht ewig auf andere schieben. Sisi ist das sehr klar und ich glaube, davor hat er eine ungeheure Angst. Ja, er war eine Zeit lang extrem beliebt, aber das lässt bereits nach. Und jetzt ist er gezwungen, Subventionen zu streichen, und er weiß, dass das zu Preiserhöhungen führt und dass ökonomische Reformen wie in der Vergangenheit nicht mehr möglich sind – er kann sich nicht wie Nasser inszenieren, als ein populistischer Führer mit den Massen hinter sich, selbst wenn er das wollte.

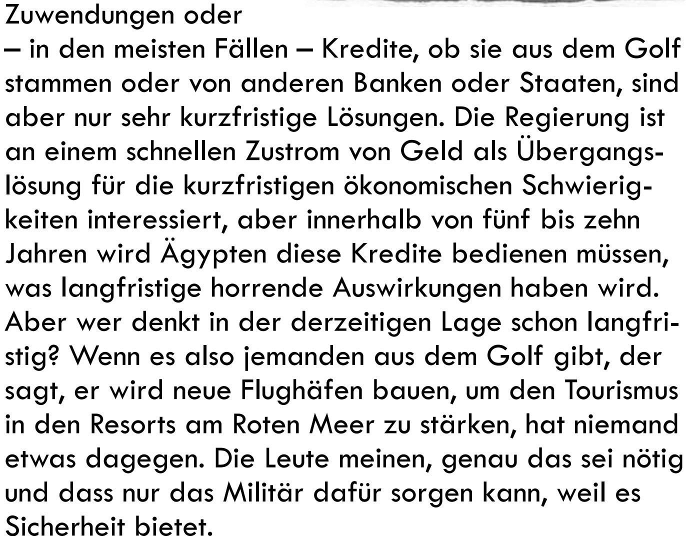
Es gibt wenig Vertrauen in den politischen Prozess, da sprechen die Wahlen eine sehr deutliche Sprache über die derzeitige Lage. Sie haben die Wahlen um einen Tag verlängert, beliebte Talk-Show-Moderatoren haben Nichtwähler als unpatriotisch beschimpft, der Staatsanwalt hat ihnen sogar mit Bußgeldern von 500 Pfund – was für manche Leute anderthalb Monatslöhne sind – sowie einer Haftstrafe von bis zu sechs Monaten gedroht. Es wurde tatsächlich versucht, die Leute mit Einschüchterung an die Wahlurne zu bringen, nur um den Prozess zu legitimieren. Und die Leute sind trotzdem nicht wählen gegangen. Die Schätzungen über die tatsächliche Wahlbeteiligung reichen von 15 bis zu 60 Prozent, nicht 95 Prozent, wie die Regierung behauptet. Das ist eine sehr deutliche Botschaft. Die Aussichten für die Machthabenden sind nicht rosig.

Zur Frage der Reformspielräume: Was hat der Kapitalismus in Ägypten noch anzubieten?

Er hat auch hier nichts Neues anzubieten, nur eine weiter auseinandergehende soziale Schere, die bereits die Bedingungen für den Aufstand vom 25. Januar 2011 geschaffen hatte. Der Kapitalismus ist kein

Ding, ich würde eher von einem Geist des Kapitalismus sprechen, der sich im ägyptischen Kontext als eine verwickelte Oligarchie manifestiert, wo die Macht bei denen liegt, die über Kapital verfügen und militarisierte staatliche Institutionen kontrollieren. In Ägypten wird der Kapitalismus in dieser Form diejenigen, die nicht zu diesem Club der Herrschenden gehören, nur noch tiefer in die Krise treiben. Die Preise steigen rasant, weil die Sisi-Regierung den neoliberalen Kurs genauso fortsetzt wie es Mursi getan hat. Gas ist teurer geworden, Transport und Nahrungsmittel ebenso, während die Löhne stagnieren und Jobs schwer zu bekommen sind. Je mehr die Gewähr für ein gutes Leben dahinschwindet, umso mehr nähert sich der Kapitalismus seinem Ende. Die nächste Schlacht wird deutlich gewaltsamer ausfallen.

Um bei den ökonomischen Aussichten zu bleiben: Die allgemeine Lage wirkt sehr instabil, aber es gab in letzter Zeit riesige Kapitalströme aus den Golfstaaten sowie großspurige Entwicklungspläne.



Viele Leute sind noch von den guten Absichten des Regimes überzeugt. Da die Preise steigen, sind viele noch der Auffassung, dass es gut ist, wenn ausländisches Geld ins Land fließt. Diese Zuwendungen oder – in den meisten Fällen – Kredite, ob sie aus dem Golf stammen oder von anderen Banken oder Staaten, sind aber nur sehr kurzfristige Lösungen. Die Regierung ist an einem schnellen Zustrom von Geld als Übergangslösung für die kurzfristigen ökonomischen Schwierigkeiten interessiert, aber innerhalb von fünf bis zehn Jahren wird Ägypten diese Kredite bedienen müssen, was langfristige horrende Auswirkungen haben wird. Aber wer denkt in der derzeitigen Lage schon langfristig? Wenn es also jemanden aus dem Golf gibt, der sagt, er wird neue Flughäfen bauen, um den Tourismus in den Resorts am Roten Meer zu stärken, hat niemand etwas dagegen. Die Leute meinen, genau das sei nötig und dass nur das Militär dafür sorgen kann, weil es Sicherheit bietet.

Die Pläne rund um den Suez-Kanal sind ebenfalls sehr vertrackt und da weiß ich auch nicht, was wirklich passiert. Nasser wurde enorm gefeiert, als er sich gegen die Briten und Franzosen stellte und den damaligen Kolonialmächten den Suez-Kanal wegnahm. Das ist eine große Geschichte im Gedächtnis vieler Ägypter. Aber die Leute haben oft nur ein Kurzzeitgedächtnis. Und wenn man diese ganzen Propagandasender hat, die Tag ein, Tag aus davon sprechen, dass die Entwicklung des Suez-Kanals so viele Arbeitsplätze schaffen wird und neue Firmen und Gelder, die wir dringend brauchen, ins Land bringen wird... Warum sollten wir erwarten, dass die Leute anders darauf reagieren. Wenn die Experten behaupten, dass diese Projekte Arbeitsplätze schaffen werden, dann werden sie Arbeitsplätze schaffen.

Der Suez-Kanal wird als ein nationaler Schatz angesehen. Wenn er uns mehr Geld einbringt, gilt das als großartig. Soweit wir wissen, sind die gesamten Einnahmen aus dem Suez-Kanal in Mubaraks Taschen gelandet. Ich war Teil einer Arbeitsgruppe über Schulden und wir haben keine Ahnung, was mit dem Geld passiert ist. Wenn die Profite aus dem Kanal also wachsen, wo landen sie dann?

Welche Aussichten ergeben sich dann für zukünftige Kämpfe?

Die Aussichten sind nicht nur schlecht. Die unmittelbare Lage ist zwar sehr schwierig, weil viele Freunde nun im Knast sind und im Vergleich zu früher wenig getan werden kann. Wenn man heute demonstriert, riskiert man, sechs Monate bis zehn Jahre lang im Knast zu enden. Uns fehlen also plötzlich alle Mittel, viel zu erreichen. Aber ich habe diese Revolution seit 2011 und auch vorher immer so verstanden, dass wir – ich meine das Milieu, in dem ich mich bewege, das aus politisierten Angehörigen der Mittelschicht besteht – ohnehin keine signifikante Rolle in der Revolte spielen.

Und genau darin besteht die Hoffnung für die Zukunft. Die Zufriedenheit der Leute wird nicht von Dauer sein und in vielen Fällen werden sie unter diesen Bedingungen in der nahen Zukunft gar nicht überleben können. Die Preise sind erheblich gestiegen, allein in den letzten drei Monaten. Treibstoffsubventionen wurden dieses Jahr zweimal gekürzt. Das hat starke Auswirkungen auf Transport- und Lebensmittelpreise – es beeinflusst alles. Das Leben wird teurer. Noch erfreut sich Sisi großer Beliebtheit, aber das kann nicht lange halten. So war es auch mit Sadat: Er war sehr beliebt, als er an die Macht kam, aber als er 1977 Subventionen kürzen wollte, mussten diese Reformen plötzlich wieder zurückgenommen werden aus Angst darüber, was geschehen könnte, nachdem die Leute auf die Straße gegangen waren.

Ich glaube nicht, dass so etwas innerhalb der nächsten Monate geschehen wird, aber irgendwann bestimmt. Die Bedingungen, die die Leute 2011 auf die Straßen brachten, werden in der nahen Zukunft wiederkehren. Und ich glaube, das nächste Mal wird es viel gewaltsamer und zwar von beiden Seiten. Man sollte das, was in den letzten drei Jahren passiert ist, nicht

unterschätzen, auch wenn viele mit ihrem Leben dafür bezahlt haben oder noch immer in Form heftiger Haftstrafen dafür zahlen. Das Bewusstsein, das diese Augenblicke der Revolte geschaffen haben, und die verschiedenen Debatten und Mobilisierungen, die sind ungemein wertvoll. Sie haben sehr deutliche Spuren in der breiten Bevölkerung hinterlassen. Es gab über die letzten vier Jahre viele verschiedene Wellen. Schon 2011, 2012 gab es Momente tiefer Depression und man bereute das alles beinahe. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

Besteht für dich Hoffnung, dass die Kämpfe eine neue Qualität annehmen können? Wenn man auf die Jahre seit der sogenannten Revolution 2011 zurückblickt, sieht man, dass die Leute dazu in der Lage waren, Regierungen zu stürzen, es immense Arbeiterkämpfe und eine starke Jugendbewegung für Freiheitsrechte gab. Andererseits haben die Leute erst das Militär gegen Mubarak, dann die MB gegen das Militär und jetzt zuletzt wieder das Militär gegen die MB unterstützt... Nach dem Putsch im Juli 2013 wurden die Massaker des Militärs von vielen akzeptiert. Wie könnte die nächste Kampfwelle aussehen? Eine bloße Wiederholung früherer Kämpfe?

Das ist sehr schwer zu sagen. Und das ist einerseits schlecht für uns, andererseits aber auch schlecht für die Machthaber, weil es jetzt keinen Plan B mehr gibt. Einer der Gründe dafür, dass Mursi und Sisi an die Macht kamen, war, dass sie zu dem Zeitpunkt großen Zuspruch auf der Straße hatten. Die nächste Option? Ich kann mir nach Sisi keine Option vorstellen, die noch großen Zuspruch finden würde.

Ich bin noch nie für eine andere Regierung auf die Straße gegangen. Ich glaube, das System muss wirklich kollabieren, damit eine Art bessere Gesellschaft entstehen kann. Was das jedoch genau heißt, da habe ich keine Ahnung. Und vielleicht ist das auch gar nicht so schlecht. Eine der wichtigen Lehren lautet vielleicht, dass in Ägypten allein, unabhängig von dem, was im Rest der Welt geschieht, nicht viel möglich ist. Es gibt immer diesen Einfluss von außen, sei von den Golf- oder von den westlichen Staaten, die zurzeit mit Waffen und der Ausbildung von Soldaten, mit finanzieller Unterstützung und Handelsabkommen die Machtkonstellation mitbestimmen. Damit es also signifikante Veränderungen in Ägypten geben kann, muss es in diesen anderen Machtzentren auch signifikante Veränderungen geben. Und all das muss breitere Kreise erfassen, anstatt sich in einzelnen Zusammenstößen zu erschöpfen. Meiner Ansicht nach steuern wir auf so etwas zu. Ich weiß nicht, wie das aussehen könnte, aber ich glaube, es liegt in nicht in weiter Ferne.

Freundinnen und Freunde
der klassenlosen Gesellschaft
kosmoprolet.org

Musikschau der Nationen

In Bremen findet seit 51 Jahren, immer im Januar, die Musikschau der Nationen statt. Dabei handelt es sich um Europas größten Militär-Blasmusikfestival. Bisher gab es dagegen immer mal wieder kleineren Protest und im letzten Jahr zum Jubiläum eine kleine Demo. In Bremen wird die Veranstaltung aber im Grunde durchweg positiv gesehen. Veranstaltet wird das ganze vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) der auch den Volkstrauertag organisiert. Auch dieser kann sich über ein sehr positives Ansehen in der Gesellschaft freuen. Der folgende kleine Text widmet sich der Geschichte des Volksbundes und was dieser so alles für Dreck am Stecken hat. Viele Textpassagen sind aus anderen Artikeln zusammenkopiert, umgeschrieben, abgeschrieben und geklaut, vor allem von einem Artikel auf www.german-foreign-policy.com

Friedensarbeit?

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK)„widmet sich im Auftrag der Bundesregierung der Aufgabe, die Gräber der deutschen Kriegstoten im Ausland zu erfassen, zu erhalten und zu pflegen“ und den „Volkstrauertag“ zu organisieren. Die Gräber getöteter Deutscher Soldaten aus dem 1. und 2. Weltkrieg werden in ganz Europa gesucht und restauriert, oder in Sammelfriedhöfe zusammen gefasst. „Heute hat der Volksbund knapp 400 000 aktive Förderer sowie über eine Million Gelegenheitsspender und Interessenten“. Der Volksbund wirbt mit seiner „Friedensarbeit“. Doch ob diese Arbeit wirklich dem Frieden dient bleibt höchst zweifelhaft. Immer wieder kommt es in der Bevölkerung der damals von den Deutschen überfallenen Länder zu Widerstand gegen neue Projekte des VDK. So gab es im tschechischen Cheb heftigen Protest gegen die vom Volksbund beabsichtigte Einrichtung eines deutschen Soldatenfriedhofes. Schließlich wurde darauf verzichtet. Auch in Prag sprach sich im Jahr 2002 der Rat der tschechischen NS-Opfer gegen die Einrichtung eines deutschen Soldatenfriedhofs aus und auch in westlichen Ländern wie Italien gab es immer wieder Proteste. Der Missmut gegenüber dem VDK entsteht einerseits durch die Verwendung von nazistischen Symbolen (insbesondere auch Dienstgrade der Waffen-SS) aufGrabstätten des VDK und martialisch anmutenden „Totenhallen“, seiner Nähe zu rechten Organisationen, sowie seiner völkisch, nationalistischen Geschichte. So erklärte ein Abgeordneter eines Dorfes bei Wolgo-

grad, dass sich die Deutschen ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende wieder so selbstsicher fühlen würden, dass sie ihre gefallenen Soldaten als „unschuldige Opfer" darstellten und ihnen „marmorne Denkmäler" setzen wollten. Bei der Eröffnung würde „Musik zu Ehren der gefallenen deutschen Eroberer, Mörder und Gewalttäter" gespielt werden - jener Invasoren, die zu Recht ein ruhmloses Ende gefunden hätten, hieß es weiter.

Mahnmale deutscher Art?

Gegründet wurde der Volksbund 1919 durch nationalistische Kreise, die nach der Niederlage im 1. Weltkrieg Grenzrevisionen verlangten und die Gräberpflege für Wehrpropaganda nutzten. 1923 etwa erklärte der damalige Präsident, der Pfarrer Fritz Siems, den „Haß, der augenblicklich die deutsche Seele packt, (...) den Haß gegen den Erbfeind".

Emmo Eulen, ein Nachfolger als VDK-Präsident, nannte als Gründungsziele „[...] die heldische Lebensauffassung im deutschen Volk wiederzuerwecken; die Ehrenstätten unserer Gefallenen in aller Welt zu Mahnmalen deutscher Art auszugestalten und die Opferbereiten zu einer Gemeinschaft im Volksbund zu sammeln."

Schon 1926, „lange vor den Nazis", habe im Aufruf zum, vom VDK organisierten, Volkstrauertag der damalige Volksbund-Präsident gerufen: „Das soll der Volkstrauertag: Symbol sein und werden für ihren Geist, in dem sie auszogen in unendlicher Begeisterung, in dem sie kämpften wie Löwen, litten wie Märtyrer, starben wie Helden für das große Ziel: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!" Mit solchen Aufrufen habe der Volksbund die reaktionären Kräfte in der Weimarer Republik an sich gezogen, war aber auch zunehmender öffentlicher Kritik ausgesetzt; so erklärte etwa der sozialdemokratische preußische Ministerpräsident Otto Braun 1930, bei den Veranstaltungen des VDK werde „das Gedächtnis der Toten mißbraucht (...), um einen gewissen, verderblichen Revanchegedanken zu wecken und wachzuhalten."

Ehre und Größe der Nation?

Der „Bundesamtsführer" Otto Margraf erklärte 1944: „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge bedeutet Besinnung auf Ehre und Größe der Nation, auf die heldischen Opfer und den Todesmut unserer Gefallenen (...) auf das Deutschtum überhaupt".

Nachdem der VDK 1945 zunächst wie alle militaristischen und nazistischen Organisationen verboten worden war, konnte er in den westlichen Besatzungszonen schon 1946 seine Arbeit wieder aufnehmen - unter der alten Führung: der Nazi-„Bundesamtsführer" Margraf wurde Generalsekretär (bis 1969).

Unter diesen Vorraussetzungen kann man sich kaum wundern, dass der Volksbund zahlreiche Kontakte und Kooperationsbeziehungen zu Personen und Organisationen aus dem Spektrum der „Vertriebenen"-Verbände und der Wehrmachts- und SS-Traditionsverbände unterhielt (und unterhält), darunter auch die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS" (HIAG). Hohe Funktionäre des VDK traten auf den Jahrestreffen der HIAG auf, so etwa der damalige Vizepräsident Hans-Otto Weber (SPD) 1982 in Bad Hersfeld. Die HIAG gründete die „Kriegsgräberstiftung" „Wenn alle Brüder schweigen", die fortan eng mit dem VDK zusammenarbeitete. Darüber hinaus unterstützt die SS-Traditionsstiftung die Arbeit des Volksbundes durch Spenden; die Mitgliederzeitschrift des VDK „Stimme && Weg" 2/2000 etwa vermeldet den Eingang eines großen Betrags der Stiftung „Wenn alle Brüder schweigen", „für den wir uns ganz herzlich bedanken".

Frieden durch soldatische Werte?

Der VDK ist - gemeinsam mit Untergliederungen der HIAG und diversen militaristischen Traditionsverbänden - ebenfalls Mitglied im „Gemeinsamen Ausschuß" von Soldatenverbänden und Reservistenorganisationen, der laut einer im August 1997 verabschiedeten Vereinbarung unter anderem für die „Pflege und Wahrung soldatischer ethischer Werte" eintritt.

Vom VDK werden besonders die Jugencamps hervorgehoben, welche den Jugendlichen den Frieden und die Völkerverständigung näher bringen sollen. 1998 sorgte Peter Hild, ein Leiter solcher „Jugendlager" für öffentliches Aufsehen. Er soll in verschiedenen „ultrarechten Publikationen" Artikel veröffentlicht haben, unter anderem in „Der Freiwillige", dem langjährigen Organ der HIAG, die ihm für seine Verdienste sogar deren Ehrennadel verlieh. Hild hatte die Inhaftierung des Nazi-Kriegsverbrechers Erich Priebke bedauert, „Hitlers Veteranen" zu „heldenhaften Idolen" stilisiert und behauptet, die deutsche Wehrmacht sei „die am anständigsten gekämpft habende Streitmacht des Zweiten Weltkrieges" gewesen.

Deutsche Täter auch nur Opfer?

Der Volksbund möchte mit seiner Arbeit nach eigener Aussage den „Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft" gedenken und spricht von den Deutschen Soldaten des ersten und zweiten Weltkrieges die "noch immer verlassen und zum Teil vergessen in fremder Erde, fern der Heimat" liegen und sagt: „Auch heute noch stehen wir in der Verpflichtung ihr Opfer zu respektieren und als Mahnung zu Verstehen [...]". Jährlich pilgern zehntausende deutsche Besucher an die Kriegsgräberstätten, auf denen einfache Soldaten, aber auch unzählige SS-Angehörige, Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschheit begraben liegen. Das Deutschland diesen Krieg und den größten Zivilisationsbruch der Geschichte, die industrielle Vernichtung von Millionen von Menschen selbst begonnen hat wird meist außen vorgelassen, oder nur am Rande erwähnt.

Friedensarbeit mit der Bundeswehr?

Nicht nur HIAG und Co. unterstützen den Volksbund tatkräftig. Auch und gerade mit der Bundeswehr gibt es Kooperationen. Der Volksbund hat aufgrund der hohen Priorität der Zusammenarbeit mit der Bundeswehr sogenannte „Bundeswehrbeauftragte" eingestellt. Sie sollen in ihren Zuständigkeitsbereichen die Verbindung zur Truppe herstellen und halten, sowie die Befehlshaber, Kommandeure und Einheitsführer in Fragen der Kriegsgräberfürsorge informieren und beraten. Außerdem trägt die Bundeswehr mit rund 35% zum Gesamtaufkommen einen erheblichen Teil der jährlichen finanziellen Sammlungen des VDK bei. Klar, dass sich der „Volksbund wünscht [...] dass den Bundeswehrbeauftragten offen und vorurteilsfrei begegnet wird."

anonym

2014 –
Das Jahr in dem wir nirgendwo waren

Die folgenden Zeilen erheben weder den Anspruch in der Tiefe Kritik zu leisten, noch können sie einfache Wege aus der desaströsen Situation anbieten. Sie sind an all Jene gerichtet, die nach Perspektiven jenseits der Milieus suchen. Sie erinnern fragmentarisch an den großen Erfahrungsschatz derjenigen, die im Allgemeinen als die Autonomen bezeichnet werden, auch wenn viele eine solche Kategorisierung für sich eigentlich ablehnen. Wir grüßen alle, die Nächtens unterwegs sind, alle, die sich den Kopf heiß reden, sowie die VerfasserInnen der Debatten Beiträge der letzten Monate.

"Wir haben euch was mitgebracht: Hass, Hass, Hass"

Autonome Politik in der BRD war immer vorwiegend auf den unmittelbaren Zusammenstoß mit dem Staat ausgerichtet. Gab es in Italien eine breite Diskussion in der Autonomia Operaria um die Fragestellung, wie eine autonome Arbeiterklassenmilitanz, die sich im Zuge der Binnen- Migrationsprozesse ab Mitte der 50iger entwickelt hatte, vermasst und weiterentwickelt werden könne, kursierten solche Art von Überlegungen hier nur in Zirkeln um die Materialien für einen neuen Antiiimperialismus und der Karlsruher Stadtzeitung, der späteren wildcat. Beide Ansätze, die als Strömumgen zu bezeichnen, vermessen wäre, entstanden in der Perspektivlosigkeit Mitte, Ende der 70iger, die der Marsch durch die Instutionen auf der einen, sowie die diversen Kommunistischen Sekten und das gesellschaftlich isolierte Stadtguerilla Konzept auf der anderen Seite, hinterliess.



Der italienische Ansatz der Autonomia Operaria hatte sich schon durch die massive und radikale feministische und subkulturelle Kritik (die immer auch eine der ganz handfest praktischen Art war) an ihrem leninistischen Konzept als irreführend erwiesen, als ihr vom Staat im Zuge der Zuspitzung der Auseinandersetzung mit den bewaffneten Gruppen (u.a. die Entführung von Aldo Moro, führender Repräsentant der Democrazia Christiana durch die Brigade Rosso) Ende der 70iger der Garaus gemacht wurde.

Die cani sciolti, die herumstreunende Hunde, die parteilosen Feministinnen, die Stadtindianer, die proletarischen Jugendlichen, die sich mit Schwarzarbeit, Hausbesetzungen und organisierten, massenhaften Diebstählen und Plünderungen dem alles durchdringenden Verwertungszwang zu entziehen versuchten, betraten die gesellschaftliche Bühne. In der Zuspitzung 1977, in deren Verlauf gegen die brutale Repression der Bullen auf der Strasse in unvorstellbarer Vermassung Steine, Molotovs und auch häufig Schusswaffen bei den Strassenkämpfen eingesetzt wurden, fanden die beiden Strömungen der Autonomia ein vorletztes Mal zueinander, bevor sie sich im Abwehrkampf gegen die Repression des Staates Ende der 70iger als Geschwister tausendfach im Knast oder Exil wiederfanden.

In Wahrheit wusste die Revolte, die sich Anfang der 80iger aus den Grosstädten Westdeutschlands bis in die tiefste Provinz in Bayern verbreitete, nicht viel von dieser Bewegung aus Italien, von der sie den Namen erbte. Wohl reisten abenteuerlustige Emissäre nach Italien und kamen mit teilweise hundertseitigen Pamphleten zurück, die in der deutschen Übersetzung noch kruder und unverständlicher erschienen als die italienischen Orginale. Ein diffuses Bezahlt wird nicht mag mitgeschwungen haben, wenn sich besetzte Häuser in den Lebensmittelabteilungen der Kaufhäuser gratis bedienten, eine vage melodia erklungen sein, wenn eine Broschüre über die ganz praktischen Anregungen einer Guerilla Diffusa als Broschüre durch die besetzten Häuser und Zentren kursierte. Mehr aber auch nicht. Vielleicht war es aber

genau diese Diffusität, diese begriffliche und theoretische Unschärfe, die die Autonomen zu dem machte, was sie waren. Einem hochgerüsteten Staat, der nur wenige Jahre zuvor bei der gezielten Liquidierung von Kadern der Stadtguerilla gezeigt hatte, wozu er fähig und bereit war, einfach den Krieg zu erklären, kann nur einer betrunkenden Leidenschaft geschuldet sein. Während die Überreste der 68iger Bewegung sich in Angst und Lähmung an Kalkar und Stammheim klammerte, strömte eine neue Generation unbekümmert auf die Strasse. Die Hassmaske und die Bauarbeiterhandschuhe adrett aus der Hosentasche baumeln lassend, wurde in die Innenstadt geschlendert und das Pflaster aufgerissen.

Wie immer deutet sich der Niedergang erst im Nachhinein an, wenn man das Geschehen aus der Rückschau betrachtet. Allerdings gibt es immer wieder jene Vögel, die schon das Ende von den Dächern pfeifen, bevor der eigentliche Spaß erst anfängt. Wenn wir uns an dieser Stelle (u.a. aus Platzgründen) auf das Geschehen in (West) Berlin beschränken wollen, so wurde das nahende Ende der Bewegung schon Ende 81 von den Propheten der Bewegung (beispielsweise in der radikal) besungen. Während die einen also verzweifelt überlegten, wie sie ihre BewegungsErbmasse in trockene Tücher retten könnten (Legalisierung) und unter der Käseglocke Schutz suchten, waren es anderen nicht so vordringlich wichtig, den besetzten status quo zu verteidigen, außer er eignete sich dazu, den Bullen aus taktisch abgesicherten Terrain ein paar Steine auf die Helme zu werfen. Über die Totengräber der Bewegung weitere Worte zu verlieren, wäre der Ehre zuviel, zeigt doch der Werdegang eines Hans Panhoff, der heute noch im Kerngehäuse residiert, mit wem wir es zu tun ha(tt)(b)en. Die Freunde des Aufstandes waren der Teilbereichsbewegung schon lange entwachsen, bevor diese Begrifflichkeit überhaupt en vogue wurde. Das sich unter ihnen so viele fanden, die für sich keine Zukunft im Verwertungsprozess sahen, weil sie sich keinerlei Ilusionen über ihre Stellung im postfordistisch aufgelockerten Kastensystem hingaben, mag nur jene verwundern, die die Protagonisten der Geschichte mit Jenen verwechseln, die die Mittel kontrollieren, um ihre Überlieferung weitgehend zu selektivieren. Dem Winter der scheinbaren Ratlosigkeit folgte ein fulminanter Sommer 82, der am 11.06. kulminierte. Der Zusammenstoss mit dem Staat rund um den Nollendorfplatz, der so gewollt und zielstriebig vorbereitet wurde (wobei die örtliche Begrenzung lediglich dem taktischen Vorgehen der Bullen geschuldet war), hatte sich vielleicht schon beim Besuch des US amerikanischen Aussenministers Haig 81 angekündigt. Nun aber fand eine militante Entgrenzung statt, die eine neue Qualität darstellte. Hier gab es nichts mehr zu vermitteln, der offene Hass durfte und musste sein. Zwar gesellschaftlich mikroskopisch, aber trotzdem im Willen zur Konfrontation visionär markierte eine nihilistische Tendenz ihr antagonistisches Anliegen. Es erschien erstmalig möglich, das der Beton doch brennen könne. Ohne eine soziale Bewegung im Rücken, die sich genötigt sieht, ihr Handeln mit gesellschaftlichen Mißständen zu legitimieren, konstituierte sich der unbedingte Wille zur Zerstörung .

Was folgte, war Jahre der Divergenz. Manche suchte die Nähe zu den Apologeten des Frontkonzepts, weniger aus einer geteilten Analyse heraus als aus dem Willen, Verbündete für den bedingungslosen Kampf gegen das Schweinesystem zu finden. Andere brachen zu regelmäßigen Ausflügen an die Mönchbruchwiesen im Hessischen auf. Die folgenden Jahre brachten regelmäßige Scharmützel mit den Bullen zu den beliebigsten Anlässen sowie diverse nächtliche Aktionen, bei denen regelmäßig mit Sprengstoff und zeitverzögerten Brandsätzen hantiert wurde. Viele aber verabschiedeten sich aus den aktionistischen Zirkeln. Ausbildungen wurden aufgenommen oder fortgesetzt, Familien gegründet oder es ging zurück ins Heimatkaff. Unter den Verbliebenen gab es jedoch weiterhin eine grundsätzliche Zirkulation von Ideen und Freundschaften und Connections wurden gepflegt. Man traf sich bei Vollversammlungen und im Specki, jedoch schmorte man weitgehend im eigenen Saft. Es kamen kaum neue Leute hinzu und Aktionen wurden, im Gegensatz zu den Zeiten der Besetzerbewegung, als von Zehlendorf bis Spandau Flugblätter verteilt und Bullenwache mit Feuer bedacht wurden, weitgehend nur noch in den Innenstadtbezirken gestartet. Trotzdem gab es zu immer wieder verbindliche militante Organisierungen, an denen sich viele hundert Menschen beteiligten, so z.B. anlässlich der Ermordung von Günther Sare oder bei den Aktionen gegen die Atom Industrie (Brokdorf, Wackersdorf).

Der 1. Mai 1987 brachte die Politik des Zusammentoßes wieder an die Oberfläche. Was in den Jahren zuvor durch kleinere Zusammenhänge propagiert und praktisch vorgelebt wurde, schlug nun in eine Vermassung um. Die existierenden militanten Kerne waren in der Lage, die Zusammenstösse mit den Bullen zu forcieren. An den Brennpunkten stiessen spontan jeweils hunderte Anwohner und Festbesucher hinzu, mit der Erfahrung aus den zahlreichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre wurde offensiv und strategisch vorgehend gehandelt, sodass den Bullen nur der grundsätzliche Rückzug blieb. In den folgenden zwei Jahren wurden bei jeder sich bietenden Gelegenheit Supermärkte zur Plünderung freigegeben (woran sich immer wieder etliche Anwohner beteiligten) und die Bullen permanent angegriffen, sodass diese (zu mindestens Nächtens) keine normalen Streifen mehr fahren konnten, sondern ihre Funkwagen bei ihren Fahrten durch den Kiez mit Wannen und Zivikarren

absichern mussten. Der Gegner wurde so gezwungen, permanent repressiv aufzutreten. Da sich die Gewalt der Bullen häufig unterschiedslos gegen alle richtete, die bei den diversen Gelegenheiten auf der Strasse waren, staute sich ein entsprechender Hass auf. Am 1.5.1989 wurde dann diese Rechnung beglichen.
Auf der Demo am Nachmittag gab es von Anfang an einen grossen vermummten Block, von Kreuzberg bis nach Neukölln wurden Wachschutzunternehmen, Supermärkte, Banken und Kaufhäuser angegriffen und geplündert. Als die Bullen ihre Einheiten endlich umgruppiert hatten und mit zahlreichen Hunderschaften seitlich der Demo auftauchten, wurde nicht an dieser Stelle die Konfrontation gesucht, sondern bis zum frühen Abend gewartet. Bei den folgenden Auseinandersetzungen in 36 wurde ein bestens vorbereiteter Gegner, der mit knapp 2000 Bullen im Einsatz war, massiv in die Enge getrieben. Hundertschaften mussten sich immer wieder im Steinhagel zurückziehen, überall brannten Barrikaden, Wasserwerfer und Räumpanzer wurde die ganze Zeit über mit Molotowcocktails bekämpft. Den völlig überforderten Bullen gelangen bei den Kämpfen, die bis tief in die Nacht gingen, nur 20 Festnahmen.

War sich die Szene bis Mitte der 80iger bei aller Bereitschaft zur Klüngelei und zum Sektierertum in den wichtigen Fragen weitgehend einig gewesen, so brach dieser Konsens angesichts der Auseinandersetzungen 1987ff auf. Während eine autonome Tendenz die Auseinandersetzungen weiter vorantreiben wollte, wähnte sich der andere Flügel erstmalig einer autonomen Realpolitik verpflichtet. Während die einen Supermärkte öffneten und dabei mit (oftmals migrantisch-proletarischen) Anwohnern gemeinsame Sache machten, initierten die anderen Kiezpalaver, auf denen man auf Angehörige der Alternativszene traf, die dabei waren, ihre Rolle im Verteilungskampf neu zu definieren. Diese Spaltung, die in der Regel auf beiden Seiten theoretisch nicht besonders unterfüttert war, spitzte sich im (notwendigen) antifaschistischen/antirassistischen Abwehrkampf, der der deutschen Wiedervereinigung folgte, zu. War es in den letzten Jahren (knapp) gelungen, dass diese Konflikte nicht handfest ausgetragen wurden, so kam es angesichts des Pogroms 1991 in Hoyerswerda zu direkten körperlichen Auseinandersetzungen während einer Demo bei der Frage, wie eine militante Antwort auszusehen habe. Diese Spaltung setzte sich angesichts des Pogroms 1992 in Rostock fort, als die Vertreter des autonomen Realo Flügels verbreiten liessen, dass man bei der Demo am Samstag nach dem Pogrom gegen alle vorgehen werde, die sich an Aktionen gegen jene Teile der Bevölkerung, die am Pogrom (aktiv/passiv) teilgenommen hatten, beteiligen würden. Ebenso kam es zu massiven Konflikten in der Frage legitimer antifaschistischer Praxis. Nachdem der Republikaner Funktionär Kaindl bei einer Auseinandersetzung in einem Restaurant in Kreuzberg durch Messerstiche tödlich verwundet worden war, wurde eine Grenzziehung in der Frage der legitimen Mittel eingefordert. An den Solidaritätsaktionen für die im Zuge der Ermittlungen Inhaftierten beteiligte sich nur ein Teil der Szene, anderen war eine öffentliche Distanzierung vordringlicher. Erst nachdem die neu aufgetauchten dogmatischen Zusammenhänge, aus denen später die AA/BO werden sollte, die Führung in der Antifa übernommen hatten, wurden diese Konflikte weitgehend bedeutungslos.

So wie der Punk die Ouvertüre für den Zyklus der autonomen Kämpfe dargeboten hatte, so gehörte ihm nun auch der Schlussakkord. Als sich zu Ostern 1995 fast 2000 Menschen zu einem Autonomen Kongress in Berlin trafen, gab es nur Rat- und Perspektivlosigkeit zu bilanzieren. Die Abschlussdemo war Jenen gewidmet, die sich aufgemacht hatten, jenseits der kleinen Welt der selbsternannten autonomen Strategen das dringenst Notwendigste zu tun: Den Abschiebeknast in Berlin- Grünau in die Luft zu jagen. Dieser zahnlose autonome Spaziergang zu Ostern, der sich in Solidäritätsbekundungen zur Aktion gefiel und sich nur im Habitus vom frömmlerischen Ostermarsch der Friedensbewegten unterschied, verhielt sich zur Initiative des K.O.M.I.T.E.E. wie eine Gehhilfe zu ein paar Rollerskates. Wie anders verabschiedete sich eine andere Bewegung im Spätsommer des selben Jahres in Hannover in die Geschichtsbücher. Lauthals brüllend und lallend wurden bei den Chaostagen Supermärkte geplündert und Bullenhundertschaften mit stundenlangen Steinhageln bedacht. Die ganze Angelegenheit war so inspirierend, dass sich hunderte von örtlichen Jugendlichen spontan anschlossen. Als ein Jahr später die unglaubliche Anzahl von 10.000 Bullen in die Stadt einfiel, hatten sich bis auf ein paar hartnäckige Trinker alle anderen vom Gedanken des Spektakels verabschiedet und die Bullen liefen ins Leere.



Raider heisst jetzt Twix

Jenseits der Dynamik der Bewegung gibt es nur noch das Elend der Konkurrenz. Jeder Event muss sich gegen andere Projekte behaupten. Da eine Hegemonie innerhalb der linken Zielgruppe unter den aktuellen Umständen nicht einmal mehr ansatzweise vorstellbar erscheint, versucht jeder etwas vom Markenkern Autonome abzugreifen, um sich am Markt zu positionieren. Schon die Antifa M in Göttingen gefiel sich darin, zu bestimmten Anlässsen in vollautonomer Tracht zu paradieren. Angetan mit Helm und Hassi wurde durch die Stadt gezogen und die Bullen liessen es gerne geschehen, wussten sie doch, dass hier ein neuer Ordnungsfaktor Einzug gehalten hatte, der die Epoche der "sinnlosen" nächtlichen Randalen in Göttingen beendete. Im Zweifel standen dann auch schon mal ein paar Maskierte vor der Deutschen Bank, damit diese nicht ihre Schaufenster verlor.

Diese Tendenz zur Ikonisierung schreibt sich bis in die jüngsten Konflikte ein. Wenn am 21.12.2013 Hunderte schwarzgekleidet und vermummt im Frontblock vor der Roten Flora stehen und fast eine halbe Stunde einfach nicht auf die Idee kommen, die kleineren Bullentrupps, die immer wieder direkt neben ihnen andere Teile der Demo angreifen, einfach mal zu attackieren (was diese Angriffe sofort und effektiv unterbunden hätte), dann bringt diese Angelegenheit das Elend der (Dress) Codes auf den Punkt.

Es gibt immer wieder Bilder, in denen sich der alte Biss als auch das postmoderne Elend abbilden. Als Andreas, Gudrun und Jan im Herbst 1977 bei Stuttgart zu Grabe getragen wurden, waren der Friedhof und die Straßen im Umkreis von Bullen mit umgehängter MP besetzt, überall Straßensperren errichtet worden. Noch während der Trauerzeremonie hing ein Bullenhubschrauber in der Luft. Trotzdem zogen Tausende zu den Gräbern, man sah GenossInnen mit Helm und Lederjacke ebenso wie die letzten Hippies, die ihre Kinder mitgebracht hatten. Im Winter 80 zog sich ein Zug von um die 10.000 durch die graue Lehrter Strasse in Berliner Stadtteil Moabit, um den Inhaftierten der Revolte vom 12.12. Grüße zu übermitteln. Obwohl das Terrain, das durch die Umzäunungen der Güterbahnhofes und den Mauern des Frauenknastes prädestiniert für einschließende Maßnahmen zu sein schien, den Bullen auch alle taktischen Vorteile versprach, war an diesen Nachmittag keine einzige Uniform zu sehen. Dabei gab es wohl zu jener Zeit in Berlin niemanden aus der Bewegung, der nicht von Bullen verprügelt oder verschleppt worden wäre. Die Gefangenensammelstellen der geteilten Stadt waren Orte der Zirkulation, des Austausches und des Kennenlernens und nicht des Schreckens und der Abschreckung, der Haftrichter ein (zu mindestens ferner) Bekannter.

Als sich im Sommer 2014 ein paar Leute aufmachten, den lustlosen squatting days in Hamburg etwas Leben einzuhauchen und aus einem besetzten Haus in der Breiten Strasse heraus die anrückenden Bullen mit Farbe übergossen und mit Pyrotechnik eindeckten, fanden sich zu einer Solidaritätskundgebung für Jene, die von Bullen einkassiert und beschuldigt wurden, gerade mal vierzig Menschen ein. Dass die bundesweite Antirepressionsdemo am 22. März 2014 zu einem totalen Flop wurde, obwohl im Vorfeld etliche Aufrufe aus den verschiedenen Spektren der radikalen Restlinken kursierten, war eben im Kern nicht den Unterschieden bei den vorbereitenden Gruppen geschuldet, sondern hier bildete sich eines der Hauptprobleme der derzeitigen Situation ab.

Der postautonomen Szene ist es gelungen, sich in ihrem theoretischen Zugriff auf die Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung hier weiterzuentwickeln. Im Gegensatz zur Situation in vielen anderen europäischen Ländern, in denen völlig überholte historische Ansätze gepflegt werden, war sie durch die Wiedervereinigung und der Formierung eines völkischen Mobs gezwungen, sich neu und anders in den gesellschaftlichen Widersprüchen zu verorten. Das sie dabei auf einen hermeneutischen Anspruch verzichtet, entspricht der kybernetischen Realität, die wir vorfinden. Auch wenn davon auszugehen ist, dass hier aus der Not eine Tugend gemacht worden ist, also keine bewusste Absage an allumfassende Erklärungsmuster getätigt wurde, erleben wir dies als Befreiung von theoretischem Ballast. (Das es immer wieder Rückgriffe auf marxistische Ansätze gibt, drückt aber auch das innewohnende Bedürfnis aus, sich in eine regressive Hermeneutik, die identitäre Sicherheit suggeriert, zurück zu flüchten.)

Gleichzeitig aber gelingt es ihr aber nicht mehr, sich gegen die vorherrschende Tendenz zur Atomisierung, zum individuellen Risikomanagement zu stemmen. Wenn wir über die derzeitige (unerträgliche) Situation reden, sind wir gezwungen, über Haltungen zu reden. Als am 02.11.1987 während einer abendlichen Auseinandersetzung in den Mönchbruchwiesen aus einer scharfen Waffe auf die Bullen geschossen und zwei dabei getötet wurden, hielt nicht nur in der Rhein Main Region die Szene den Atem an. Während eine Durchsuchungswelle im Hessischen anrollte und Dutzende sich und andere um Kopf und Kragen redeten, errichteten die Bewohner der Hamburger Hafenstrasse einen Barrikadenbereich um ihre Häuser. Tausende harrten hinter den Barrikaden aus, während aus dem gesamten Bundesgebiet um die 10. 000 Bullen zusammengezogen wurden, darunter Sondereinheiten wie die GSG 9, die sonst nur zur Bekämpfung von Guerillas eingesetzt wurden. Auch wenn beide Geschehnisse ihre Verwurzelung in regionalen Entwicklungen hatten, waren sich die Protagonisten doch immer verbunden gewesen. So wie die Entscheidung zum Errichten der Barrikaden rund um die Hafenstrasse aus der konkreten Situation vor Ort erfolgte, verhinderte das offensiv militante Auftreten doch gleichzeitig auch, dass die autonome Szene bundesweit angesichts der Schüsse und dem Aussage- Karussell in Schockstarre verfiel. Gerade vor dem Hintergrund der toten Bullen an der Startbahn war es eine äußerst bewusste Haltung, sich mit einem derart militanten Auftreten der Gefahr eines Angriffs auszusetzen, bei dem u.U. auch das eigene Leben in Gefahr geriet.

Wenn wir also über die Repression reden, reden wir über unsere Haltungen. Nur wenige aus der Szene haben einen Knast jemals von innen gesehen. Bei Auseinandersetzungen ist häufig eine unglaubliche Passivität zu beobachten. Wie nie zuvor gibt es eine hohe Fluktuation in den Gruppen und Zusammenhängen. Das Aufbegehren erscheint bei vielen nur noch als kurzer Lebensabschnitt, der die Pubertät verlängert. Auch kann in diesem Zusammenhang nicht über die Klassenzusammensetzung geschwiegen werden. Die bundesrepublikanische Linke war immer schon eine Mittelstandsangelegenheit. Allerdings gelang es sowohl Ende der 60iger, Anfang der 70iger über die

Treber- und Lehrlingsbewegung proletarische Jugendliche zu gewinnen, wie der Punk und die besetzten Häuser und Zentren Anfang der 80iger der Bewegung einen hohen Zulauf aus der Klasse bescherten. Die ausbleibende Bereitschaft, sich zu konfrontieren, ist auch der Tatsache geschuldet. sich im individuellen Positionskampf im prekären Spätkapitalismus keine zukünftigen Chancen verbauen zu wollen. Selbst bei Jenen, denen zu unterstellen ist, dass sie es ernst meinen, ist deutlich eine Risikoabwägung zu beobachten. Der Rückzug auf nächtliche Kleingruppenaktionen erfolgt nicht nur, weil es immer schwieriger geworden ist, sich auf der Straße gegen die Bullen zu behaupten, sondern auch, weil diese Aktionsformen mit einem wesentlich geringeren Risiko behaftet sind.

Jenseits des Spektakels – Jenseits des Milieus

Die linke Politik der Identität ist am Ende. Zwangsläufig. Identität ist der zentrale Begriff der Postmoderne. Alles wird aufgesaugt, auf Verwertbarkeit abgetastet. Subkultur ist der neue Mainstream. Die Differenz ist die neue Mode. Der binäre Code erscheint (fast) allumfassend. Was bleibt, ist die Suche nach den Orten, an denen das Rauschen überhaupt möglich erscheint. Ohne Zweifel gibt es Gesetzmäßigkeiten und Strukturen, die nicht auflösbar sind ohne ein grundsätzlich anderes System. Die Besitzverhältnisse gehören ebenso dazu wie der Staat und sein Gewaltmonopol, auch wenn dieses an private Repräsentanten delegiert werden kann. Oder in failed states durch andere Macht Optionen wie Gangs, Milizen, o.Ä. ausgeübt wird. Deshalb ist der Angriff auf den Staat, der Angriff auf die Bullen eine Regung, die nicht integriert werden kann, nicht das System modernisiert und noch unangreifbarer macht.

D.h. jeder Ansatz, der es ernst meint mit der Tendenz zur Aufhebung, muss zwangläufig in der strategischen Ausrichtung auf die Konfrontation, auf den Zusammenstoß abzielen, auch wenn er in der taktischen Natur anfänglich andere Wege gehen kann, weil die eigenen Kräfte zu schwach, zu zersplittert, zu unorganisiert sind. Dabei gilt es die vorhandenen Möglichkeiten auch wahrzunehmen. Nur in diesem Sinne macht die Beteiligung an den vom Bewegungsmanagement initiierten Events Sinn. Es wird ein Raum aufgemacht, um sich in der Aktion zu finden, praktische Erfahrungen zu sammeln, Erfolge gegen die Ohnmacht zu organisieren. Der M31 in FFM war ein gelungenes Beispiel dafür, wie so etwas jenseits des anvisierten Spektakels funktioniert, die folgenden blockupy Aktionstage waren dann wieder genau jene Reproduktion von Ohnmacht und Protest. Generell gilt es jene Spektakel zu meiden, ja zu denunzieren, wenn es nicht möglich ist, sie zu nutzen.

Die Möglichkeiten, jenseits des Spektakels eigene Massenaktionen zu kreieren, sind sehr begrenzt. In Berlin gab es die Demo zum zehnten Jahrestag der Ermordung von Carlo und die unangemeldete Demo zum Bullenkongress Anfang 2013. Zu beobachten waren auch hier eine weitgehende Passivität jenseits einiger vorbereiteten Zusammenhänge und ein Gegner, der schnell taktisch dazulernt und solche Aktionen innerhalb kürzester Zeit so unter Kontrolle bekommt, das nur noch demonstrative – oder Kleingruppen Aktionen möglich sind. Ebenso auffällig war, das es nicht gelungen ist, Menschen außerhalb der Szene zu mobilisieren, die tendenziell bullenfeindlich eingestellt sind und z.B. am 1. Mai anwesend sind. Dies erklärt sich u.a. relativ simpel aus den gewählten Aufhängern für diese selbstbestimmten Aktionen. Weder Genua 2001 noch der Polizeikongress haben unmittelbar etwas mit der sozialen Realität jener Leute zu tun.

Aber auch wenn es ausnahmsweise gelingt, konfrontativ in einer sozialen Auseinandersetzung zu intervenieren, wie dies bei den Aktionen 2013 in Hamburg zur Situation der Lampedusa Gruppe und der Flora geschah, hinkt die taktische und strategische Bestimmung, sofern von einer solchen überhaupt geredet werden kann, hinter dem Mut und der Entschlossenheit der handelnden Subjekte zurück. Das Ultimatum an den Hamburger Senat, die rassistischen Kontrollen gegen die Flüchtlinge einzustellen, verknüpft mit der Ankündigung, dass es sonst krachen würde, war ebenso zeitlos atemberaubend wie wegweisend. In den folgenden Wochen gelang es mit unangemeldeten Demos, die häufig militant verliefen, nächtlichen Flash Mobs und zielgerichteten Attacken auf Wohnhäuser von politisch Verantwortlichen, den Senat vor sich her zu treiben. Dass sich an zwei sehr kurzfristig organsierten Massendemos jeweils fast um die 15.000 Leute beteiligten, geschah nicht trotz der militanten Geschichten, sondern genau im Bewusstsein, dass diese selbstverständlicher Teil der aktuellen Auseinandersetzung waren. Dazu brauchte es nicht extra die (auch gerade) in Hamburg sehr regen Netzwerke, sondern eine Betroffenheit, die sich nicht in ohnmächtigen Apellen erschöpfen wollte, sondern nach Wegen suchte, soviel Druck aufzubauen, dass die Flüchtlinge nicht mehr bedroht waren.

Als sich die Floristen entschieden, u.a. gegen die Möglichkeit eines warmen Abrisses durch den formalen Eigentümer, zu einer bundesweiten Demo zu mobilisieren, fanden sich Tausende aus den Resten der (teilweise antagonistischen) Linken ein. Aber auch hier zeigte sich erneut die Unfähigkeit, taktische und strategische Überlegungen jenseits der politischen Vermittlung zu treffen. Der Zeitpunkt kurz vor Weihnachten barg in sich das (eingetretene) Risiko, dass nach der Demo erst einmal die Luft raus wäre und der Auftaktort in der Schanze war für die Bullen ein taktische Geschenk (so gelang es ihnen 10.ooo Leute mit ein paar Hundertschaften in den Griff zu bekommen). Für die angekündigten Aktionen in der Innenstadt gab es keine konkreten Vorstellungen, was nach einem Verbot passieren solle. Was kurze Zeit später folgte, war das Trauerspiel der "Klobürsten Revolution". Unter den Vorwand eines (erfundenen) brutalen Angriffs auf

Bullen vor der Davidswache gingen die Bullen dazu über, in dem Gebiet, in dem in den letzten Wochen die nächtlichen Aktionen stattgefunden hatten, alle zu kontrollieren, die ihnen "relevant" erschienen. Militante Aktionen sollten damit ebenso unterbunden werden, wie spontane, unkontrollierte Aufzüge. Schnell driftete der Diskurs in Richtung Bürgerrechte, während die Zielsetzung dieser Aufstandsbekämpfungsmaßnahme im Eigentlichen schnell erreicht wurde, weil keine nächtlichen unkontrollierten und militanten Aktionen mehr stattfanden. Der "Sieg der Demokratie", also die Aufhebung der "Gefahrengebiete", beerdigte zugleich die wohl beeindruckenste spontane Mobilisierung der letzten Jahre in der BRD.

Wir haben ein Jahr der Ohnmacht und der Lähmung hinter uns. Die zahllosen Gruppen des Spektakels haben sich aufgelöst, umgruppiert und umbenannt (ALB, ARAB, Kritik und Praxis FFM, etc…). In Berlin ist die Szene in Stockstarre verfallen, sowohl zur Räumung des Oranienplatzes als auch zur Belagerung der Ohlauer ist ihr nichts Gescheites mehr eingefallen. Nachts brennen Bullenkarre und werden Projekte der Aufwertung entglast, ohne dass sich daraus eine politische oder soziale Perspektive ergibt. Dies ist kein Vorwurf an die nächtlichen GefährtInnen, sondern nur eine ebenso realistische wie trostlose Bilanzierung. Das (fast) alles anders und neu gedacht werden muss, ist ebenso ein Allgemeinplatz, wie zutreffend. Der linke Kanon ist am Ende, eigentlich schon seit Jahrzehnten, erstaunlicherweise scheint aber die Mehrheit der linken Akteure genau dies nicht wahrhaben zu wollen. Dies gilt sowohl im globalen wie im lokalen Kontext. In den Revolten in Nordafrika und Nahost spielten die Linken ebenso keine bis eine total marginalisierte Rolle wie bei der Revolte in Bosnien. In Berlin ergeht sich eine ebenso überschaubare wie zahnlose Ansammlung von Aktivisten in Stadt von unten, ohne dass die integrative Kraft, die z.B. von einer Abstimmung über die Zukunft des Tempelhofer Feldes ausgeht, auch nur ansatzweise hinterfragt wird. Aktionsformen stehen ebenso beliebig nebeneinander wie Begrifflichkeiten. Community Organizing wird z.B. allen Ernstes als mögliche "linke" Perspektive diskutiert. Wer will sich schon dezidiert mit der Modernisierungsfunktion solcher Modelle auseinandersetzen, wo "irgendwie in Bewegung sein" das neue ebenso beliebige wie identitäre Credo ist. Die deutschen Gewerkschaften sind da schon viel weiter, sie nutzen mittlerweile Community Organizing in Pilotprojekten, um ihren sozialpartnerschaftliche Politik auf die Höhe der Zeit zu stemmen. (By the way: Obama kommt da übrigens auch her und H. Clinton hat ihre Bachelor-Arbeit über dieses Thema geschrieben).

Wir befürchten, wir kommen um eine Anstrengung theoretischer Natur nicht herum, wenn antagonistische Politik mehr als sein als will als eine aktivistisch/militante Begleitmusik. Zu fragen wäre z.B., wer denn unsere (eigentlichen) "Bündnispartner" sein könnten, um zumindestens ansatzweise unser totale gesellschaftliche Isolierung zu durchbrechen. Wie können mögliche (temporäre) Zusammenschlüsse aussehen, die sich auf Augenhöhe begegnen und nicht als Networking funktionieren. Dabei gilt es mit dem Unsinn aufzuräumen, dass man den Leuten hinterher rennen muss, es gilt die missionarische Attitüde abzulegen. Wo man authentisch auftritt und sich die Menschen in ihrer sozialen Konfliktualität abgebildet sehen, kommt man (fast) von selbst zusammen.

Die Kämpfe gegen das Frontex System, die Unterstützung der Menschen, die es bis hierher geschafft haben, die Intervention gegen eine faschistisch/rassistische Mobilisierung gegen Flüchtlinge, ist mittlerweile der Schwerpunkt der Szene in Berlin. Das Elend ist nur, dass es ihr dabei nicht gelingt, dass sich hier Kämpfe(nde) auf Augenhöhe begegnen. Wie es anders gehen könnte, hat der gemeinsame Kampf von Flüchtlinge aus Tunesien mit anarchistischen GenossInnen im Frühjahr 2011 in Paris aufgezeigt, dessen Erfahrungen auf deutsch unter dem Titel: "Diskurs über die Methode – Der Kampf mit den Harragas in Paris" im Herbst 2013 veröffentlicht wurden (1), ohne hier auf eine relevante Resonanz zu stoßen.

Wie immer, wenn es ein Elend mehr als nur zu beschreiben gilt, ist die Frage unverzichtbar, wer denn welches Interesse daran hat, dass die Strukturen so sind, wie wir sie vorfinden. Wenn wir über refugee fighter und UnterstützerInnen reden, reden wir über eine Aufteilung, von der offensichtlich alle Beteiligten ihren Gewinn haben. Während so Vieles an Kämpfen und Erfahrungen der letzten Jahrzehnte in der Szene in Vergessenheit geraten ist, werden tradierte Codes und Positionen scheinbar ins kollektive Bewusstsein eingeschrieben. Die Waffe der Kritik wird dabei durch die Waffe der Moral ersetzt. Die Analyse der sozialen Verortung eines Jeden dient dann letztendlich nur dazu, im internen Frontverlauf Stellungen besetzen und behaupten zu können. Der Diskurs kreist um die Schuld, statt danach zu fragen, wie denn Verantwortung zu tragen, aussehen könne. Aufgeladen mit Kolonialgeschichte und Sklaverei, der andauernden Ausplünderung und Ausbeutung des Trikonts werden Rollen und Sprechorte gesucht und gefunden, die für alle(s) taugen, nur nicht dafür, gemeinsame Kämpfe führen zu können. Die selbstgewählte Festlegung auf eine passive Rolle, die Reduktion auf UnterstützerInnen sorgte u.a. dafür, dass es für eine mögliche Räumung des Oranienplatzes keine eigenen strategischen Überlegungen gab. Ebenso gab es keine wirkliche (kritische) Intervention in die Verhandlungen mit den staatlichen Stellen, als deren Ergebnis es dann zur

Räumung des Platzes im wesentlichen durch einen Teil der Flüchtlinge gegen einen anderen Teil kam.

Bilder sind mächtig. Die Bilder von massiven körperlichen Angriffen von Flüchtlingen gegen die Flüchtlinge, die nicht bereit waren, den Platz zu räumen, waren ohne Zweifel absolut wirkungsmächtig und der Punkt, an dem der Kampf gegen das Lagersystem und gegen die Abschiebungsmaschine endgültig vom offensiven Charakter in einen Abwehrkampf kippte. Nun trieb der Staat die Bewegung vor sich her. Mit der Belagerung der besetzten Schule in der Ohlauer konnte eine polizeiliche Notstandsübung durchgesetzt werden, ohne auf mehr als Protest zu stoßen. Nur weil die in der Schule Verbliebenen bereit waren, ihr Leben in die Waagschale zu werfen, kam es (vorübergehend) nicht zur endgültigen Räumung. Die gewalttätigen Angriffe auf dem Oranienplatz haben vieles vergiftet, dass dies so nicht öffentlich benannt wurde, kommt einem Offenbarungseid gleich. Dass das dann als Ergebnis kolonialistischer Spaltungsstrategie verkauft wurde, erzählt viel darüber, wie weit wir davon entfernt sind, Menschen als Subjekte wahrzunehmen, die für ihr Handeln in allem verantwortlich sind.

Für einen bewussten Nihilismus

Das System ist seiner Selbst überdrüssig. Als Der Kommende Aufstand Ende 2009 auch auf deutsch erschien, geriet das Feuilleton in Verzückung. Zu lange hatte man den monotonen, sich wiederholenden Variationen einer totgeweihten Kultur gelauscht, die nichts wirklich Neues mehr hervorzubringen in der Lage war. Vor Langeweile war man geneigt, mit dem Umsturz zu liebäugeln, damit endlich ein bisschen Leben in die Bude kam. Entsprechend euphorisch wurde sich auf die Revolten in Nordafrika und Nahost gestürzt, der "Arabische Frühling" entdeckt und besungen. Zeitgleich entdeckte das Milieu Licht am Ende des Tunnels, die Krise wurde zur finalen Angelegenheit erklärt und das Ende des Kapitalismus verkündet. Jede Revolte der letzten Jahre war nun aber endgültig die Ouvertüre für den finalen Sturm. Die nicht mehr so taufrischen LeserInnen dieser Zeilen werden sich vielleicht noch an das alljährliche Interview mit dem trotzkistischen E. Mandel im Arbeiterkampf erinnern, in dem er geschickt zu erklären wusste, warum denn nun der Niedergang des Systems unmittelbar bevorstehe. Warum dies nun aber auch wirklich eintreten werde, auch wenn er Selbiges bereits schon im letzten Jahr behauptet habe, dies auch leider ausgeblieben sei, ja dass stimme, aber nun da er alles noch einmal überarbeitet habe, voila: es gebe keine andere Möglichkeit.

Jenseits des Kopfschüttelns bleiben wir mit der Frage zurück, was denn nun zu tun sei. Selbstverständlich haben auch wir darauf keine Antwort. Wir können nur vorschlagen, die Such-und Tastbewegungen der letzten Jahre genauer unter die Lupe zu nehmen, insbesondere um ihre Dynamiken und Begrenzungen zu verstehen. Der Aufstand gegen Mubarak sah Millionen auf den Straßen, die Moslembrüder wurden durch die Militär Junta abgelöst, die den Schwung erneuter Massenproteste mitnahm und gleichzeitig damit auch beendete. Philip Rizk schrieb erst kürzlich in seinem Beitrag 2011 ist nicht 1968: Ein offener Brief aus Ägypten (2) : "Es gab keine Ideologie außer der der Verzweiflung, das unerträgliche Gewicht der Heuchelei, und die Begrenztheit einer Bevölkerung, die in Ablehnung dazu lebte." Wir denken, dass der Prozess in Ägypten beispielhaft für die derzeitige Epoche ist. Gerade, weil er nicht in einen Bürgerkrieg mündete und weil das Militär Regime, allen Konflikten mit den islamischen Fundamentalisten zum Trotz, scheinbar so fest im Sattel zu sitzen scheint. Der soziale Krieg, dem wir alle unterworfen sind, ruft Revolten hervor, die nicht mehr wie in früheren Jahren auf Provinzen und Regionen begrenzt sind, denen es allerdings auch nicht gelingt, die nationalstaatliche Verfasstheit zu überwinden. Und im Gegenteil auch noch tausendfach mit dem Wimpel des Terrains auf die Straßen und Plätze zieht. Dies war in Ägypten genauso der Fall wie auch während der Revolte in der Türkei. Wobei dies sich überwiegend nicht aus einer manifesten ideologischen Haltung speist, sondern eben gerade auf die weitgehende Abwesenheit von Ideologie verweist.



Das Hauptproblem der Linken mit der Epoche der Aufstände ist deren Diffusität und Widersprüchlichkeit. Der Aufstand der Jugend in den Banlieues 2005 fand ebensowenig Unterstützung aus den linken Milieus wie die Unruhen, die 2013 England erschütterten. Auch in Griechenland, in dem die Zeit für die Linke lange Zeit stehen geblieben zu sein schien (mit allen Vor- und Nachteilen), entstand etwas neues: "Der aktuelle Nihilismus der Jugendlichen erwächst nicht aus dem Nichts. Er ist eine Reflektion des totalen Versagens von Widerstand und Kapitalismus gleichermaßen. Viele sehen keine Alternative und wollen nichts anderes als die komplette Zerstörung der Bestie, die sie ernährt: die Stadt. Diese Ansichten zu unterstützen, ist sehr schwer. Für Menschen, die einen sozialen Wandel, eine radikale Umgestaltung oder einen drastischen Wechsel wollen, hört sich die Idee der totalen Zerstörung verrückt an. Dezember 2008 wurde wohl von bewussten Akteuren, die sich sorgfältig Ziele auswählten, unterstützt, aber der destruktive Antrieb von allen, die an den Aktionen teilnahmen, bestimmte die Aktionsform. Dieser Antrieb mag durch verschiedene Ideologien geformt oder kanalisiert worden sein als der Aufstand vorbei war, aber ihr Kern war unkontrollierbar." (Uncontrollable – Contributions Towards a Conscious Nihilism) (3)

Der Wahnsinn an der ganzen Angelegenheit ist, dass das treibenste Motiv sowohl für die überzeugten Anhänger wie für die bewussten linken Gegner des Systems im Kern identisch ist. Die Angst treibt beide Facetten des Widerspruches vor sich her. Die Pro-

pheten des historischen Materialismus kannten schon immer scheinbar die Gestalt der zukünftigen Gesellschaft, die den Kapitalismus ablösen werde, ja sie verfügten sogar über ein exklusives Wissen darüber, wie denn die Übergangsstadien sich gestalten würden. Nun, da dieser Tranquilizer gegen die allgegenwärtige Angst seine Wirkungsmächtigkeit verloren hat, weil niemand weiß, was kommen wird, liegt das Feld der Visionen brach. In der postmodernen Welt mit all



ihren Atomkraftwerken, Bio Waffen, der immer weiter zunehmenden Abhängigkeit von der digitalen Realität, ist die Angst vor dem Unbekannten wirkungsmächtiger als jeder Wunsch danach, dass der Wahnsinn, der unsere Welt beherrscht, endlich aufhören solle. Die GenossInnen aus Frankreich vom Unsichtbaren Komitee sahen die Zukunft der Revolte jenseits der Auseinandersetzungen in den Zentren der Macht. Wir bezweifeln, ob dies angesichts der realen Konzentration an politischer und ökonomischer Macht, an formellen und informellen Schaltstellen an eben jenen Orten wirklich möglich ist, wenn man mehr als nur eine Haltung einnehmen will. Auch sind die Städte weiterhin meistens der Focus der Revolten, d.h. auch, hier treffen wir auf jene Subjekte, die, zumindest temporär, den allumfassenden Frieden aufkündigen.

In Wirklichkeit gibt es keine allgemeine Blaupause, für das, was kommen wird oder soll. Die Komplexität der Bedingungen, die wir alle vorfinden, machen es unmöglich, eine allumfassende Vision der Form zu entwickeln. Was uns bleibt, ist die Ebene der Beziehungen. Die Kultur des Individualismus, die sich bis weit in das linke Milieu eingegraben hat, muss dazu überwunden werden. Es gibt für all das, was uns tagtäglich bedrängt, keine individualisierte Lösung. Die Drogen, die Therapie, die Selbstverwirklichung, die Sehnsucht nach dem Ausstieg sind nur Krücken, mit denen wir uns durch das, was vom Leben noch übrig bleibt, humpelnd fortbewegen. Die Versuche, kollektive Strukturen aufzubauen, taugen nichts, wenn sie versuchen, sich nur in ein Außerhalb zu verorten, dass es garnicht gibt. Alles muss zerschlagen werden. Angesichts der Angst, die diese Vorstellung auslöst, gibt es nur eine Möglichkeit. Nur in der Revolte, im Aufstand, entstehen jene Beziehungen, jene sozialen Bezüge, die den Gedanken an eine Aufhebung überhaupt als Idee am Horizont ermöglichen. Dies ist im Übrigen genau jene Erfahrung, die all Jene schon gemacht haben, die schon einmal eine Revolte erlebt haben.

Wie durch einen Zauber erscheint inmitten all der Härte der notwendigen Konfrontation gegen den Feind jene Geschwisterlichkeit, die uns durch die Nacht trägt. Lösen sich all die nichtigen Differenzen auf, endet die Herrschaft der Konkurrenz. Entsteht jene Nähe und jenes nicht berechnende Vertrauen, das als einziges Mittel gegen die allgegenwärtige Angst wirkungsmächtig ist. Dazu braucht es den Mut, sich auf Ungewohntes einzulassen und nicht in der Überschaubarkeit des Milieus zu verharren. Von all dem reden wir, wenn wir von einem bewussten Nihilismus sprechen. Der nichts, das sei an dieser Stelle auch angemerkt, mit dem gemein hat, was als neue sektiererische anarchistische Tendenz mit Briefbomben und ähnlichem Schwachsinn sein trotziges, eigensinniges Süppchen kocht.

Liebe, Hoffnung, Krawall

Viele meinen in den Handelnden der Revolten und Aufstände der letzten Jahre neue Akteuren auszumachen. Verwundert wird registriert, wenn z.B. die Ultras bisher bis auf Blut verfeindeter Clubs in Ägypten oder der Türkei sich gegen die Bullen und den Staat verbünden und zu den wichtigsten militanten Kernen bei den Schlachten mit den Bullen werden. Dabei war es schon immer so. Nur ist die überlieferte linke Geschichtsschreibung in diesem Punkt kongruent mit den Erzählungen der bürgerlich Geschichtswissenschaft. Aufstände und Revolutionen werden meistens von (relevanten) Minderheiten veranstaltet, in denen die (organisierte) Linke im allgemeinen wiederum eine Minderheit ist. Da sich die Geschichte im allgemeinen vom Ergebnis her schreibt, bleibt die Darstellung des Anteils des Pöbels eher bescheiden, außerdem ist seine Rolle im Falle eines erfolgreichen Umsturzes eh nur die eines Steigbügelhalters für die neuen Machthaber. Die Verachtung für das Subproletariat zieht sich, mit wenigen Ausnahmen, durch die Geschichte der kommunistischen/sozialistischen Parteien und Gruppierungen. Dass Jene, die darum wissen, dass eine mögliche Transformation ihnen nur neue Herren bescheren wird, trotzdem umso entschlossener in die Auseinandersetzung eintreten, verweist auf den philosophische Kern jeder Revolte der Habenichtse. Sich der Absurdität ihrer Situation durchaus bewusst, bleibt ihnen

nichts anderes übrig, als sich trotzdem immer wieder für die Auseinandersetzung zu entscheiden, wenn sie Subjekt ihres eigenen Leben sein wollen.

Die Gründer der RAF wussten darum, als sie anfingen mit den Rebellen der Erziehungsheime zu arbeiten, bevor sie eine neomarxistische Kehrtwende vollzogen und sich jenseits der Praxis ideologisch nicht im wesentlichen von den diversen K Grüppchen unterschieden. Bevor auch all die Anderen entweder den Gang durch die Institutionen antraten oder eben in jenen K Grüppchen landeten, gab es eine rege subversive Praxis: "Diese Basisströmungen hatten viele Namen und operierten an vielen Orten: umherschweifende Haschrebellen in West-Berlin, Black Panther-Komitees im Raum Frankfurt, Weiße Rose und Deserteurgruppen im Raum Hamburg und Hannover, Sozialistisches Patientenkollektiv in Heidelberg. Genauso vielfältig waren ihre Aktionen: Transporte und Papierbeschaffung für desertierte GIs und Bundeswehrsoldaten, Sprengstoffanschläge auf Einrichtungen und Depots der Besatzungsmächte, Aktionen gegen Erziehungsheime und Knaste, Angriffe auf die psychiatrischen Krankenhäuser, Zerstörung von Rüstungsproduktion für die portugiesische Kolonialmacht, Ausräumen von Generalkonsulaten terroristischer Regimes, Klauen und Veröffentlichen von Geheimdokumenten, Lahmlegen des Fahndungsapparats der Polizei, Geldbeschaffung für Alternativprojeke. In diesen Jahren war die Subversionsmentalität noch allgemeiner Bestandteil der Bewegung, wenn auch nicht ihrer selbsternannten Studentenavantgarden: auch die einkommenslosen Studenten eigneten sich gemeinsam an, was sie brauchten; ihre Gegenkultur stimmte in vielem mit dem Verhalten der subproletarischen Jugend der Vorstädte überein. Das 'Agit 883' der ersten drei Redaktionen wurde durchaus auch von den Gangs und in den Jugendzentren der Trabantenstädte gelesen" (Die historische Bedeutung der RAF, Karl- Heinz Roth).

Auch in der Entstehungsphase der Autonomen, um auf den Anfang dieses Textes zurückzukommen, stießen all jene ausgesteuerten Jugendliche, die für sich keine Perspektive in der alltäglichen Schinderei sahen, zur Bewegung hinzu. (Der Vater von Klaus Jürgen Rattay, der von den Bullen am 22.09.1981 im Zuge der Räumung von acht besetzten Häusern in den fließenden Verkehr und damit in den Tod getrieben wurde, gab später in einem bewegenden Interview zu Protokoll, sein Sohn habe mit seinem Ausstieg aus dem Wahnsinn der vorprogrammierten Erwerbsbiografie alles richtig gemacht. Er selber habe sein ganzes Leben lang malocht und deshalb seine Familie kaum zu Gesicht bekommen oder sei zu erschöpft gewesen, um die Zeit mit ihr genießen zu können.) In Westberlin konnte damals jeder in irgendeinem besetzten Haus unterkommen, wenn er oder sie es wollte. Im (teilweise) kollektiven Alltag wurde geklaut und organisiert, Kohle aus kurzen Jobs oder vom Amt wurde zusammengeschmissen, Gebrauchsgegenstände wie Fahrräder oder Autos konnte von allen genutzt werden. So war auch das Verhältnis zum besetzten Haus: Ein Gegenstand, der nur dazu diente ein Dach über den Kopf zu haben und an den man sich nicht band. Heute wohnte man hier, in vier Wochen vielleicht schon woanders. In der Debatte über die Frage, ob und wie man mit dem Staat über die Häuser verhandeln solle und die dann ja auch zur Spaltung der Hausbesetzerbewegung in Westberlin führte, bildete sich im übrigen auch die Klassenherkunft ab. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind jene "Hausprojekte", die sich nach entsprechenden Vertragsabschlüssen heute noch finden lassen, damals von Kindern der Ober-und Mittelschicht besetzt worden.

Das Problem, dass wir heute vorfinden, ist, das sich jene Ausgesteuerten, die vielleicht bereit wären, mit uns gemeinsam Die Nächte in Brand zu setzen, sich in dem, was die Linke initiiert, gar nicht wiederfinden, oder wenn sie nicht auf die Initiative der Linken warten, alleine gelassen werden. Und für diese Beobachtung muss man nicht nach Frankreich oder England schauen. Als sich im Sommer 2013 mehrere hundert (überwiegend) Jugendliche im Hamburg Altona gegen die ständigen Kontrollen der Bullen zu wehren begannen, waren praktisch keine Leute aus der so großartig vernetzten Hamburger Linken Vorort, ja etliche haben nicht einmal mitbekommen, was nur wenige hundert Meter von ihren Szenetreffpunkten entfernt vor sich ging. Aber es gibt auch löbliche Ausnahmen, wie die Zusammenarbeit mit den Freunden und der Familie von Denis, der in der Silvesternacht 2008 von den Bullen bei Berlin erschossen wurde. Gemeinsam wurden zahlreiche Veranstaltungen und Demos organisiert, neue Freundschaften entstanden und begleitet wurde das ganze von mehreren nächtlichen Angriffen auf Bullenstationen– und wagen.

Wenn wir also heute den Rückblick auf die Geschichte der Autonomen unternehmen, dann nicht um ein nostalgisches Bedürfnis zu befriedigen, sondern um daran zu erinnern, wie Kämpfe so geführt werden können, dass sich etwas jenseits der Szene ereignet, bzw. die Szene sich selber überflüssig macht, weil es dann weder ein reales Bedürfnis nach ihrer Existenz gibt, noch ihre starren Kategorien der Dynamik einer sozialen Bewegung oder Revolte gerecht werden. Wenn wir also von den Möglichkeiten sprechen, sprechen wir von den Orten, an denen diese Möglichkeiten denkbar sind. Ohne Zweifel ist einer dieser Orte nach wie vor die Straße. Nur hier kann die Konfrontation bewusst gesucht werden. Wobei es darum geht, nicht neue Ohnmacht zu produzieren, sondern sich unter den gegebenen taktischen Bedingungen Handlungsfähigkeit zu erkämpfen.

Der Frieden ist trügerisch, das wissen alle. Es ist nur die Frage, ob sich der Hass, der Ekel, über das, was wir vorfinden, sich gegen sich selbst richtet oder gegen die Zustände, die unzumutbar sind. Identitäre Codes sind dabei Teil des Problems, nicht der Lösung. Es muss zumutbar sein, gesellschaftliche Widersprüche nicht im konkreten scheinbar auflösen zu können, sondern in der Begegnung auf Augenhöhe die konkrete rassistische, sexistische und homophobe Scheiße konsequent und ohne moralische Überlegenheit zu benennen. Als in der Revolte 2013 in der Türkei die Ultras und die LGBT Szene im Gasnebel gemeinsame Tränen vergossen, war dies der Beginn einer wunderbaren Freundschaft. Um nicht weniger geht es. Sich finden – Organisieren – Aufstand.

Autonome aus Berlin

(1) Diskurs über die Methode – Der Kampf mit den Harragas in Paris: https://linksunten.indymedia.org/de/node/94523

(2) 2011 ist nicht 1968: Ein offener Brief aus Ägypten: http://translationcollective.wordpress.com/2014/03/31/2011-war-nicht-196... und AB Nr.

(3) Unkontrollierbar: Beiträge zu einem bewussten Nihilismus: http://de.contrainfo.espiv.net/2011/06/08/unkontrollierbar-beitrage-zu-einem-bewussten-nihilismus/

(4) Die historische Bedeutung der RAF, Karl- Heinz Roth: http://www.trend.infopartisan.net/trd0507/t180507.html

Flucht ist kein Verbrechen - neuen Gesetzentwurf stoppen!

Folgender Aufruf erreichte uns bereits vor einigen Wochen. Wir haben Stellen, die sich auf damals noch in der Zukunft, heute aber in der Vergangenheit liegende, Beschlüsse beziehen, leicht gekürzt.
Am Ende findet ihr eine kurze Information zum aktuellen Stand.

Die rassistischen Zustände spitzen sich zu. Während es seit Jahren selbstorganisierte Kämpfe von Geflüchteten und Unterstützer*innen gibt, formieren sich in verschiedenen Städten rassistische Bürgerinitiativen. Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten nehmen zu. In der öffentlichen Debatte wird ein „Flüchtlingsproblem" heraufbeschworen.

Das Bundesinnenministerium trägt seinen Teil dazu bei und will nun die rechte Hetze in Gesetzesform gießen. In den nächsten vier Wochen soll die gravierendste Verschärfung des Asyl- und Aufenthaltsgesetzes seit der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl Anfang der 90er Jahre verabschiedet werden. Und kaum jemand spricht darüber!



Durch die geplanten Gesetzesänderungen werden Menschen ohne deutschen Pass weiter kriminalisiert und stigmatisiert. Die willkürliche, schon in der hetigen Praxis fest verankerte Unterscheidung zwischen legitimen und illegitimen Fluchtgründen soll ausgebaut werden. Konkrete solidarische Hilfe würde nahezu unmöglich gemacht.
Für die Betroffenen hieße das: Massenhafte Inhaftierungen, Ausweitung von Arbeitsverboten und Leistungskürzungen sowie ausweglose Kettenduldungen anstatt eines dauerhaften Bleiberechts.

Noch ist es möglich, dass eine breite Bewegung das rassistische Vorhaben zu Fall bringen kann. [...] Wir wollen mit diesem Aufruf die fatalen Konsequenzen dieses Gesetzesentwurfs bekannt machen und rufen zu einem breiten Widerstand auf. Werdet jetzt aktiv!

Das sind die schwerwiegendsten Auswirkungen:

1. Kriminalisierung und Massen-Inhaftierung von Asylsuchenden

Das geplante Gesetz soll definieren, was eine „erhebliche Fluchtgefahr" ist. Dabei wird diese sehr breit definiert. Im Ergebnis fallen dann alle Personen darunter, die auf ihrem Weg in die BRD in einem anderen EU-Staat offiziell registriert wurden. Da es fast nicht möglich ist, in die BRD zu flüchten, ohne einen anderen EU Staat zu durchqueren, trifft dies derzeit auf 2/3 aller Asylsuchenden zu. Zusammen genommen mit den bisherigen Haftgründen, können de facto alle Geflüchteten inhaftiert werden. Mit dem Gesetzesvorhaben wird Flucht zu einem Verbrechen gemacht und Inhaftierung zur Regel.



2. Generelle Unterstellung des Sozialhilfebetrugs für abgelehnte Asylsuchende

Nach dem Gesetzesentwurf wird Geflüchteten, deren Asylanträge als „offensichtlich unbegründet", „unbeachtlich" oder „unzulässig" abgelehnt wurden, pauschal Sozialhilfebetrug vorgeworfen. Dabei wird ein Asylantrag beispielsweise schon dann als „offensichtlich unbegründet" abgelehnt, wenn er nicht fristgerecht gestellt wurde.

Welche Personengruppen aus welchen Staaten im Asylverfahren anerkannt werden und welche nicht, unterliegt ohnehin weitgehend politischen Entscheidungen. Das wurde zuletzt mehr als deutlich bei der Vorgabe des BMI, die Asylanträge aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina, den neuen „sicheren“ Herkunftsstaaten, generell abzulehnen. Dies geschah, obwohl eine Verfolgung von Roma in Südosteuropa erwiesen ist. Hier setzt das Ministerium fest, wer erwünscht ist und wer nicht. Dabei muss klar sein: Ein abgelehnter Asylantrag bedeutet nicht, dass die Betroffenen gefahrlos in ihre Heimatländer zurückkehren können. Die Ablehnung eines Asylantrags bedeutet lediglich, dass der deutsche Staat die Fluchtgründe der Betroffenen nicht anerkennt.

Mit der Unterstellung des Sozialleistungsbetrugs rechtfertigt das BMI weitere Beschränkungen. So sollen Arbeitsverbote, Leistungskürzungen, Einreise- und Aufenthaltsverbote damit einhergehen.

3. Mehr Kettenduldung - weniger Bleiberecht

Eine Duldung ist kein Aufenthaltsstatus. Sie verschließt den Zugang zu grundlegenden Menschenrechten wie Arbeit und normale Gesundheitsversorgung. Außerdem müssen die Betroffenen dauerhaft in der Angst leben, bald abgeschoben zu werden. Das betrifft Personen, die keinen Pass haben oder bei denen eine Abschiebung nach Ablehnung ihres Asylantrages faktisch nicht möglich ist, etwa weil sie unter einer schweren Erkrankung leiden und dies von deutschen Gerichten anerkannt wurde. Bisherige Möglichkeiten, nach einer gewissen Zeit einen Aufenthaltsstatus zu erwerben, entfallen.

Diese Personen würden auch nicht von der geplanten Bleiberechtsregelung profitieren.

Mit den Plänen des BMI werden geduldete Personen, selbst wenn sie langfristig in der BRD leben, dauerhaft entrechtet. Durch die Erweiterung des Aufenthaltsverbotes werden Menschen wieder langfristig in der Duldung gefangen gehalten.

4. Bei der Ausweisung: Menschenrechte werden zum Privatinteresse degradiert

Der Gesetzentwurf ist Ausdruck eines gravierenden Rechtsrucks auch in der Debatte um Menschen ohne deutschen Pass und macht einmal mehr deutlich, dass vor dem Gesetz in der BRD eben nicht alle gleich sind. Schon jetzt werden Menschen ohne deutschen Pass juristisch doppelt bestraft: Neben den für alle geltenden strafrechtlichen Maßnahmen droht ihnen zusätzlich die Ausweisung. Bei der Frage ob Menschen nach einer Verurteilung abgeschoben werden, führt das BMI die Abschiebung stets als das „öffentliche Interesse“ an, während das Verbleiben der Betroffenen in Deutschland zum „Privatinteresse“ herabgestuft wird. Damit setzt das BMI zum einen voraus, dass die deutsche Öffentlichkeit kein anderes Interesse hat als möglichst viele Personen auszuweisen und rückt eine rassistische Haltung als „öffentliches Interesse“ in die Mitte der Gesellschaft. Zum anderen werden völkerrechtlich geschützte Menschenrechte wie der Schutz der Familie, sozialer Bindungen oder die körperliche Unversehrtheit zum Privatinteresse degradiert. Der Schutz dieser grundlegenden Rechte muss von öffentlichem Interesse sein und verteidigt werden!

Flucht ist und bleibt kein Verbrechen!

Mit den geplanten Änderungen werden die wenigen Lücken und Freiräume des Asyl- und Aufenthaltsrechtes weiter geschlossen. Während die EU sich nach außen militärisch immer weiter abschottet, soll nun auch die Abschottung nach innen perfektioniert werden. Bestehende Möglichkeiten der Solidarität in Form von Kirchenasyl, rechtlicher Beratung und konkreter Unterstützung sowie selbstorganisierte Kämpfe werden fast unmöglich, wenn Betroffene sofort inhaftiert werden.

[…] wir [fordern] Alle auf, breiten und vielfältigen Widerstand gegen die geplanten Änderungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts zu organisieren.

Aktivitäten können festgehalten und unter veröffentlicht werden:

migrationsgesetze.info

Dies ist Teil einer Kampagne der Karawane München, um breiten Widerstand zu dokumentieren!

AG Flucht ist kein Verbrechen
Bremen

Zum aktuellen Stand: Am 06.02.2015 ging das Gesetz zur Neuregelung des Bleiberechts und der Aufenthaltbeendigung zur Lesung in den Bundesrat, um dann wieder an den Bundestag gegeben zu werden. Nach einem 2. Durchgang im Bundesrat soll das Gesetz im Juni 2015 inkrafttreten.

The mic sounds good

La niña hace ver que reza mientras rapea en su cabeza. Hoy a tenida una idea:
Dame palabras como balas.
Das Mädchen tut als würde es beten, während es im Kopf rappt. Heute hatte sie eine Idee:
Gib mir Worte wie Kugeln/Schüsse.

(BOCAdeBABA)

Vom 11.-14. September 2014 fand in Hannover das ***bigger than... ! feminist hip hop festival*** statt. Das Wochenende selbst als auch dessen Vorbereitungen waren voller glamouröser wie strapaziöser Momente, haben uns Kraft gegeben, als auch erschöpft. Wir wollen einige unserer Gedanken und Gefühle zu diesem für uns einmaligen Festival teilen und hoffen auf eine lebendige Zukunft von feminist hip hop!

Let's get things started...

aus der musikanlage dröhnt eine mischung aus 90er-euro-trash und schlechtem techno, die müdigkeit steckt mir in den knochen. die tage sind zu lang und die nächte zu kurz zwischen den treffen, den telefonaten, dem recherchieren und basteln, den gesprächen wie wir das oder jenes machen können, wie es werden wird... zwischen all dem bleibt kaum ein ruhiger moment. jetzt stehen wir hier und wissen nicht, wo anfangen und wie.

Wir haben noch nie so etwas Großes organisiert. So viele Acts auf einmal eingeladen. So viele Leute in unseren und in Gästezimmern und WGs unterbringen wollen. Wir spielen „Schlafplatz-Monopoly" - überlegen bis tief in die Nacht, wer wo wann schlafen kann. Wir beziehen Matratzen, legen Kissen und Decken bereit. Wir sind aufgeregt, euphorisch, manchmal haben wir Angst, dass uns das Ganze über den Kopf wächst – aber während der gemeinsamen Abendessen um den großen Tisch in der Woche vor dem Festival wächst die Vorfreude: auf die Konzerte, die Workshops, unsere Freund*innen, Menschen, die wir noch nicht kennen, vertraute Orte ganz anders und ganz anders unsere eigenen.

check one :::

HipHop knallt rein. Vor allem live und laut. Aber auch leise. Im Zusammenspiel von beats, rhyme, flow, message und performance passiert etwas. Etwas anderes als würde sich eine hinstellen und aus einer Flugschrift vorlesen oder ein Gedicht vortragen. Etwas anderes als würde sich eine hinstellen und uns einen beat vorspielen. Stimme und beat gehen einen Pakt ein und wir haben Lust zuzuhören.

Samstagabend, 22 Uhr. Bahati steht auf der Bühne, sie steht im Licht der Scheinwerfer und lächelt. Das Publikum lächelt zurück.

meine welt ist schwarz wie das all, seine löcher und planeten
schwarz wie die dynastie unserer propheten
schwarz wie meine haut so weich
schwarz wie der kontinent so reich
schwarz wie die schrift, die wir in büchern lesen
schwarz woher wir kommen - schwarz wohin wir gehen
schwarz wie der stein, der das feuer entfacht
wie mohn am hindukusch von der bundeswehr bewacht
schwarz wie der monitor des rechners den ich ausschalt`
schwarz wie emotionen, wenn man aufsteht und die faust ballt
schwarz wie all die zahlen wenn man erntet was man säte
schwarz wie die geheimen dinge, die man gerne täte
schwarz wie wimperntusche, schwarz wie der kajal
schwarz wie sexy, mysteriös, schick und illegal

check two :::

Samstagabend, 24:00 Uhr. Der Raum ist voll. Das Festival bigger than ich es mir je ausgemalt hätte. Auf der Bühne steht MCMustaj und rappt.



Another day, another craze I'm falling down
I'm exploding with these loops inside my head, cant send them out
I'm feeling lost, I'm not enough, I cover it up, I do the bluff

Der Raum ist voll. Voller Menschen, voller Leben, voller Leidenschaft, Bewegung, Grinsen, Lachen, Power, Wut. Der Raum ist voll und ich habe das Gefühl, Platz zu haben. Here we are.

talk to the moon, sing to the sun, drown my sins with the wind
accepting who I was is only the beginning of this trip
and now I wanna go further, keep the transformation burning
and even though its hurting I need it because I'm learning

Nebenan bei der Eingangstür macht sich zur selben Zeit bemerkbar, dass wir das Parallelprogramm der Hannoveraner Nordstadt für diesen Abend übersehen haben: Kneipennacht. Die neigt sich jetzt dem Ende zu. Aber die Leute sind das Bier noch nicht müde und so nähern sich nach und nach Kleingruppen, die größtenteils aus Männern bestehen, dem Ort, an dem noch was los zu sein scheint. Die Einlassschicht ist plötzlich damit konfrontiert, Leute an der Tür darauf hinzuweisen, dass dies ein feministisches HipHop Festival ist, nervigen Typen zu sagen, dass sie hier heute keinen Platz haben, sich deren widerwilligen bis aggressiven Reaktionen entgegenzustellen.

I wanna be the greatest of what I could ever be
take all the experience from former lives and break the barriers of my mind
cause I know I'm sick inside, I wanna heal, enjoy this life

Wir haben uns dazu entschieden, diesen Raum nicht in erster Linie über Ausschlüsse herzustellen. Wir haben eingeladen: Mädchen, Frauen, Tomboys, Lesben, Ladies, Sweethearts, Bitches und Butches, Nonmales, Females, Your Own Males, Trans, Drags und Dancehallqueens[1]... Manche haben wir damit im Unklaren gelassen: „Ist das eigentlich open to all gender?". Was wir wollten: Vor allem und im Speziellen die einladen, die meistens nicht diejenigen sind, die den Raum prägen, sondern eher die, die „auch da sind".

Wir wollen einen HipHopRaum schaffen, der bigger than gender ist. Bigger than gender heißt für mich: Im Publikum stehen und die Performances genießen, die auf der Bühne, die im Raum, meine eigene. Meine Aufmerksamkeit diesem Moment schenken, ohne durch Blicke, sexistische Inszenierungen, rücksichtslose Raumnahme permanent auf eine bestimmte Position im gegenderten Machtgefälle verwiesen zu werden. Bigger than gender heißt ebenso: Begreifen, dass gender lange nicht alle Erfahrungen fassen kann. Das Weißsein vieler feministischer Räume angehen. Verstehen, dass radikale Veränderung keine Frage von Quoten ist, sondern das Zulassen und Anerkennen unterschiedlicher Perspektiven. Fragen stellen, Komplexitäten denken, den vermeintlichen Selbstverständlichkeiten an die Wurzeln gehen. Das heißt auch, den Rassismen, die so oft mit der Kritik an sexistischem HipHop einhergehen, etwas entegenzusetzen.
Das Festival – ein Raum, der Machtverhältnisse in Frage stellt? Ein Raum, der empowert aber auch verunsichert.

1 Aus dem Einladungstext.

check three :::

Samstagabend, 23 Uhr. Vices et Râlements Déviants stehen auf der Bühne. Sie rappen mit Wut und Nachdruck was bisher zu selten gesagt wurde, auch auf Bühnen:

Ihr habt sie uns aufgezwungen,
eure Heterosexualität, als einzig mögliches Modell für Sensibilität, Zärtlichkeit und Sexualität.
Jungen lieben Mädchen, Mädchen lieben Jungen.
Die Idee, die ihr von Liebe habt,
beschränkt sich auf die Zeugung von Futter für Kanonen.
Zu unserer gehörten immer schon Begehren, Lust, Zuneigung und Sternenexplosionen.
Ihr hört nicht auf, Hass auf Queers zu verbreiten,
Hass auf Unterschiedlichkeiten.
Ihr habt uns verbrannt, eingesperrt, gejagt, deportiert, vergast, verraten, pathologisiert,
erforscht, ausgeschlossen, an uns herumexperimentiert,
uns misstraut und uns dann Krankheit attestiert,
uns getestet, uns verleugnet, uns verteufelt.
Euer Heterosexismus hat unsre Wut nur genährt.
Gegen euren Hass hat sich unser Lieben längst bewährt.
Nichts interessiert uns weniger als eure Normalität,
als euer Weihwassersex, eure Langeweile, eure Alltageile,
eure Integration in das patriachal-kapitalistische, rassistische System,
in dem die einen für die Beherrschung der anderen stehn[2].

check four :::

Eine Freundin sagt mir, wir hätten ein größenwahnsinniges Programm. Echt? Jeden Tag Workshops, zwei Konzertabende, ein Konzertnachmittag, ein Kinofilm, jeden Tag mehrere DJ*s, Spoken Word Bühne, Schokoeis, Open Stage, Ausstellungen... nein, das schien uns nicht zu viel, sondern gerade genug! Unsere Planung



2 Übersetzung vom Französischen ins Deutsche von L+L.



bewegt sich irgendwo zwischen Enthusiasmus und Überforderung. Viel wollen, an alles Mögliche denken, alles Unmögliche möglich machen, dabei noch aufeinander aufpassen – unsere feministischen Ansprüche an uns selber sind hoch. Was dabei am ehesten untergeht: das Auf-sich-selbst-aufpassen. Wir machen uns Sorgen, wenn wir die Augenringe der anderen sehen, selbst schlagen wir uns die Nächte um die Ohren.
Ich habe mir vor dem Festival oft vorgestellt, dass wir exzessiv tanzen und feiern werden, richtig ausrasten. Uns feiern. Dann ist Samstagabend, der Festivalabschlussabend. Alle sind irgendwo – ich hinter der Theke. Eine sieht müde aus, eine andere traurig, eine ist ins Bett, die andere scheint in ein kompliziertes Gespräch am Eingang verwickelt, eine andere - ?... Ich habe Halsschmerzen und bin erschöpft.

wenn awareness strukturen nicht sichtbar sind, dann ist was schief gegangen. einigen ist es ein fehler und lernprozess, anderen eine verletzung erfahren oder allein mit der situation bleiben
gibt es eigentlich awareness? eine frage oder mehr
ich antworte aber sehe dich nicht
verstehe nicht, dass du an der grenze bist
bleibe allgemein und theoretisch in meinen eigenen unsicherheiten und erzähle und verpasse dich
wie geht es dir gerade?
ich habe viele privilegien und andere, die habe ich nicht
was wäre, wenn jemand mir gesagt hätte, dass ich mich um mich kümmern soll und nicht um die einlassschicht, denn um sie würde gesorgt.
danke, aber warum sagst du es denn nicht
bilder im kopf
diskussionen die nie endenden
und die angst allein zu sein, einsam zu sein, nicht dazuzupassen, nicht den mund öffnen zu können, über eigene ängste und erfahrungen blöde situationen sprechen, kopflos mit vollem kopf reagieren, und wieder allein bleiben, danach auf dem dach über der sturmglocke sitzen und den rufen auf dem hof zuhören, fern von allen und so nah
jetzt noch mal von vorn: was ist meine verantwortung was unsere kollektive und wo sind meine grenzen und wie kann ich deine schützen und dich unterstützen

check five :::

Samstagmittag auf dem Hof des UJZ Kornstraße. Vier Workshops sind parallel an unterschiedlichen Orten am Laufen, hier ist es ruhig. Die Schlaflosigkeit – bis morgens um 6 Uhr tanzen, um 8 Uhr zum Putzen wieder wach sein - macht sich in meinen verlangsamten Gedankengängen bemerkbar. Ich genieße den Augenblick in der Sonne, die Ruhe, den Kaffee. Dann ist der Spoken Word Workshop von Moona Moon zu Ende. Die Teilnehmer*innen kommen einzeln und in kleinen Gruppen auf den Hof und plötzlich entsteht eine besondere Stille, greifbar. Ich sehe: strahlende, ernste, bewegte Gesichter. Etwas ist geschehen, etwas hat sich verändert. Hier und jetzt.
Als ich ein paar Stunden später im Publikum sitze und die Spoken Word Performances erlebe, Hass- und Liebesbriefen an HipHop lausche, weine und lächle ich gleichzeitig. Auf der Bühne stehen. Auf der Bühne sitzen. Erzählen. Im Erzählen stocken. Nochmal anfangen. Zuhören. Laut sprechen. Pausen. Leise sprechen. Wut sagen. Zuneigung sagen. Begehren sagen. Zuhören. Widersprüche sagen. Liebe sagen. Trauer sagen. Auf der Bühne stehen. Das ist feministischer HipHop.



The mic sounds good, check :::

Was wir uns mit diesem Festival sicherlich nicht beweisen mussten, weil wir es aus täglicher Erfahrung wissen: Feministische öffentliche Räume zu schaffen ist in dieser Gesellschaft ein Werkeln an der Utopie. Beim Werkeln fallen Späne: Es gibt Irritation, Unverständnis, Reibung, Konflikthaftes. Das sagt mir, dass das Schaffen eben dieser feministischen öffentlichen Räume genau das ist, was es braucht. Es braucht sie, damit etwas anderes entstehen kann, damit sich der Handlungsspielraum von Menschen, die sich mit weniger Privilegien durch diese Welt schlagen, vergrößert. Es braucht sie, um sich etwas anderes als den sexistischen und rassistischen Status Quo überhaupt vorstellen zu können. Es braucht sie, damit andere Selbstverständlichkeiten erlebbar werden. Und es braucht sie, um sich an etwas zu erfreuen, das weniger ermüdend und langweilig ist.

Der HipHop, den ich mir wünsche, ist ein solcher feministischer öffentlicher Raum. Bigger than!... feminist hiphop festival 2014 war musikalisches und feministisches Hochgefühl. Mehr davon! Denn HipHop ist zu machtvoll, um ihn anderen zu überlassen.

Bigger than...

Skouries – Goldabbau in Griechenland



Mit meinem Rucksack auf dem Rücken schleppe ich mich langsam die Straße hinauf. Eine Polizeistreife fährt an mir vorbei, dann der Wagen eines Security-Unternehmens. Dann kommt die Streife wieder zurück. Und noch ein weiteres Security-Auto. So geht das nun schon die ganze Zeit, seit ich den Weg hoch auf den Kakavos-Berg in Griechenland eingeschlagen habe.

Keine zwei Stunden habe ich mit Bus und ausgestrecktem Daumen von Thessaloniki bis ins 3.000-Seelen-Dorf Megali Panagia gebraucht, welches im Osten der Halbinsel Halkidiki gelegen ist. Doch von dort aus ging's dann nur noch zu Fuß weiter. Was mich antreibt? Etwa die wunderschöne Natur, der Wald, die Berge, die Flüsse, das Meer? - In gewisser Weise schon. Jedoch auf eine wahrlich unschöne Art und Weise: Was mich hierher bringt, ist der Kahlschlag des Waldes, die Sprengung des Berges, die Vergiftung von Meer, Flüssen und Grundwasser. Auf dem Kakavos-Berg soll eine der zahlreichen geplanten Goldminen in Nordgriechenland entstehen: Skouries. Kaum auszumalen werden die katastrophalen Auswirkungen dieses Projekts sein und es steht bereits mehr als in den Startlöchern.
Die Straße, auf der ich gehe, ist neu und wahrscheinlich besser in Schuss als irgendeine Autobahn in Griechenland. An den rotbräunlichen Steilwänden neben ihr lässt sich leicht ausmachen, wie sie regelrecht in den Berg hineingefressen wurde. Nach einiger Zeit beginnen scheinbar endlose Holzstapel den Weg zu säumen. Unschwer, den Zusammenhang zwischen der Straße und den toten Bäumen herzustellen.
Nicht recht wissend, was mich erwartet und wo genau ich hingehen muss, hat mir die nervtötende Präsenz der wie aufgescheucht hin- und her fahrenden Autos von Polizei und Security zumindest die Sicherheit gegeben, auf dem richtigen Weg zu sein. Mein Ziel ist ein 10-tägiges Protestcamp direkt auf dem Berg nur unweit von der geplanten Mine und den bereits stattfindenden Arbeiten zur Errichtung der Infrastruktur. Von Kampfkomitees aus Halkidiki und Thessaloniki war das vom 22. bis 31. August 2014 stattfindende Camp angekündigt worden mit den Worten: „…gegen die Paranoia und die destruktive Raserei von Staat, Gesellschaften und Spekulanten... Die willkürliche Orgie der Verwüstung muss stoppen. Heute, sonst gibt es kein Morgen mehr!"

Auf dem Camp selber konnte ich dann in zahlreichen Gesprächen, Diskussionen, Vorträgen und Spaziergängen meine Wissenslücken über den Ort und das Geschehen schließen und kam zu der Entscheidung, dies in einem Artikel zu verarbeiten. Denn darüber, was hier vor sich geht, sollten mehr Menschen Bescheid wissen.

In Nord-Griechenland sind zur Zeit zahlreiche Goldminen in Planung. Unter anderem soll auf der Halbinsel Halkidiki konkret in den Gegenden i Skouries Gold abgebaut werden. In der Nähe der Mine, die bei Skouries entstehen soll, bei Piavitza, befindet sich auch noch ein weiteres Goldvorkommen und die Überlegungen zu einer Mine dort könnten noch zehnmal größere Ausmaße als in Skouries annehmen. In Makedonien sind die Regionen Kilkis und Serres betroffen und in Thrakien soll bei Perama eine Mine entstehen. Hinter den Minen auf Halkidiki und bei Perama steckt dabei die gleiche Firma: Eldorado Gold, ein kanadisches Unternehmen mit Sitz in Vancouver. Jeweils ist der Beginn des Abbaus für 2016 geplant und die Laufzeiten gehen teilweise bis zu 27 Jahren. Aber auch bei den anderen für den Goldabbau freigegebenen Regionen ist eine Teilhabe von Eldorado Gold nicht ausgeschlossen.

Zwielichtige Transaktionen – Wie Eldorado Gold ins Spiel kam

Im Jahr 1996 waren die Abbaurechte für die Kassandra-Minen im Wege einer öffentlichen Ausschreibung für 32 Mio. Euro an TVX Hellas S.A., ein Tochterunternehmen der kanadischen TVX Gold, veräußert worden. In den darauf folgenden Jahren wurde unter anderem eine Silber-Blei-Zink-Mine in Stratoni betrieben sowie eine Mine in Olympiada. Doch bereits in 2002 wurde nach heftigen Protesten die Abbaugenehmigung widerrufen. Das oberste Verwaltungsgericht von Griechenland hatte entschieden, dass der geplante Goldabbau eine Katastrophe für die Region wäre. TVX Gold stellte daraufhin die Finanzierung ein und schließlich musste TVX Hellas Insolvenz anmelden und wurde offiziell für bankrott erklärt. Dazu kam,



dass im Dezember 2002 nach heftigen Regenfällen stark saures und schwermetallhaltiges Wasser aus den Galerien einer von TVX Hellas betriebenen Mine in den Golf von Stratoni lief, wo sich daraufhin das Wasser rot färbte. TVX jedoch sprach von einem „optischen Phänomen".
Am 12. Dezember 2003 wurden die Bergbaukonzessionen der Kassandra-Minen für 11 Mio. Euro an den griechischen Staat überschrieben. Diese Transaktion beinhaltete ebenfalls die Übernahme der rund 17Mio. Euro, die TVX deren 472 Arbeiter_innen schuldig geblieben war. Noch am gleichen Tag ging das Vermögen, welches u.a. Minen- und Erkundungsrechte in einem Bereich von 317 km² beinhaltete, für den gleichen Preis an die HELLAS GOLD S.A. Dabei wirkte der damalige Staatssekretär für Finanzen Christos Pachtas (Pasok) intervenierend. Gleicher besetzte später das Bürgermeisteramt der Gemeinde Aristoteles, in der der Bergbau stattfinden sollte.



Die Art und Weise, wie diese Transaktion durchgeführt wurde, gibt dabei zahlreiche Aufschlüsse über die Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Interessen und deren Erscheinungsformen. Unter anderem fand zuvor weder eine Wertprüfung statt noch gab es eine öffentliche Ausschreibung. Weiterhin wurde das Unternehmen von der Eintragungs- und sonstigen Steuern befreit, erhielt verschiedene Gebührennachlässe, z.B. auf Anwalts- und Notarkosten, und wurde vertraglich aus der Verpflichtung genommen, für Reparationszahlungen aufgrund der Umweltschäden, welche TVX in dem betroffenen Gebiet verursacht hatte, aufzukommen.

Eine weitere Tatsache, die mensch stutzig machen sollte, ist, dass HELLAS GOLD S.A. gerade einmal drei Tage zuvor mit einem Aktienkapital von 60.000 Euro gegründet wurde – scheinbar kein Hinderungsgrund, ein Vermögen von 11 Mio. Euro aufzukaufen. Dazu kommt, dass sechs Monate später der Marktwert der Minen von einem globalen Finanzdienstleister auf 408 Mio. Euro geschätzt wurde. Also 37mal mehr als der Kaufpreis.

Dennoch bestätigte der Staat die Transaktion, woraufhin in 2004 eine Phase begann, in der das Unternehmen schrittweise in Teilstücke zerlegt und verkauft wurde. Dabei machten die drei Hauptaktionäre von Hellas Gold - Leonidas Bobolas, Dimitrios Koutras und Frank Timiș - einen Gewinn von 95,7 Mio. Euro und an den Staat ging genau nichts.

Bis Ende 2007 erwarb dann die kanadische Firma European Gold Fields 95 Prozent von Hellas Gold. Die übrigen 5 Prozent behielt der Aktionär Bobolas mit dessen Baufirma AKTOR. (Zu den Bobolas sei an dieser Stelle noch erwähnt, dass es sich hierbei um einen einflussreichen, regierungsnahen griechischen Familienclan handelt, dem unter anderem auch große Teile der griechischen Medien gehören.)
2011 wurde mit der Zulassung der in vielen Teilen fehlerhaften und unvollständigen Studie von Hellas Gold zum Umwelteinfluss (EIS), welche konkret die Standorte in Olympiada, Skouries und Stratoni betrifft, eine weitere bürokratische Hürde geebnet.
European Gold Fields ging dann im Februar 2012 an die ebenfalls in Kanada ansässige multinationale Aktiengesellschaft Eldorado Gold über.

Heute gehört Hellas Gold S.A. also zu 95 Prozent Eldorado Gold und zu 5 Prozent AKTOR. Der Wert der Mineralien von Halkidiki wird inzwischen auf 15,5 Mrd. Euro geschätzt.

Skouries und seine Folgen

Allein die Verstrickungen von Politik und Großkonzernen wären ja nun schon Grund genug für einen Aufschrei. Allerdings sind die Probleme, die die Goldminen jetzt schon aufwerfen und noch aufwerfen werden noch weitaus schwerwiegender. Aber der Reihe nach: Was soll eigentlich genau in Skouries passieren?

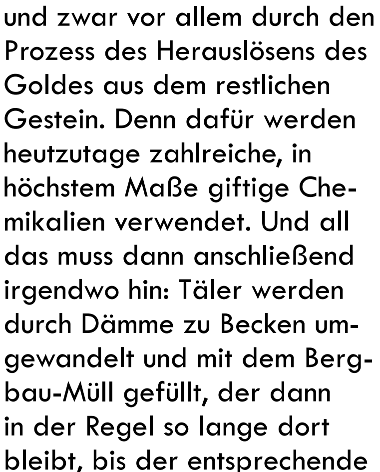
In der Region Skouries befindet sich ein Gold-Kupfer-Porphyr- Vorkommen. Dieses will Hellas Gold ab 2016 zunächst im Tagebau abbauen. Mit sechs Tonnen Sprengstoff pro Tag soll über die Jahre ein Loch entstehen mit einem Durchmesser von bis zu zwei Kilometern und einer Tiefe von 220 Metern.
24.000 t Gestein mit einem geschätzten Gehalt von 0,8 g Gold pro Tonne sollen pro Tag abgebaut werden. Unter dem Tagebau soll dann ein bis 770 Meter tiefer Untertagebau mit bis zu 25 km Galerien entstehen. Zusätzlich soll an dem Standort Skouries auch eine Metallurgie-Fabrik zur Reingoldgewinnung entstehen. Dieser Punkt macht Skouries zu einem Schlüsselstandort der griechischen Goldproduktion. Denn hierher würde zu diesem Zwecke auch das Erz der anderen nordgriechischen Minen gebracht werden.

Der Wald

Um dieses Projekt zu verwirklichen, wurden bereits ca. 3 km² Wald kahlgeschlagen. Ein ganzes Ökosystem und damit auch Lebensraum für zahlreiche Tiere und Pflanzen wird dauerhaft zerstört. Auch die Menschen der umliegenden Dörfer, die Teile des Waldes schon seit Jahrhunderten forstwirtschaftlich genutzt haben, sehen sich nun einer wichtigen Quelle für Brenn- und Bauholz entzogen.

Das Wasser

Außerdem wird mit mehreren Drainage-Bohrungen das Grundwasser bis zu einer Tiefe von 750m (davon 140m unter dem Meeresspiegel) abgepumpt, um zu verhindern, dass die Mine vollläuft. Dies hat unter anderem die Austrocknung des Berges zur Folge, gefolgt von Bodenerosion und Überflutungen.



In Anbetracht der Tatsache, dass sich an diesem Ort das Haupt-Grundwasser-Vorkommen von Halkidiki befindet, ergeben sich allerdings noch weitere erschreckende Auswirkungen. Zum einen werden bereits 15 Mio. m³ Wasser pro Jahr abgepumpt, was dem Wasserverbrauch der gesamten Halbinsel entspricht. Weiterhin wird jedoch auch das übrig bleibende Wasser kontaminiert. Unter anderem würde es bei dem vom Unternehmen geplanten Zurückführen des Wassers nach Beendigung der Bergbauaktivitäten zum Eindringen von Schadstoffen wie Schwermetallen kommen. Auch das Einlaufen von Salzwasser in küstennahe Grundwasservorkommen stellt ein Problem dar. Aufgrund der bereits geschehenen Bergbauaktivitäten ist das Wasser in einigen Gegenden bereits mit Schwermetallen verseucht. Des weiteren wird eine unglaubliche Menge an Frischwasser verschwendet: Zur Förderung von einem Kilo Gold werden durchschnittlich 691.000 Liter Wasser benötigt.

Die Luft

Durch die täglichen Sprengungen wird eine Unmenge an Feinerz-Staub produziert – über 3.000 t pro Stunde werden es nach eigenen Einschätzungen von Eldorado Gold sein. Dazu kommen die Emissionen von Kohlenmonoxid, Stickoxiden, flüchtigen organischen Verbindungen, Schwefeldioxiden und den Aerosolen PM10 und PM2,5 . Diese atmosphärischen Schadstoffe werden über weite Distanzen verteilt.

Besonders die Feinstaubtypen PM10 und PM2,5 sind gesundheitsgefährdend, da sie aufgrund ihrer Größe von der Lunge nicht herausgefiltert werden und somit direkt in den Organismus von Menschen und anderen Tieren aufgenommen werden. Die sich an die Partikel anlagernden Schwermetalle und radioaktiven Elemente gelangen ebenfalls in den Körper und verursachen schwere Gesundheitsschäden. Allein in Skouries werden geschätzte 430t PM10 pro Jahr anfallen mit hohen Konzentrationen insbesondere an Arsen.

Der Boden

Kohlenmonoxid, Stickoxide und Schwefeldioxide werden zu saurem Regen führen und infolge dessen übersäuert ebenfalls der Boden. Dies in Verbindung mit der Kontaminierung durch eine lange Liste an Schwermetallen von A wie Antimon bis Z wie Zink wird es für Pflanzen und andere Organismen unmöglich machen, in dem betroffenen Bereich zu überleben.

Die „Endlagerung“

Des weiteren entsteht durch die Goldproduktion Müll und zwar vor allem durch den Prozess des Herauslösens des Goldes aus dem restlichen Gestein. Denn dafür werden heutzutage zahlreiche, in höchstem Maße giftige Chemikalien verwendet. Und all das muss dann anschließend irgendwo hin: Täler werden durch Dämme zu Becken umgewandelt und mit dem Bergbau-Müll gefüllt, der dann in der Regel so lange dort bleibt, bis der entsprechende Damm bricht, wie im Jahr 2000 in einer Goldmine in Baia Mare (Rumänien) geschehen. Dort wurden durch ein Leck 100.000 m³ mit Zyanid und anderen Schwermetallen verseuchtes Wasser freigesetzt. Dieses Wasser floss in den
Fluß Tesla und später in den Danube, führte zur Kontamination über Rumänien, Ungarn und Serbien hinaus, vergiftete Trinkwasserressourcen, tötete Tausende Fische und verursachte das Absterben der angrenzenden Ökosysteme. Diese Umweltkatastrophe in Baia Mare gilt direkt nach Tschernobyl als eine der verheerendsten in der Geschichte des europäischen Kontinents.
Oder aber die Giftstoffe verdunsten oder sickern langsam in den Boden ein und kontaminieren das Wasser und den Boden.

Normalerweise wird bei der Goldproduktion vorallem Zyanid verwendet. Nun rühmt sich aber Hellas Gold damit, ein Verfahren anwenden zu wollen, bei dem kein Zyanid verwendet würde: das soganannte Schwebeschmelzverfahren oder auf Englisch: „Flash smelting“. Dieses wurde niemals in industriellem Ausmaß für die Goldproduktion erprobt und ergibt außerdem kein Reingold sondern Mischungen mit Kupfer, Blei und Eisen. Da es bisher keine Methode zur Trennung gibt, ist es wahrscheinlich, dass das Unternehmen doch auch Zyanid einsetzen wird. Weiterhin gibt es wissenschaftliche Hinweise darauf, dass das ausgewählte Veredelungsverfahren für den Goldtyp der Kassandra-Minen nicht geeignet ist und die Fabrik, wenn sie gebaut und eingesetzt wird, mehr Arsen in die Umwelt freisetzen wird als irgendeine andere Fabrik in der EU. Das finnische Unternehmen OUTOTEC, das die Technologie des Schwebeschmelzverfahrens entwickelt hat, drückte bereits ernsthafte Bedenken gegenüber der von Hellas Gold geplanten Anwendung im industriellen Maßstab aus.

Der durch die Produktion des Goldes entstehende

Müll wird nun zu etwa 70 Prozent aus arsenhaltigem Eisenoxid-Schlamm (Skorodit) und Kalziumsulfat bestehen
und ist besonders aufgrund des Arsens gefährlich. Außerdem ist die Stabilität des kristallinen Skorodit bei der Lagerung mit anderen Stoffen fraglich. Aber auch dafür hat sich nun das Unternehmen von der nationalen technischen Universität von Athen eine Methode ausdenken lassen, welche nicht einmal in Pilot-Tests erprobt wurde, aber dennoch eingesetzt werden soll.

Die für Skouries geplanten Abfallbecken werden sich in den von den Flüssen Karatzas und Lotsaniko gebildeten Schluchten befinden. Die Bäume dort, einige über 300 Jahre alt, wurden bereits gefällt und 140-160 Meter hohe Dämme sollen gebaut werden. Der abgeladene Müll soll laut Angaben des Unternehmens relativ trocken sein und wie ein Berg an der höchsten Stelle noch 220 Meter über die Dämme hinausreichen. Dass dies starken Regenfällen standhalten würde, ist sehr fraglich.
Nach den Bergbauaktivitäten soll dann alles mit 60 cm Erde zugeschüttet werden und Hellas Gold will „zwei Bäume dort pflanzen, wo vorher einer stand“. Abgesehen davon, dass Bäume dicht gedrängt nicht besser wachsen, ist es auch absolut unmöglich, dass an einem solchen Ort Bäume länger überleben könnten.

Weiterhin will das Unternehmen, um das Einsickern der giftigen Stoffe in den Boden zu verhindern, die Becken mit einer Folie auskleiden. Nach aktuellen Einschätzungen wird diese Folie allerdings höchstens 50 Jahre
lang dicht halten. Da Hellas Gold den Goldabbau in Skouries 27 Jahre betreiben will, wird die Lösung des Problems also anscheinend auf die Dauer des Bestehens des Unternehmens angesetzt. Was danach kommt – darum sollen sich andere kümmern.

Auswirkungen auf die Menschen

Die Menschen in der Gegend um Skouries sind in vielfacher Weise negativ von der Goldmine betroffen: gesundheitlich, sozial und ökonomisch.

Gesundheitlich sind sie betroffen, da das verseuchte Wasser, die Schwermetalle und der Staub zahlreiche, auch tödliche Krankheiten verursachen. Dies betrifft nicht nur die Arbeiter (ich schreibe hier nur in männlicher Form, da es vor allem Männer sind, die in der Mine arbeiten) sondern auch alle Bewohner_innen der Region und Besucher_innen.

Die sozialen Auswirkungen beschreibt Carlos Zorrilla in dem Ratgeber „Protecting your community against mining companies and other extractive organizers“ sehr passend: „Es ist allgemein üblich, dass multinationale Bergbauunternehmen spezielle Taktiken verfolgen, die darauf zielen, die soziale Anerkennung zu bekommen. Vor allem suchen sie Verbindungen zu lokalen Führungspersonen und Gruppen, die niemanden repräsentieren, aber leicht zu beeinflussen sind. Dadurch wird schrittweise ein Bruch im sozialen Netzwerk verursacht, während die Unternehmen ausgleichende soziale Projekte finanzieren. Sie erachten eingereichte Bewerbungsschreiben als Volksentscheide zu ihren Gunsten und erwerben strategisch Land. Sie benutzen aggressive Methoden gegen oppositionelle Bürgerinitiativen, wie z.B. Terrorismus, Gewalt, Erpressung, Infiltrierung, Überwachung, Klagen, die die finanziellen Möglichkeiten dieser Gruppen erschöpfen, Verbreitung falscher Gerüchte, Erstellung falscher Verbrechen, ausgedachte Anschuldigungen bis sogar hin zu Morddrohungen. Schließlich benutzen sie private Sicherheits-Unternehmen und arbeiten eng mit Milizen und Polizei zusammen.“ Viele, wenn nicht sogar alle dieser Strategien wurden von Hellas Gold S.A. in Halkidiki angewendet.



Schließlich wird die Region und die Menschen, die dort leben, noch ökonomisch in den Ruin getrieben. Denn die Haupt-Betätigungsfelder sind hier Landwirtschaft, Imkerei, Fischerei, Forstwirtschaft und Tourismus. All dies ist kaum bis gar nicht mit dem Goldbergbau vereinbar und wenn die Mine dann in einigen Jahren schließen würde, stünden die Menschen nur noch einer komplett zerstörten Umwelt und damit der Zerstörung aller Lebensgrundlagen gegenüber.

Markant ist auch wieder einmal das Bergbaurecht, das ganz eindeutig für die Interessen der Großkonzerne und gegen die Menschen ausgelegt ist. Unter anderem ist jede Aktivität, die den Bergbau stört, in ausgeschriebenen Bergbaugebieten verboten, privater Landbesitz kann enteignet werden (es kann also auch zu Zwangsumsiedlungen kommen), Schutzstatus für Gebiete durch nationale oder internationale Überein kommen greifen nicht mehr und das Bergbauunternehmen hat den vollen Besitz an den Mineralien, muss also keinerlei Abgaben zahlen.

Die offene Koordination von Thessaloniki gegen die Goldminen schreibt in einem Statement zur ökonomischen Unterwanderung der Region: „Es ist außerdem kein Zufall, dass dieser skandalöse Transaktionsbetrug der nord- östlichen Chalkidiki Minen in einer Periode des Wohlstands stattfand. Zu einer Zeit, da niemand darauf achtete, während die Umsetzung des Megaprojekts, dem tatsächlichen Aufbau der Minen, inmitten der Krise durchgedrückt wird. Nun werden wir mit unverblümter Erpressung konfrontiert: wir müssen entweder eine deutliche und direkt zerstörerische Absicht akzeptieren oder wir schaffen es sonst nicht zu überleben."

Diese deutliche und direkt zerstörerische Absicht wollen aber bei weitem nicht alle akzeptieren. Denn das Überleben kann es nur ohne die Minen geben und mit den Minen nur den Tod.

Der Widerstand (und die Repression)



Widerstand regte sich in der Region um die Kassandra-Minen schon in den späten 90ern. Wie oben bereits erwähnt, hatten die Leute dort es geschafft, eine Goldmine in Olympiada zu stoppen.

Die Mahnwache

Als nun die Pläne um Skouries klar wurden, formten sich in den umgebenden Dörfern Bürgerinitiativen, die Kampfkomitees genannt werden.

Im Jahr 2009 errichteten sie auf dem Berg, wo die Mine entstehen sollte, eine Mahnwache. Diese war seitdem dauerhaft besetzt, um jede Aktivität von Hellas Gold mitbekommen und verhindern zu können. Bohrgeräte, die sich vor Ort befanden, wurden dann auch ziemlich schnell entfernt.

Über Jahre blieb es ruhig auf dem Berg. Das Goldgeschäft schien nur auf dem Papier zu existieren, die Millionengewinne nur mit Spekulationen gemacht zu werden. Keiner rechnete ernsthaft damit, dass das wahnwitzige Projekt tatsächlich durchgeführt werden sollte. Dennoch organisierten dich die Bergbaugegner_innen weiterhin, informierten sich und andere über die katastrophalen Folgen des Goldabbaus, wurden mehr. Alle Kongresse oder ähnliche Propagandaaktivitäten des Konzerns wurden in den Folgejahren gestört, vor allem mit wissenschaftlich fundierten Richtigstellungen der Tatsachen und auch Aktionen wie „Banner-Drops".

Nachdem Anfang 2012 nach zwei Monaten meterhohen Schnees, in denen der Berg „unbesetzt" blieb, die Leute mitbekamen, dass Hellas Gold mit Angestellten des Archäologischen Instituts von Griechenland den Berg hochfuhren, schrillten die Alarmglocken: Dies schien ein Zeichen für eine tatsächliche Realisierung des Projekts zu sein. Denn das Archäologische Institut muss in Griechenland aufgrund der vielen Funde aus der Antike immer zuerst sein Okay geben, bevor irgendwelche Baumaßnahmen stattfinden dürfen.

Nach einer Vollversammlung der Kampfkomitees wurde entschieden, den Fokus auf die Mahnwache zu legen und insgesamt 40 Menschen versammelten sich schließlich dort.

Am Tag darauf, am 20. März 2012 passierte dann etwas, mit dem keine_r gerechnet hatte. Hellas Gold zwang unter Androhung der Kündigung alle 350 Arbeiter aus der Silber-Blei-Zink-Mine in Stratoni und zusätzliche 150 potentielle Arbeiter auf den Berg zu gehen. Den potentiellen Arbeitern war erzählt worden, die einzige Möglichkeit für sie, in Zukunft einen Job zu erhalten, wäre, wenn sie dort hochgehen. So kam es, dass 500 Minenarbeiter die 40 Menschen in der Mahnwache, die wohlgemerkt teilweise ihre eigenen Nachbarn waren, angriffen und die Mahnwache selbst komplett zerstörten. In Ierissos, einem der Widerstandsdörfer, wurde daraufhin das Bürgermeisterbüro besetzt und in einer Vollversammlung wurde eine Demo auf dem Berg für den 25. März angesetzt.

Die Demos

Bei der angesagten Demo nahmen ca. 2.500 Leute teil: Dorfbewohner_innen, darunter auch alte Menschen und Kinder. An diesem Tag wurden die Leute zum ersten mal mit der MAT (die griechische Bereitschaftspolizei) konfrontiert, die sie am Eingang zum Berg massiv mit Tränengas attackierte.
In den folgenden Tagen, Wochen und Monaten kam es immer wieder zu großen Demonstrationen mit zwischen 2.000 und 5.000 Teilnehmer_innen und im Gleichzug auch immer wieder zu stundenlangen Auseinandersetzungen mit der MAT.

Als einschneidendes Ereignis prägte sich die Demo am 21. Oktober 2012 in die Gedächtnisse ein, bei der die Polizeigewalt ungeahnte Ausmaße annahm: Die Teilnehmer_innen auf dem Berg wurden über 7 km von der Polizei gejagt. Sie wurden geschlagen und mit Plastikmunition und Tränengas beschossen. 21 Menschen wurden verhaftet und 14 von ihnen der „Rebellion" angeklagt.

In der Folgezeit verlagerte sich der Widerstand immer mehr in Richtung Ierissos, anstatt sich weiter auf den Berg und auf das nächstliegendste Widerstandsdorf Megali Panagia zu konzentrieren. Dies ermöglichte es dem Unternehmen, mit Baumaßnahmen für die Infrastruktur zu beginnen. Tausende Bäume wurden gefällt, eine breite Straße entstand dort, wo sich vor-

her nur ein schmaler Waldweg befand und zahlreiche Straßen wurden komplett neu in den Wald geschlagen. Das Abpumpen des Grundwassers begann, die Flächen für die Mine und die Abfallbecken wurden vorbereitet. Komplexe aus Bürokontainern wurden errichtet und mit dem Bau der Fabrik angefangen. Zeitgleich wurde auch in der Presse nur noch von dem Widerstandsdorf Ierissos berichtet, während absichtlich alle anderen Beteiligten unerwähnt blieben, was teilweise zur Spaltung des Widerstands führte.



Der Brandanschlag

In der Nacht zum 17. Februar 2013 betraten laut Polizeiangaben 40-50 Personen das Gelände, auf dem die Baumaßnahmen von Hellas Gold stattfanden und überwältigen vier Sicherheitskräfte. Fahrzeuge, Maschinen und Büroräume gingen in Flammen auf: Die Firma sprach von einem Sachschaden von 900.000 Euro. Als der Vorfall bekannt wurde, sanken die Aktienwerte von Eldorado um sechs Prozent.

Direkt am nächsten Tag nach dem Anschlag besuchte der rechtsgesinnte Minister für Bürgerschutz Nikos Dendias die Baustelle und versprach, die Täter zu fassen. Die Antiterroreinheit wurde involviert und der griechische Ministerpräsident Antonis Samaras ließ verkünden, dass „die ausländischen Investitionen um jeden Preis geschützt werden". Die Repression gegen die Bewohner_innen der Widerstandsdörfer ging ab diesem Zeitpunkt auf eine ganz neue Ebene: Tägliche Hausdurchsuchungen, Festnahmen, Drohungen, Überwachung. Über 400 Personen wurden gezwungen, DNA abzugeben und auf ca. 70 Personen regnete es Klagen: Die Vorwürfe lauteten unter anderem Gründung einer kriminellen Vereinigung, versuchter Mord und Besitz von Sprengstoffen.

Im März fielen mehrere Hundertschaften in Ierissos ein, um Menschen festzunehmen und schossen dabei sogar Tränengas in eine Schule. Die Bewohner_innen schafften es jedoch, sich gegen den Angriff zu verteidigen. Zwei Tage später versammelten sich erneut 10-20.000 Menschen in Thessaloniki, um gegen die Polizeigewalt und die Goldmine zu protestieren.

Im April wurden zwei Personen festgenommen und für sechs Monate ohne wirkliche Beweise in Untersuchungshaft gesteckt. Bei den Festnahmen brach die Polizei nachts in die Häuser ein und überwältigte die Männer im Beisammensein ihrer Familie. Zwei weitere Personen wurden im Juli in Ierisso festgenommen und verbrachten drei Monate in U-Haft, ebenfalls ohne Beweise. Es kam zu stundenlangen Ausschreitungen.

Noch bis in den Juli 2014 hinein wurden Leute für Aussagen bei der Staatsanwaltschaft vorgeladen. Dabei wurden häufig Daten für angekündigte Aktionen und Demonstrationen gewählt. Viele haben Auflagen bekommen, dass sie sich nicht mehr als 3,5 km dem Berg nähern und das Land nicht verlassen dürfen. Die Prozesse stehen noch aus.

Aktueller Stand

Am 5. August diesen Jahres stimmte das Griechische Parlament positiv über Artikel 36 des neuen Forstgesetzes sowie eine Gesetzesänderung ab, durch welche öffentliche Wälder für private Geschäfte verfügbar werden. Dadurch wurden auch alle bereits geschehenen und auch alle zukünftigen Bau-Aktivitäten von Hellas Gold legalisiert. Alle bisherigen Baumaßnahmen waren nämlich ohne Genehmigung durchgeführt worden. Am Vortag hatten zwölf Frauen aus Protest gegen die Verabschiedung der Gesetzesänderung den Eingang zur Mine blockiert, vier von ihnen hatten sich am Tor festgekettet.

Die starke Repression war auch deutlich auf dem Camp zu spüren, da die Teilnehmer_innen von einer Zahl von über 2.000 auf ca. 200 Menschen zusammengeschrumpft war. Weiterhin befürchten nun viele, durch die Wahl des neuen, laut Wahlversprechen Anti-Gold-Bürgermeisters von Ierissos, Yiannis Michos, weitere Kraft des Widerstandes zu verlieren. Denn eine Hoffnung darin, dass Politiker_innen das Problem lösen könnten, wäre nur allzu trügerisch.

Auch die Wahlen, die in Griechenland am 25. Januar 2015 anstehehen und bei denen die Partei Syriza gute Karten hat, halten die Gemüter zur Zeit noch im Schach. Sollte Syriza die Wahlen jedoch gewinnen und – wie zu erwarten – die Wahlversprechen (gegen den Goldabbau) nicht einhalten, könnte sich dies jedoch schnell ändern. Und auch wenn die Widerstandsbewegung gerade schwere Zeiten durchmacht, ist hier auf Halkidiki noch nichts entschieden.

Mobilisierung

Im Jahr 2015 wird es wieder ein internationales Camp gegen den Goldabbau geben. Ein genaues Datum steht noch nicht fest. Voraussichtlich wird es Ende Juli, Anfang August in Ierissos stattfinden. Haltet Augen und Ohren offen. Infos wird es auf den Internetseiten ***beyondeurope.net*** und ***ak2003.gr*** geben. Wir sehen uns in Griechenland!

anonym

Freiraum heißt...

This goes out to...

Wenn du Antifa bist, wenn du in der autonomen Szene rumhängst, wenn du einmal die Woche auf ‚ner Demo bist und dort die Hälfte der Leute kennst, wenn du weiß bist, wenn du ein cis-typ bist, dann ist dieser Text für dich!

Nächstes Mal bedankst du dich bei der Betroffenen für das Vertrauen und hinterfragst dein politisches Umfeld, du Arschloch!

Ihr verlangt Solidarität für eure kämpfe und wertet aber unsere queerfeministischen kämpfe ab. Ihr definiert die Wichtigkeit der Kämpfe und belehrt uns, darüber, dass wir spalten, wenn wir aufgrund eures sexistischen Konsenses bei euren sozialen Revolten nicht mehr mitmachen können_wollen. Ihr fordert Solidarität ein, aber ihr habt keine!
Wenn ihr euch nicht solidarisiert und nicht bei unseren kämpfen mitmachen wollt, dann ist „Separatismus" für uns die einzige richtige Konsequenz. La revolucion sera feminista o no sera!



Anstatt den Mut zu sehen, den eine FrauLesbeTrans*Inter aufbringt, wenn sie einen Täter benennt, reagiert der Großteil ihrer Umwelt mit komplettem Unverständnis und Unbehagen. Ausgangspunkt der Analyse und Reflexionsgegenstand der politischen und praktischen Bekämpfung von Vergewaltigung muss die spezifische Situation der betroffenen Frau sein. Voraussetzung dafür ist die eingehende Analyse patriachaler Herrschaftsmechanismen und die bewußte Parteinahme für FrauenLesbenTrans*Inter in einer auf die Bedürfnisse von Cis-Männern ausgerichteten Gesellschaft.

Die Linke skandalisiert die Definitionsmacht herrschender Eliten, Begriffe oder Problemdeutungen festzulegen; umgekehrt wird Definitionsmacht als eine politische Maßnahme für diejenigen eingefordert, die direkt von Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnissen betroffen sind. Zudem muss angemerkt werden, dass die treuherzige Anerkennung der Definitionsmacht, so sie denn erfolgt, häufiger eher dem passiven Abnicken eines als quasi »Gewohnheitsrecht« angesehenen Verfahrens gleicht, dass nicht hergeleitet werden muss (was vielen sicherlich bequem ist) als der aktiven, individuellen und kollektiven Parteinahme für die Betroffene.

Umkehrung des Täter – Opfer - Verhältnisses

Im Fokus des Interesses steht nicht etwa die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse, die sexuelle Gewalt hervorbringen oder die Suche nach einem vernünftigen politischen Umgang damit, sondern der mit intellektuellen Pirouetten garnierte Zweifel, ob denn der »Täter« wirklich ein »Täter« und du »Opfer« wirklich ein »Opfer« gewesen seist. Ihre Viktimisation wird, je nach dem Wert ihres Wortes, der Beurteilung ihres Charakters, der Keuschheit ihres vergangenen Geschlechtslebens, ihrer Art sich zu kleiden, dem Funkeln in ihrem Auge und dem Lächeln auf ihren Lippen, bewiesen oder widerlegt(?)Ein dogmatisch festgelegtes Vereinbarungsschema, in welchem ein pseudo-juristisches Vorgehen dominiert, reduziert die FrauLesbeTrans*Inter auf einen »Fall« und entpolitisiert das Geschehen zugleich.

Der Ablauf einer Vergewaltigungsdebatte innerhalb der autonomen Linken der 90er ist ein technischer: nach Ziehen des Zünders, der Aussage »Vergewaltigung« durch eine einzelne Frau setzt eine Art Mechanik ein: die besagte »Vergewaltigungsdebatte«. Innerhalb dieser werden politische Ziele häufig unscharf: geht es zuvorderst um den Schutz der FrauLesbeTrans*Inter, ihre »Rehabilitierung«, Erhaltung ihrer Fähigkeit Politik zu machen oder um Strafe für den Täter und die darin gegebene Möglichkeit zur Gewissensberuhigung für dritte, die selbst über den Vorfall schockiert sind?

Die Welt gehört weißen cis-Männern, nicht deiner lokalen FLT*I-Gruppe!

Das Erkennen der Notwendigkeit autonomer Organisierung von FrauenLesbenTrans*Inter ist von dem Bewusstsein nicht zu trennen, als Linke Teil der Gesellschaft zu sein, in dem FrauenLesbenInterTrans*feindlic hkeit ebenso möglich ist wie woanders. Das heißt nicht lediglich Abnicken der rein karitativ verstandenen »Schutzfunktion« von FrauenLesbenTrans*Intergrupp en, sondern: Erarbeitung eines Bewusstseins darüber, dass Organisationsform und inhaltliches nicht unabhängig voneinander sind und die Linke in der Auseinandersetzung mit FrauenLesbenTrans*Intergruppen einiges lernen kann, dessen sie sonst offensichtlich unfähig ist. Die generös angebotene »Diskussion« ist vor diesem Hintergrund also keine, sondern ein schlichter

Machtkampf. Somit ist es seitens der Frauengruppen folgerichtig, sich auch nicht anhand von Maßstäben einer Debatte zu verhalten, sondern wie in einer Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.

Schließlich geht es um Macht, und die wird nicht freiwillig abgegeben, sondern durch den Aufbau von Gegenmacht erstritten. Die geforderte Parteilichkeit gerade der gemischten linken Gruppen lässt sich nicht als Verhaltenskanon verpacken, auch wenn so was in der autonomen/radikalen Linken so beliebt ist und für viele das einzige zu sein scheint, was Sicherheit über die eigene politische Existenz gibt. Statt beim »im Zweifel für die Frau« stehen zu bleiben, muss als Boden für konkretes Verhalten eine umfassende Sicht auf die - patriarchal verfassten - Dinge entwickelt werden. Praktisch muss die Bereitschaft da sein, wenigstens Schadensbegrenzung zu leisten. Wem die Erkenntnis bisher mangelte, dem sei gesagt: die Parteilichkeit der Männer für ihresgleichen in der gegenwärtigen Gesellschaft, ihr männerbündisches Agieren, macht feministische Parteilichkeit erst notwendig. Um den Zustand tatenloser männlicher Mittäterschaft zu durchbrechen, braucht es aktive, sichtbare Parteinahme von Männern - den Verrat am Männerbund: »Wer schweigt, stimmt zu". Priorität bei allem, was infolge von Übergriffen unternommen wird, muss Schutz und ggf. Rehabilitierung der betroffenen Frau sowie die Orientierung an ihrem Willen, was sich punktuell widersprechen kann, sein. Ganz bestimmt haben wir nichts erhellendes oder konstruktives von reinen Begriffsdiskussionen zu erwarten, die von politischen Konflikten abstrahieren. Vorführungen nachgeahmter Staatlichkeit im Zuge von Vergewaltigungsdebatten (Verrechtlichung usw.) zeugen von Perspektivverlust und einer Sehnsucht radikal-linker Zusammenhänge nach einfachen Verhältnissen, die das schlechte Bestehende affirmiert.

Who are you not to support?

Der eigentliche Streitpunkt hinter der Frage, wer seine bedrückenden, verletzenden, gewaltvollen Erlebnisse im Zusammenhang mit Sexualität wie definieren solle oder dürfe, ist die Frage danach, was Folge einer solchen Definition sein sollte. Die Idee einer Machtposition von FrauenLesbenTrans*Inter, Sanktionen durchzuführen, schreckt viele. Es ist Unsinn, einer_ FrauLesbeTrans*Inter die Kompetenz ein eigenes Erlebnis treffend zu definieren, abzusprechen, nur weil mensch einen schematischen Strafkatalog im Kopf hat, so dass aus der jeweiligen Definition zwangsläufig Sanktion XY folgen muss. Statt einer Reduzierung oder einem in Zweifel ziehen der Definitionsmacht sollte jegliche Art von sexueller/sexualisierter Gewalt und Belästigung thematisiert werden können und dabei die gleiche Parteilichkeit und Unterstützung finden.

Es stinkt uns. Es ist an der zeit zu handeln.

Wenn es um dominante Formen von Gewalt geht, reichen Lippenbekenntnisse nicht. Es geht nicht, dass Diskussionen immer von einem Vergewaltigungsfall zum nächsten hangeln. Ob sich sexistisches Verhalten in Gruppenzusammenhängen durch Redeverhalten, Aufgabenverteilung oder Informationshierarchien äußert – in ihrer politischen Arbeit sehen sich FrauenLesbenTrans*Inter permanent mit der Aufgabe konfrontiert, gleichzeitig sexistischen Barrieren Widerstand zu leisten. Nicht die Schwere einzelner sexistischer Handlungen lässt Sexismus als ein solch schweres Unterdrückungsverhältnis wirken, sondern die Summe seiner Facetten.

Logisch, dass die Szene nicht außerhalb der Gesellschaft steht und Linke nur durch emanzipatorische Ansätze nicht automatisch zu besseren Menschen werden. Antisexistisches Selbstverständnis, als Standard, wird selten mit Inhalten gefüllt. Als Beispiel wäre hier unter anderem zu nennen, die Bezugnahme auf Frauenkämpfe der ARAB in ihrem Selbstverständnis. Im Verlauf der Debatten um sexuelle Gewalt wird vor allem die generelle Marginalisiertheit oder Marginalisierung? von feministischen Positionen innerhalb der radikalen/ autonomen Linken deutlich. Sexuelle Gewalt kann nicht per Anspruch ausgeschlossen werden. Nur wenig, nur die absolute Spitze von dem, was alltäglich so an Gewalthandlungen, vor allem gegen FrauenLesbenTrans*Inter in der radikalen/autonomen Linken passieren dürfte, schwappt bis in die Szene-Öffentlichkeit; nämlich - manchmal - das, was von den Betroffenen als Vergewaltigung erlebt wird.

Die Durchsetzung bestimmter Tabus und Gepflogenheiten, die FrauenLesbenTrans*Inter das (politische)Leben erleichterten, war innerhalb der radikalen Linken nur erreichbar vor dem Hintergrund einer starken, kämpferischen FrauenLesbenbewegung, die es ermöglichte, zu Männern zu sagen: gut, wenn nicht mit euch, dann eben ohne oder auch gegen euch. Diese Situation ist passé. Es scheint, dass zwischen den verbliebenen autonomen FrauenLesbenTrans*Intergruppen und der gemischten autonomen Restlinken eine »Arbeitsteilung« besteht, die dasselbe Schema wiederholt, das auch für viele Heterobeziehungen charakteristisch ist: salopp ausgedrückt, machen FrauenTrans*Inter die Beziehungsarbeit am linken »Gesamtmacker«, während vorrangig Cis-Männer sich der »großen Politik« widmen. Mechanisch die Deutungshoheit für noch jedes Einzelproblem rund um »Sexismus« an Feministinnen abzugeben, ist unpolitische Katzbuckelei?. Es verselbständigen sich Abläufe und das Ganze gibt eine blühende Landschaft für jeden Sexisten ab, sich als FrauenTrans*Interfreund zu profilieren. Denn mehr als die »richtige« Veranstaltung verhindern helfen, ist dafür ja nicht nötig. Die_ betroffene_ FrauTrans*Inter gerät dabei leicht In den Hintergrund. Die Sicherheit von FrauenLesbenTrans*Inter wurde- nicht nur durch die Tat, sondern durch den Nicht-Umgang ebenso- erschüttert. Die vordergründige Bezugslosigkeit bisheriger Vergewaltigungsdebatten zum sonstigen politischen Alltag erschwert

deren Aufarbeitung als Ausdruck radikallinker Verfasstheit und Politik.

Der Kampf hat nie aufgehört...

Trotzdem die Geschichte der gemischtgeschlechtlichen Auseinandersetzung mit dem Patriachat und sexualisierter Gewalt, Vergewaltigung und Mackerverhalten eine ständige Wiederholung von Fehlern, folgenlosen Diskussionen/ Gelaber und Betroffenheitskult ist, wissen wir uns keinen anderen Rat als es weiter zu versuchen und auch bei Null anzufangen, wenn dies der Stand der Bewegung ist.
Es gibt unterschiedliche Erfahrungen und damit verschiedene Ansätze und Ideen aber gerade deshalb ist es wichtig und notwendig sich auszutauschen und gemeinsam die Diskussionen zu führen, die geführt werden müssen. Der Bedarf sich Auseinanderzusetzen ist da, die Möglichkeit es zu tun ebenfalls!!!

Betroffene sollen ermutigt und nicht entmutigt werden den Täter zu outen.

Aus der Geschichte lernen – remembering means fighting!

Äxte und Entschlossenheit führen zu sauberen Schnitten...

...ein Raum frei von dir!



UG schwarz-lila

Das selbe alte Lied

Dieser Text ist der Folgetext zu „Freiraum ist..."

„Freiraum ist..." war ein, aus Schnipseln zusammengeklebter Text von bereits veröffentlichten Schriften [1] von Feminist*innen, wie Hedwig Dohm schon sagte:"in der Frauenfrage kommt man sich immer vor wie ein Wiederkäuer."

Wenn du die Zitate erkannt hast aus dem Text, bedeutet das, dass du dich bereits mit sexualisierter Gewalt auseinandergesetzt hast. Sehr wahrscheinlich hast du das aus eigener Betroffenheit oder Betroffenheit eines Menschen in deinem Umfeld heraus gemacht. Diese Struktur möchten wir aufzeigen. Uns geht es heute um die Menschen, die die Zitate nicht erkannt haben.

Grundsätzlich läuft es nämlich meistens so, dass ein Text der Diskriminierungen denunziert sich an diejenigen richtet, die diese Diskriminierungen ausüben. Diese haben jedoch gesellschaftlich-strukturell das Privileg sich nicht damit auseinandersetzen zu müssen. Wir wollten das hiermit aufzeigen. Wir wollten sagen, dass es uns ankotzt für Täter immer und immer wieder neues schreiben zu müssen und sie individuell würdigen zu müssen. Wo sich ihr Verhalten doch immer in den selben strukturellen Machtmustern bewegt. Wir wollen Tätern nicht zuarbeiten.

Wir reihen uns in die starken Kämpfe von Frauen-LesbenInterTrans* ein, die seit Jahrhunderten immer wieder dieselben Dominanzmuster angreifen müssen. Dazu wurde schon alles gesagt. Wir haben nicht den Ehrgeiz Antisexismus neu erfinden zu wollen und unreflektiert handelnde Macker sind uns das auch nicht wert. Wir haben unsere Leben und wir haben andere Kämpfe zu führen und besseres zu tun als 1000x gesagtes neu zu formulieren. Diese Zitate zu einem kritischen Text zusammenzuführen ist unsere Art all den kämpfenden FLTI*s unseren Respekt zu erweisen und ihre und unsere Kämpfe zu würdigen.

Wenn du als weißer Mittelschichts-hetero-cis-Typ [2] also nicht gecheckt hast, dass das Zitate aus Jahrzehnten von Kämpfen sind, aber zum Beispiel Slime oder RAF-Zitate auswendig kannst, dann ist jetzt dringend die Zeit für dich gekommen, was zu deiner Beteiligung am Patriarchat zu lesen!

Abschließend möchten wir noch sagen, dass wir keinen Bock haben irgendwelche Antworttexte zu finden, in denen weiße cis-hetero-Mittelschichts-Typen uns erzählen, wie sehr sie beleidigt sind von diesem Text. Wie sehr sie anders sind und überhaupt, dass sie ja auch Gefühle haben, die vom Patriarchat unterdrückt werden. Das Ding ist ja, wie schon ein kluger Mensch sagte: Patriarchat heißt für cis-typ-Heten, dass sie nicht weinen können, für den Rest von uns heißt es, die ständige Möglichkeit überall vergewaltigt zu werden. Den Feminismus in ihrem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf!

[1]
- Es stinkt gewaltig – Nach Sexismus!
- Definitionsmacht schwer gemacht –
zu Vergewaltigungsdebatten in der radikalen Linken
- Zur Vergewaltigung im Wendland.
Zwischenbericht aus Berlin
- Wendland
- Reaktion auf Wendland Zwischenbericht

[2]
http://www.antisexismus.org

Es ist nicht der Job von TILFs cis-Typen ihre Privilegien zu erklären. Do it yourself!

UG schwarz-lila

Terroristen

sind nicht die, die Abschiebeknäste sprengen...



...sondern die, die sie bauen!

Das K.O.M.I.T.E.E. war Teil autonomer Kämpfe gegen die Kriegs- und Abschiebepolitik der BRD. Als militante Gruppe entstand sie aus der Debatte um die Neuausrichtung linksradikaler Organisierungsprozesse in der Krise autonomer Massenmilitanz und nach Beendigung des bewaffneten Kampfes durch die Stadtguerilla Mitte der 90er Jahre. 1995 versuchte die Gruppe einen im Bau befindlichen Abschiebeknast in Berlin - Grünau in die Luft zu sprengen. Die Aktion scheiterte; 3 Genossen gerieten ins Fadenkreuz der Ermittlungen und tauchten unter. Fast 20 Jahre später, im Juli 2014 wird einer von ihnen - Bernhard Heidbreder - in Venezuela verhaftet. Ihm soll nun in Deutschland der Prozess gemacht werden, dies gilt es zu verhindern!

Keine Pathologisierung linksradikaler Kämpfe als Kriminalgeschichte!
Freiheit für Bernhard, Liebe und Kraft für Thomas & Peter!

Autonome Gruppen

V.i.S.d.P. : Wanda Lismus, Grünauerstr. 140, 12557 Berlin